

Die Wahrnehmung der Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch: moralische und ethische Überlegungen von 20- bis 40-Jährigen in Öster- reich

Masterarbeit

am

Fachhochschul-Masterstudiengang
Betriebswirtschaft & Wirtschaftspsychologie
an der Ferdinand Porsche FERNFH

Inèz-Marie Bauer, BSc (WU)

11912253

Begutachter*in: Dr.ⁱⁿ Birgit Teufer, BSc BA MA

Wien, Mai 2025

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß übernommen wurden, habe ich als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt oder veröffentlicht. Die vorliegende Fassung entspricht der eingereichten elektronischen Version. Ich bestätige zudem, dass ich den Datenschutz einhalte und etwaiges Datenmaterial, das ich im Zuge meiner Masterarbeit gesammelt habe, nach Abschluss meines Studiums unwiderruflich von meinem Datenspeicher lösche.

A handwritten signature in black ink, reading "Mir-Hanie Bauer". The script is cursive and fluid, with the first name "Mir-Hanie" and the last name "Bauer" clearly distinguishable.

22. Mai 2025

Unterschrift

Zusammenfassung

Der anthropogene Klimawandel wird maßgeblich durch Treibhausgasemissionen beschleunigt, die zu einem entscheidenden Anteil aus der Fleischproduktion resultieren. Neben dem hohen Ressourcenverbrauch emittiert die Fleischindustrie gefährliche Mengen an Methan und Distickstoffoxid, was die Notwendigkeit effektiver Maßnahmen zur Reduktion des Fleischkonsums unterstreicht. Eine potenzielle Strategie zur Verhaltenslenkung stellt die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch dar. In dieser Arbeit wird mittels qualitativer Interviews die Wahrnehmung einer solchen Steuer durch Konsument*innen sowie die damit verbundenen ethischen Überlegungen untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass die Neuartigkeit dieser Maßnahme eine differenzierte Bewertung erschwert, wobei insbesondere Unterschiede zwischen tierethisch und umweltethisch motivierten Individuen erkennbar sind. Ein zentrales Argument in der Debatte ist die potenzielle soziale Ungerechtigkeit, die mit einer solchen Steuer einhergehen könnte. Die Untersuchung verdeutlicht die Relevanz gesellschaftlicher Akzeptanz, transparenter Gestaltung und umfassender Aufklärung zur erfolgreichen Implementierung der Maßnahme.

Schlüsselbegriffe: Ökosteuer, Klimawandel, Fleischkonsum, Treibhausgasemissionen, Externalitätstheorie, soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Akzeptanz

Abstract

Anthropogenic climate change is significantly accelerated by greenhouse gas emissions, a large proportion of which result from meat production. In addition to the high consumption of resources, the meat industry emits dangerous amounts of methane and nitrous oxide, which underlines the need for effective measures to reduce meat consumption. One potential strategy to steer behavior is the introduction of an environmental tax on meat. This thesis examines consumer perceptions of such a tax and the associated ethical considerations using qualitative interviews. The results show that the novelty of this measure makes a differentiated assessment difficult, whereby differences between individuals motivated by animal ethics and those motivated by environmental ethics are particularly evident. A central argument in the debate is the potential social injustice that such a tax could entail. The study illustrates the relevance of social acceptance, transparent design and comprehensive information for the successful implementation of the measure.

Keywords: environmental tax, climate change, meat consumption, greenhouse gas emissions, externality theory, social justice, social acceptance

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
1.1	Problemstellung und Forschungsfragen	1
1.2	Zielsetzung und Aufbau der Arbeit	4
2	Theoretischer Hintergrund.....	5
2.1	Nachhaltigkeit	5
2.1.1	Begriffsdefinition.....	6
2.1.2	Nachhaltige Entwicklung und globale Ziele.....	7
2.1.3	Consumer Social Responsibility.....	9
2.1.4	Fleischkonsum und Nachhaltigkeit.....	10
2.2	Steuern	12
2.2.1	Begriffsdefinition.....	13
2.2.2	Wirkungsmechanismen und Akzeptanz von Steuern.....	15
2.2.3	Ökosteuern.....	17
2.2.4	Wahrnehmungsbezogene Dimensionen der Ökosteuer auf Fleisch. 20	
2.3	Ethik, Moral und Gerechtigkeit.....	26
2.3.1	Moral, Ethik und deren Teilbereiche	26
2.3.2	Steuermoral.....	28
2.3.3	Utilitarismus.....	29
2.3.4	Die Theorie der Gerechtigkeit	31
3	Methodik	32
3.1	Dokumentation des Vorverständnisses	33
3.2	Interview und Sampling	34
3.3	Durchführung der Interviews.....	37
3.4	Transkription und Auswertung	39
4	Ergebnisse und Diskussion.....	40
4.1	Ambivalente Erstwahrnehmung eines neuen Instruments	41
4.1.1	Konsens bei Ökosteuern – Uneinigkeit bei Fleischbesteuerung.....	41

4.1.2	Begrenze Vorstellungskraft ohne Anhaltspunkte	43
4.2	Reaktanz wird projiziert – nicht selbst empfunden.....	50
4.3	Hinterfragung der Sinnhaftigkeit als Coping-Strategie.....	55
4.3.1	Anfangs breite Anerkennung positiver Wirkdimensionen.....	56
4.3.2	Infragestellung der Zweckmäßigkeit zur Dissonanzreduktion.....	59
4.4	Zwei ethische Ansätze im Spannungsfeld zwischen Tierwohl und Umweltschutz.....	64
4.4.1	Moralische Motivation als ethische Bewertungsgrundlage	65
4.4.2	Dominanz des Rawls'schen Ansatzes: soziale Ungerechtigkeit statt ökologischer Vorteile	69
4.5	Informationsarbeit und Akzeptanz als politische Schlüsselaufgaben	77
4.5.1	Aufklärung und Sprache als Treiber für gesellschaftliche Akzeptanz.....	77
4.5.2	Transparenz als Basis politischen Vertrauens	79
5	Zusammenfassung und Ausblick.....	81
5.1	Zusammenfassung der Ergebnisse	82
5.2	Limitationen	83
5.3	Implikationen.....	84
5.3.1	Theoretische Implikationen	84
5.3.2	Implikationen für weitere Forschung	86
5.3.3	Implikationen für die Praxis und politische Akteur*innen	87
5.4	Abschließendes Fazit	89
	Erklärung über den Einsatz generativer KI und KI-gestützter Technologien in der Masterarbeit.....	91
	Literaturverzeichnis.....	92
	Abbildungsverzeichnis.....	106
	Tabellenverzeichnis.....	107
	Anhang	

1 Einleitung

1.1 Problemstellung und Forschungsfragen

Die Rekordhitze, starke Temperaturschwankungen und das Hochwasser im September 2024 standen im Zentrum der österreichischen Berichterstattung (Mattern-Pinter, 2024; Rachbauer, Danzer & Wittstock, 2024). Menschen hatten große Sorge um ihr Zuhause, andere verloren es gänzlich durch die Überflutungen. Ursache dafür ist die Erderwärmung als Folge des Treibhausgaseffekts und der stetig steigenden Konzentration von Kohlenstoffdioxid (CO₂) in der Erdatmosphäre (Neubäumer, 2019, S. 798). Die aktuell sichtbaren Folgen der Klimakrise sind warnende Signale. Die anthropogenen, durch Menschen verursachten Treibhausgasemissionen steigen drastisch und beschleunigen die Erderwärmung (Raihan, 2023, S. 2). Die Gefahr in der anhaltenden Erderwärmung liegt in den verstärkenden Prozessen, die eintreten, sobald gewisse Kipppunkte erreicht sind. Werden diese Schwellenwerte erreicht, kommt es zu abrupten, drastischen und irreversiblen Klimaänderungen (Neubäumer, 2019, S. 798).

Der Klimawandel ist eine der drängendsten Herausforderungen dieses Jahrhunderts (Feliciano, Recha, Ambaw, MacSween, Solomon & Wollenberg, 2022, S. 428). Neben der Abholzung von Wäldern und Verbrennung fossiler Brennstoffe sind unsere Lebensmittelsysteme und die damit verbundene Viehzucht und industrielle Fleischproduktion eine der Hauptverursacher für globale Umweltveränderungen (Europäische Kommission, 2024). Etwa ein Drittel der von Menschen verursachten Treibhausgasemissionen entspringen aus unseren Essgewohnheiten und Lebensmittelsystemen (Crippa, Solazzo, Guizzardi, Monforti-Ferrario, Tubiello & Leip, 2021, S. 198). Laut den Versorgungsbilanzen der Statistik Austria, betrug der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch in Österreich im Jahr 2022 rund 88,2 Kilogramm, wovon etwa 58,6 Kilogramm zur menschlichen Ernährung zur Verfügung stand. Der Rest entfiel auf Knochen oder wurde für Tiernahrung weiterverarbeitet (Statistik Austria, 2023a, S. 1). Auch wenn der Pro-Kopf-Verbrauch mit 88,2 Kilogramm um 6,7 Kilogramm unter dem Zehnjahresdurchschnitt liegt (Statistik Austria, 2023a, S. 1), ist immer noch ein erheblicher Anteil davon für anthropogene Treibhausgasemissionen verantwortlich, die letztlich den Klimawandel vorantreiben (Abadie, Galarraga, Milford & Gustavsén, 2015, S. 280). Aufgrund dieses Zusammenhangs scheint es naheliegend, den Fleischkonsum zu reduzieren und damit einen bedeutenden Anteil der Treibhausgasemissionen zu verringern. Eine Möglichkeit stellen Steuern dar, die ein bestimmtes Verhalten unattraktiv machen, Anreize schaffen, dieses Verhalten zu vermeiden und damit einen Lenkungseffekt entfalten können.

Lenkungsabgaben wie eine Ökosteuer auf Fleisch könnte damit Verhaltensänderungen bewirken und die Umweltqualität verbessern (Stephan, Müller-Fürstenberger & Herbst, 2003, S. 20).

Die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch steht vermehrt im politischen Diskurs. Skandinavische Länder wie Norwegen, Schweden und auch Dänemark sind bereits Vorreiter in der öffentlichen Debatte bei der Besteuerung von Fleisch und tierischen Produkten (Abadie et al., 2015, S. 280ff.; Caro, Frederiksen, Thomsen & Pedersen, 2017, S. 78ff.; Säll, 2018, S. 147ff.). Dänemark soll nun als erstes Land beginnend im Jahr 2030 eine CO₂-Steuer auf Viehbestand einführen und damit die CO₂-Emissionen im Jahr 2030 um schätzungsweise 1,8 Millionen Tonnen reduzieren (Gatten, 2024). Eine aktuelle Studie zeigt, dass selbst eine geringe Reduktion der Fleischproduktion um nur 13% die weltweiten CO₂-Emissionen der vergangenen drei Jahre binden könnte (Hayek et al., 2024, S. 1ff.; ORF Science, 2024).

Die Einführung einer Ökosteuer auf Fleischprodukte wird seit mehreren Jahren kontrovers diskutiert – nicht nur in der Politik, sondern zunehmend auch im gesellschaftlichen Diskurs. Ziel solcher Maßnahmen ist es, den hohen ökologischen Fußabdruck tierischer Lebensmittel zu reduzieren und durch steuerliche Anreize zu einer nachhaltigeren Ernährungsweise beizutragen. Während sich wissenschaftliche Studien bislang primär mit der Wirksamkeit und der ökonomischen Ausgestaltung solcher Steuern befassen – etwa hinsichtlich ihrer Lenkungswirkung oder Umweltbilanz (Gren, Moberg, Säll & Röö, 2019, S. 1581; Säll & Gren 2015, S. 47 f.) – bleibt die Perspektive der Konsument*innen unberücksichtigt. Es existieren nur wenige empirische Untersuchungen zur öffentlichen Wahrnehmung einer Ökosteuer auf Fleisch, obwohl diese für ihre gesellschaftliche Akzeptanz entscheidend ist.

Besonders relevant ist in diesem Zusammenhang die subjektive Wahrnehmung von Gerechtigkeit und Fairness. Wie Kogler, Muehlbacher und Kirchler (2015, S. 136f.) sowie Mühlbacher (2018a, S. 106ff.) zeigen, ist die Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung bei steuerlichen Maßnahmen stark davon abhängig, ob diese als legitim und gerecht wahrgenommen werden. Eine Ökosteuer auf Fleisch, die als unfair oder bevormundend empfunden wird, kann auf Ablehnung stoßen und zu Widerstand führen (Kirchler, 1999, S. 133). Ein besonderes Risiko entsteht dann, wenn die Steuer von der Bevölkerung als sozial ungerecht empfunden wird, zum Beispiel weil Haushalte mit geringem Einkommen durch steigende Lebensmittelpreise stärker belastet werden als finanziell besser gestellte Gruppen (Fremstad & Paul, 2019, S. 88).

Die ethische Dimension dieser Problematik ist dabei nicht zu unterschätzen. Die Diskussion über eine Ökosteuer auf Fleisch ist nicht nur eine Frage der Effizienz oder des Umweltbewusstseins, sondern berührt grundlegende moralische Fragen: Wer trägt Verantwortung für den Klimaschutz? Wie weit darf der Staat in persönliche Lebensgewohnheiten eingreifen? Und ist es legitim, über fiskalische Maßnahmen bestimmte Ernährungsstile zu fördern oder zu sanktionieren? Gerade bei Eingriffen in alltägliche Konsumpraktiken ist es von zentraler Bedeutung, die moralischen Bewertungen und ethischen Überlegungen der Betroffenen zu verstehen. Um ein möglichst differenziertes Bild dieser Wahrnehmung zu erhalten, ist es sinnvoll, sowohl Personen mit einem hohen Fleischkonsum als auch solche mit einem vegetarischen oder veganen Lebensstil in die Untersuchung einzubeziehen.

Bestimmte Bevölkerungsgruppen vertreten ausgeprägte moralische Haltungen in Bezug auf Tierwohl und Umweltverantwortung. Studien zeigen, dass solche moralisch motivierten Einstellungen nicht zwingend mit einer höheren Zahlungsbereitschaft einhergehen, sondern häufig mit der Forderung verbunden sind, dass der Staat regulierend eingreift. Entsprechend könnten diese Gruppen besonders sensibel auf marktbasierte Maßnahmen wie eine Ökosteuer auf Fleisch reagieren – auch wenn sie diese aus moralischen Gründen befürworten, aber eine individuelle finanzielle Belastung ablehnen (Redaktion VET-Magazin, 2018).

Die Altersgruppe der 20- bis 40-Jährigen stellt in diesem Kontext eine besonders relevante Zielgruppe dar. Zum einen zeigen aktuelle Erhebungen, dass sich vegetarisch oder vegan lebende Personen besonders häufig in diesem Alter befinden (forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, 2023, S. 13; Vegane Gesellschaft Österreich, 2024). Zum anderen ist diese Bevölkerungsgruppe stark von den zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels betroffen und übernimmt zunehmend Verantwortung in politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozessen. Ihre Sichtweise auf ökologische Steuern ist daher nicht nur aus soziologischer Perspektive interessant, sondern auch entscheidend für die politische Umsetzbarkeit entsprechender Maßnahmen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende Forschungsfragen:

Wie wird die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch von 20- bis 40-jährigen Konsument*innen in Österreich wahrgenommen?

Welche moralischen und ethischen Überlegungen bringen Konsument*innen in ihre Bewertung der Ökosteuer auf Fleisch ein?

1.2 Zielsetzung und Aufbau der Arbeit

Ziel der vorliegenden Masterarbeit ist es, die Einstellungen von Konsument*innen gegenüber der Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch zu untersuchen und dabei insbesondere deren moralische, ethische und soziale Bewertungsmuster zu analysieren. Dies ist insbesondere für politische Entscheidungsträger*innen von zentraler Bedeutung, da die Ergebnisse dieser Arbeit einerseits Aufschluss darüber bieten, wie eine solche umweltpolitische Maßnahme von Konsument*innen wahrgenommen wird, und andererseits verdeutlichen, welche potenziellen Akzeptanzbarrieren bestehen. Darauf aufbauend lassen sich gezielte Handlungsempfehlungen ableiten, um die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch gesellschaftlich tragfähig und politisch wirksam zu gestalten. Zugleich bietet die Arbeit eine erste empirische Grundlage, um die öffentliche Akzeptanz ökologisch motivierter Steuermaßnahmen in zukünftigen Untersuchungen weiter zu erforschen.

Um die Forschungsfragen zu beantworten, werden Konsument*innen im Alter von 20 bis 40 Jahren in Österreich zu ihrer Wahrnehmung einer Ökosteuer auf Fleisch befragt; die Ergebnisse der Interviews werden anschließend systematisch ausgewertet und anschaulich dargestellt. Die Arbeit wird in zwei Teile gegliedert. Zunächst erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem theoretischen Rahmen und dem aktuellen Stand der Forschung. In diesem Kontext wird der Begriff der Nachhaltigkeit definiert und dessen Bedeutung für nachhaltige Entwicklung sowie globale Zielsetzungen dargelegt. Neben übergeordneten Organisationen, die globale Ziele formulieren können, kommt jedem*jeder Einzelnen eine individuelle Verantwortung zu. Während der Begriff Corporate Social Responsibility (CSR) die subsumierte Verantwortung von Unternehmen für nachhaltiges Handeln beschreibt, umfasst das Konzept der Consumer Social Responsibility (ConSR) die nachhaltigkeitsbezogenen Verpflichtungen von Konsumierenden. Auch der Steuerbegriff und das Konzept der Ökosteuern wird definiert. Da die Effekte steuerlicher Maßnahmen wesentliche Erkenntnisse über die Wahrnehmung einer Fleischbesteuerung liefern können, wird die Wirkung von Steuern detailliert untersucht. Zur Einbettung der Thematik werden zudem die Auswirkungen des Fleischkonsums beleuchtet und der aktuelle Stand der Forschung in Bezug auf die Besteuerung von Fleisch erläutert. In einem letzten Schritt wird der ethische, moralische und gerechtigkeits-theoretische Aspekt beschrieben. In diesem Schritt werden zentrale Begriffe erneut definiert und zwei grundlegende Theorien zur Gerechtigkeit dargestellt. Der zweite Teil widmet sich der empirischen Untersuchung. Nach der Darlegung der methodischen Herangehensweise werden die Interviewergebnisse systematisch präsentiert und interpretiert. Abschließend werden die zentralen Erkenntnisse zusammengefasst und ein Ausblick auf zukünftige Forschungsansätze gegeben.

2 Theoretischer Hintergrund

Wie in der Einleitung und Problemstellung bereits ausgeführt, stellen die hohen Treibhausgasemissionen aus unserer Fleischproduktion eine enorme Belastung für unsere Umwelt dar, die in weiterer Folge die Biodiversität, Tierwelt und Menschheit betrifft. Maßnahmen zur Eindämmung der Treibhausgasemissionen sind notwendig, um den Klimawandel zu entschleunigen und auch zukünftigen Generationen ein würdiges Leben auf diesem Planeten zu ermöglichen. Der theoretische Hintergrund soll einen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung liefern und gleichzeitig eine fundierte Basis für die Interpretation der empirischen Ergebnisse schaffen.

Zu Beginn wird der Begriff der Nachhaltigkeit sowie das Konzept der nachhaltigen Entwicklung im Kontext globaler Zielsetzungen der Nachhaltigkeitsbewegung erläutert. Im Anschluss daran erfolgt eine Analyse des Zusammenhangs zwischen Nachhaltigkeit und Fleischkonsum. Darauf aufbauend werden der Steuerbegriff und die Wirkmechanismen von Steuern vertiefend dargestellt. In diesem Rahmen wird auch auf ökologische Steuern eingegangen, mit besonderem Fokus auf die konkrete Ausgestaltung einer Ökosteuer auf Fleisch. Der theoretische Rahmen schließt mit einer Auseinandersetzung mit relevanten ethischen, moralischen und gerechtigkeits-theoretischen Fragestellungen, die für die Wahrnehmung solcher Maßnahmen von zentraler Bedeutung sind.

2.1 Nachhaltigkeit

Ob in den Medien, der Politik oder der Wissenschaft – Nachhaltigkeit ist das Schlagwort und die Aufgabe des Jahrhunderts. Extreme Wetterereignisse wie Hitzewellen, Waldbrände und Überschwemmungen sowie andere Naturkatastrophen stehen zunehmend im Fokus medialer Berichterstattung. Die rapide abnehmende Biodiversität stellt dabei nicht nur eine Bedrohung für die Tierwelt dar, sondern gefährdet gleichermaßen die Existenzgrundlagen des Menschen (Zeller, 2020, S. 9). Infolgedessen rückt der Klimawandel verstärkt in den Mittelpunkt gesellschaftlicher und politischer Diskussionen und etabliert sich zunehmend auf internationalen politischen Agenden. Es besteht wissenschaftlicher Konsens darüber, dass insbesondere anthropogene CO₂-Emissionen den Treibhauseffekt verstärken und somit maßgeblich zur Beschleunigung des Klimawandels beitragen (Lin & Li, 2011, S. 5137). Die politische Ausgestaltung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels erweist sich aufgrund der Vielschichtigkeit des Themas als besonders anspruchsvoll. Einerseits verfolgen verschiedene Interessensgruppen teils stark divergierende Zielsetzungen, andererseits erschweren wissenschaftliche Unsicherheiten in Bezug auf die Ursachen und die zukünftige Entwicklung des Klimawandels die

Formulierung klarer und konsensfähiger politischer Entscheidungen (Levin, Cashore, Bernstein & Auld, 2009, S. 1).

In den vergangenen Jahren hat das Konzept der Nachhaltigkeit beziehungsweise der nachhaltigen Entwicklung zunehmend an Bedeutung gewonnen und erstreckt sich mittlerweile auf zahlreiche Lebensbereiche – darunter Mobilität, Wohnen, Ernährung, Arbeit und Wirtschaft, Kultur sowie Klimaschutz (Pufé, 2014, S. 20). Die Klimakrise erfordert nun ein Umdenken und macht eine nachhaltige Lebensweise zum Erhalt unseres Lebensraums notwendig. In diesem Kapitel sollen zunächst der Begriff von Nachhaltigkeit definiert werden. Im Anschluss daran erfolgt eine nähere Auseinandersetzung mit dem Klima im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit sowie einer nachhaltigen Entwicklung und globalen Zielen. Auch wird das Leitbild der ConSR als individuelle Handlungsmöglichkeit aufgegriffen und der Zusammenhang zwischen Fleischkonsum und Nachhaltigkeit diskutiert.

2.1.1 Begriffsdefinition

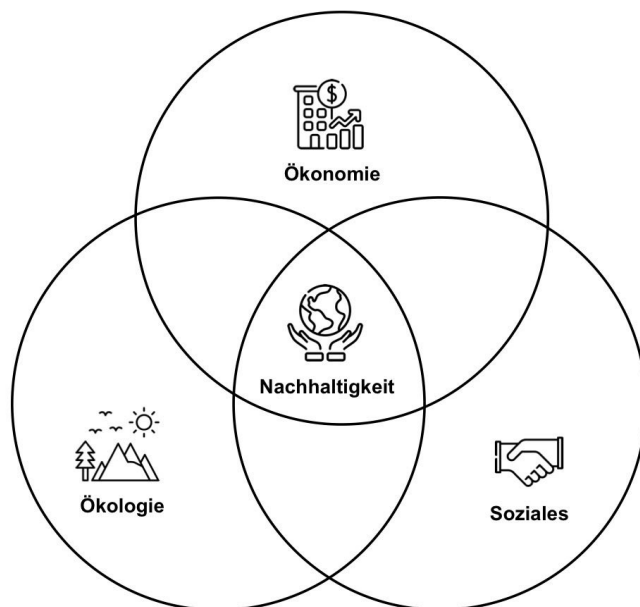
Geprägt wurde der Begriff „Nachhaltigkeit“ im 18. Jahrhundert von Hans Carl von Carlowitz und kommt ursprünglich aus der Forstwirtschaft (Mayer, 2020, S. 3). Die zunehmende Knappheit der Holzbestände erforderte eine neue Bewirtschaftungsweise, in der nicht mehr Holz geschlagen werden sollte, als nachwachsen konnte (Grunwald & Kopfmüller, 2022, S. 21f.). Nachhaltigkeit bedeutet folglich, dass der schonende Umgang mit Ressourcen das Fortbestehen eines Systems in seiner Funktionsweise dauerhaft möglich macht (Pufé, 2014, S. 17). Nachdem dieser Begriff über 200 Jahre lang in der Forstwirtschaft Bestand hielt, wurde der Ausdruck in den 1970er-Jahren erweitert und erhielt eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung (Weller, Fahrion & Jakubetz, 2012, S. 3). Heute kann Nachhaltigkeit so verstanden werden, dass Bedürfnisse in der Gegenwart nur soweit gedeckt werden, dass zukünftige Generationen in ihren Möglichkeiten nicht eingeschränkt werden (Mayer, 2020, S. 3).

Aus dieser Auffassung heraus entstand das Drei-Säulen-Konzept, das eine Verknüpfung von Wirtschaft, Umwelt und Sozialem zur Erreichung nachhaltiger Entwicklung vorsieht. Ökologische Nachhaltigkeit bezeichnet den bewussten Umgang mit natürlichen, knappen Ressourcen wie Wasser, Energie und Rohstoffen. Sie stellt die tragende Säule dar und erklärt, warum Nachhaltigkeit häufig mit Umweltschutz assoziiert wird (Pufé, 2014, S. 104). Die ökonomische Säule steht für ein nachhaltiges Wirtschaften und die Senkung der Ressourcenintensität. Neben Gewinnmaximierung soll das Wohl der Umwelt und Gesellschaft im Zentrum des Wirtschaftens liegen. Soziale Nachhaltigkeit meint

Umweltverantwortung und die Übergabe einer intakten Umwelt im Sinne der Generationengerechtigkeit (Weller et al., 2012, S. 3).

Die Zusammenhänge zwischen den drei Dimensionen ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit werden in Abbildung 1 veranschaulicht. Die Schnittmenge dieser Bereiche steht für eine umfassende nachhaltige Entwicklung, bei der keine der Säulen isoliert betrachtet wird.

Abbildung 1: Drei Säulen der Nachhaltigkeit



Quelle: Eigene Darstellung nach (Weller et al., 2012, S. 3)

Innerhalb dieser Säulen entstehen Zielkonflikte. Die Realisierung eines Ziels ist häufig nur zu Lasten eines anderen Ziels möglich (Kummer, Grün & Jammerneegg, 2018, S. 32) und dies zeigt die Problematik auf, weshalb Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zwar an einem Strang, aber oft nicht in dieselbe Richtung ziehen.

2.1.2 Nachhaltige Entwicklung und globale Ziele

Im Jahr 1992 wurde in Rio de Janeiro das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) verabschiedet. Es war das erste Klimarahmenübereinkommen mit dem Ziel, den Klimaschutz zu stärken und die Emissionen von Treibhausgasen zu begrenzen. Mit diesem Abkommen wurde der fortschreitende Klimawandel erstmals als ernstzunehmendes Problem anerkannt und eine Grundlage für alle nachfolgenden internationalen Klimaabkommen geschaffen (Bäckstrand & Kuyper, 2017, S. 764). Das Übereinkommen trat zwei Jahre später in Kraft und sah eine gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung der teilnehmenden Staaten vor. Dabei sollten

die Industrieländer aufgrund ihrer historischen Verantwortung die Führung bei der Eindämmung des Klimawandels übernehmen (Boykoff, 2010, S. 29). Das UNFCCC traf seine Entscheidungen im Konsens (Kuyper, Schroeder & Linnér, 2018, S. 345). Dies führte zuletzt dazu, dass es keine Einigung hinsichtlich verbindlicher Reduktionsverpflichtungen gab, hauptsächlich aufgrund des Widerstands der USA (Boykoff, 2010, S. 30; Kuyper et al., 2018, S. 345).

Im Jahr 1997 wurde mit dem Kyoto-Protokoll eine Ergänzung zur Klimarahmenkonvention beschlossen. Es legte erstmals verbindliche Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen der Industrieländer fest und formulierte die Vorgaben deutlich konkreter als das ursprüngliche Rahmenübereinkommen. Aufgrund der anspruchsvolleren Anforderungen zogen sich die Verhandlungen über mehrere Jahre hin, sodass das Protokoll erst 2005 in Kraft trat (Boykoff, 2010, S. 30ff.). Bis zu seinem In-Kraft-Treten war die Ratifizierung von 55 Vertragsstaaten, die insgesamt für mindestens 55% der CO₂-Emissionen verantwortlich waren, notwendig (Pohlmann, 2004, S. 23). Das Kyoto-Protokoll unterteilte die Vertragsstaaten in zwei Blöcke und spaltete die Welt damit in zwei Teile (Weitzman, 2016, S. 3). Die im Annex B aufgeführten Industriestaaten gingen die Verpflichtung ein, ihre Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Niveau von 1990 um mindestens 5,2% zu senken. Im Gegensatz dazu unterlagen weder die Nicht-Annex-B-Staaten noch jene Länder, die das Protokoll nicht ratifizierten, solchen Emissionsbegrenzungen (Ströbele, 2005, S. 326). Erneut waren die größten Emittenten von den Reduktionsverpflichtungen ausgenommen, da sie das Kyoto Protokoll entweder nicht ratifiziert haben (USA) oder nicht Teil des Annex B waren (China). Ein immer größer werdender Anteil der Emissionen entsteht jedoch in den Entwicklungsländern, die nicht im Annex B aufgelistet waren. Ebenso ermöglichten Standortverlagerungen von Produktionsstätten oder Importe eine Verfälschung des eigenen Klimaziels (Ströbele, 2005, S. 227f.). Im Rahmen eines internationalen Emissionshandelssystems konnten Emissionseinheiten zudem verkauft werden, sodass Überschusskapazitäten an jene Länder verkauft werden konnten, die ihre Ziele bereits überschritten haben (Pohlmann, 2004, S. 24).

Das Pariser Klimaabkommen im Jahr 2015 wird häufig als der Durchbruch in der internationalen Klimapolitik bezeichnet. Das Abkommen betrifft Länder, auf die etwa 95% der weltweiten Kohlendioxidemissionen entfallen (Weitzman, 2016, S. 4). Eines der zentralen Ziele ist es, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen. Erstrebenswert wäre eine Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels (Latif, 2016, S. 21). Im Gegensatz zum Kyoto-Protokoll wurde beim Pariser Abkommen ein Bottom-up-Ansatz verfolgt, bei dem die Vertragsstaaten alle fünf Jahre eigenständig festgelegte Beiträge zur Reduktion von Emissionen leisten, die als „nationally

determined contributions“ (NDC) bezeichnet werden (Neubäumer, 2021, S. 781f.). Globale Treibhausgasemissionen sollen bis zum Jahr 2050 auf null gesenkt werden (oesterreich.gv, 2024). Doch erneut ergibt sich das Problem, dass es weder Sanktionen für die Festlegung zu niedriger Ziele noch für deren Nichteinhaltung gibt (Weitzman, 2016, S. 4).

Nachdem erkannt wurde, dass der Klimawandel eine globale Herausforderung darstellt, die nur durch gemeinsames Handeln bewältigt werden kann und einen internationalen Schulterschluss erfordert, trugen zahlreiche Konventionen und Abkommen dazu bei, dem Ziel einer nachhaltigen und gerechten Zukunft näherzukommen. Gleichzeitig rückt auch der Beitrag von Unternehmen und Einzelpersonen zunehmend in den Fokus, wenn es um den Schutz natürlicher Ökosysteme und den verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt geht. Das nachfolgende Kapitel beschäftigt sich daher mit der ConSR und zeigt die Notwendigkeit auf, als Konsument*in Verantwortung für die Umwelt zu übernehmen.

2.1.3 Consumer Social Responsibility

Die Consumer Social Responsibility (ConSR) ist ein Teilbereich der Konsument*innenethik und meint die Konsument*innenverantwortung für ein nachhaltiges Handeln (Schmidt, 2015, S. 28). Der Begriff fußt auf dem Leitbild der Corporate Social Responsibility (CSR), welches ein Konzept bezeichnet, bei dem Unternehmen bewusst so handeln, dass das soziale Wohlergehen derjenigen verbessert wird, deren Leben von den wirtschaftlichen Aktivitäten des Unternehmens betroffen sind. Das können Mitarbeitende, Lieferant*innen, Investor*innen, aber auch die Umwelt sein (Frederick, 2018, S. 4). Treiber*innen sind insbesondere Konsument*innen, Gewerkschaften, Umweltaktivist*innen und NGOs (Non-Governmental Organisations) (Jackson & Seo, 2010, S. 283).

Während CSR darauf abzielt, als unternehmerische Verantwortung die sozialen Kosten wirtschaftlicher Aktivitäten zu verringern, verschiebt sich der Fokus von ConSR auf die Rolle der Verbraucher*innen, ethische und nachhaltige Entscheidungen zu treffen, um ebenso Verantwortung für die ökologischen und sozialen Auswirkungen ihres Handelns zu übernehmen (Caruana & Chatzidakis, 2014, S. 578). Vitell (2015, S. 768) argumentiert, dass Verbraucher*innen einerseits eine ethische Verantwortung gegenüber anderen Stakeholdern in dyadischen Beziehungen (wie zwischen Käufer*in und Verkäufer*in) beim Kaufen, Nutzen und Entsorgen von Produkten haben. Andererseits kommt Konsument*innen eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft als Ganzes zu, Schaden zu vermeiden und proaktiv für den gesellschaftlichen Nutzen zu agieren.

Konsumentenscheidungen werden auf Grundlage von persönlichen und moralischen Überzeugungen getroffen (Manning, 2013, S. 21). Darunter zählt auch die Einstellung zum Fleischkonsum und dessen ökologische und soziale Auswirkungen. ConSR umfasst in diesem Kontext die gesellschaftliche Verantwortung gegenüber den Konsequenzen auf die Tierhaltung, Lebensmittelsicherheit und Umwelt (Klink-Lehmann, Langen, Simons & Hartmann, 2022, S. 4). Zunächst ist es erforderlich, dass Konsument*innen über vorliegende sozial-ökologische Probleme bestimmter Konsumoptionen informiert sind, um diese überhaupt an ihren Wertvorstellungen reflektieren zu können. Des Weiteren müssen Konsument*innen die Möglichkeit haben, sich mit Handlungsalternativen bezüglich ihres Konsumverhaltens auseinanderzusetzen und diese als realisierbar einzustufen, damit sich Gewissensprozesse und persönliche Überzeugungen tatsächlich auf das Konsumverhalten auswirken können (Thøgersen, 2005, S. 145ff.).

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass CSR als unternehmerische Verantwortung und ConSR als Bereitschaft von Konsument*innen, Kaufpräferenzen an ethischen, sozialen und ökologischen Werten auszurichten, als gemeinsames Leitbild und Bestandteile einer integrierten Wirtschaftsethik verstanden werden können (Schmidt, 2015, S. 17). In einer Welt, in der nachhaltiges und ethisches Handeln zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist es unerlässlich, dass sowohl Unternehmen als auch Verbraucher*innen Verantwortung übernehmen, proaktiv werden und zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft beitragen.

2.1.4 Fleischkonsum und Nachhaltigkeit

Die Produktion von Fleisch ist mit erheblichen Treibhausgasemissionen verbunden, die maßgeblich zur globalen Erwärmung beitragen und Umweltschäden hervorrufen (Abadie et al., 2015, S. 280). Zur Erreichung internationaler klimapolitischer Ziele ist es daher erforderlich, sowohl die Emissionen von Treibhausgasen als auch den Konsum tierischer Produkte deutlich zu reduzieren (Cederberg, Hedenus, Wirsenius & Sonesson, 2013, S. 339). Im Jahr 2022 betrug der Pro-Kopf-Konsum von tierischen Erzeugnissen noch 227 Kilogramm (Statistik Austria, 2023a). Obwohl die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt, nicht mehr als 300 Gramm Fleisch pro Woche bzw. 15,6 Kilogramm pro Jahr zu verzehren (Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V., 2024), konsumierte der*die Österreicher*in im Jahr 2022 durchschnittlich etwa 58,6 Kilogramm Fleisch. Das übersteigt mehr als dreieinhalb der empfohlenen Menge (Statistik Austria, 2023a). Die globale Nachfrage nach Fleisch hat in den letzten Jahren zugenommen und die weltweit steigende Gesamtbevölkerung lässt vermuten, dass der Fleischkonsum weiterhin

steigen wird (Abadie et al., 2015, S. 281). Diese Entwicklung bringt erhebliche Folgen für Gesundheit, Umwelt und Tierwohl mit sich und belastet unsere natürlichen Ressourcen.

Der übermäßige Konsum von rotem Fleisch (Rind, Kalb, Schwein und Lamm) wurde Anfang der 2000er-Jahre erstmals als potenziell gesundheitsgefährdend eingestuft. Wissenschaftliche Studien weisen zunehmend darauf hin, dass ein hoher Verzehr von rotem Fleisch mit einem erhöhten Risiko für schwere chronische Erkrankungen wie Typ-2-Diabetes mellitus, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und bestimmte Krebsarten verbunden sein kann. Ein noch größeres Risiko geht von verarbeitetem roten Fleisch aus, da dieses zur Verlängerung der Haltbarkeit behandelt wird und zusätzliche gesundheitsgefährdende Konservierungs- und Zusatzstoffe enthält (Wolk, 2017, S. 106).

Eine Studie, durchgeführt in Italien, ergab, dass eine Reduktion des Konsums an Rindfleisch ein erhebliches Gesundheits- und Sterberisiko verringern kann. Reduzieren italienische Fleischkonsument*innen ihren wöchentlichen Verzehr von Rindfleisch auf 150 Gramm, so könnte laut den Autor*innen die Zahl der durch Darmkrebs bedingten Todesfälle um 1,2% bis 6% sowie das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen um 1,2% bis 5,2% gesenkt werden. Wird der Rindfleischkonsum hingegen auf maximal 50 Gramm pro Woche begrenzt, lassen sich diese Risiken sogar um 3% bis 7,2% beziehungsweise 2,7% bis 9,3% reduzieren (Farchi, De Sario, Lapucci, Davoli & Michelozzi, 2017, S. 10).

Darüber hinaus stellt der begrenzte Lebensraum der Tiere ein wesentliches Problem in der Tierhaltung dar (Nijdam, Rood & Westhoek, 2012, S. 765). Die Haltungsbedingungen der Viehzucht führen häufig zu Krankheiten unter den Tieren und schmerzhaftes Maßnahmen zur Krankheitsvorbeugung, wie das Kupieren der Schwänze von Schweinen, sind nicht unüblich (Perino & Schwickert, 2023, S. 160). Zur Versorgung erhalten Tiere oft Antibiotika, die Rückstände im Fleisch hinterlassen können und von Menschen in weiterer Folge verzehrt werden (Wolk, 2017, S. 107).

Während des Lebenszyklus von Lebensmitteln entstehen Emissionen in beträchtlichem Umfang, darunter insbesondere Methan (CH_4) und Distickstoffoxid (N_2O). Die Freisetzung von Methan erfolgt in erster Linie während der Verdauung von Futtermitteln durch Wiederkäuer. Der Großteil der Distickstoffoxid-Emissionen wird hingegen durch den Einsatz von Düngemitteln auf landwirtschaftlichen Nutzflächen ausgestoßen. Darüber hinaus entstehen weitere Emissionen bei der Produktion von Betriebsmitteln für die Landwirtschaft sowie bei der Verarbeitung, Verpackung, Kühlung, Lagerung und dem Transport von Fleischprodukten (Goglio et al., 2015, S. 23ff.). Rotes Fleisch wird nicht nur in größeren Mengen konsumiert, als weißes Fleisch, sondern produziert mehr CO_2

aufgrund der enterischen Fermentation von Wiederkäuern (Farchi et al., 2017, S. 2). Beim Verdauungsprozess von Wiederkäuern wird als Nebenprodukt Methan erzeugt (Nijdam et al., 2012, S. 766). Eine japanische Studie ergab, dass ein Rind während seiner Lebenszeit in etwa 4.550 Kilogramm CO₂-Äquivalente verursacht, wovon circa 61% der CO₂-Emissionen auf Methangase aus der enterischen Fermentation entfallen, 18,4% aus der Futtermittelproduktion und 8,3% aus dem Futtermitteltransport resultieren (Ogino, Orito, Shimada & Hirooka, 2007, S. 428). Es werden außerdem hohe Mengen an Futtermittel benötigt, da für Tiere oft ein bestimmtes Schlachtgewicht vorgesehen ist (Nijdam et al., 2012, S. 765). Es wird angeführt, dass Methan-Emissionen vergleichsweise schnell abgebaut werden und ihre Auswirkungen daher als weniger ausschlaggebend gelten. Dieses Argument trifft jedoch nur zu, solange der Viehbestand nicht weiter zunimmt. Wird der Rinderbestand hingegen verringert, gelangt weniger Methan in den atmosphärischen Kreislauf, was dazu beitragen kann, die Erderwärmung zu verlangsamen (Umweltbundesamt, 2023).

Die Fleischindustrie verbraucht zudem eine beträchtliche Menge an Ressourcen. Im Vergleich zu einem Kilogramm Eiweiß aus Kidneybohnen, wird bei der Produktion von einem Kilogramm Eiweiß aus Rindfleisch zehnmal mehr Wasser, Land, Dünger und Pestizide sowie neunmal mehr Kraftstoff benötigt (Sabaté, Sranacharoenpong, Harwatt, Wien & Soret, 2015, S. 2068). Auch der Verlust der Biodiversität ist der Viehzucht und intensiven Landnutzung geschuldet. Diese wird durch die extensive Beweidung und das intensiv bewirtschaftete Grün- und Ackerland zum Anbau von Viehfutter verhindert. Ebenso verringern Stickstoffablagerungen und die Versauerung der Böden den Artenreichtum (Leip et al., 2015, S. 2f.). Schließlich führt die Viehzucht auch eine Verschlechterung der Wasserqualität herbei, zumal Stickstoff und Phosphor im Boden versickern und in das Wassersystem gelangen (Leip et al., 2015, S. 3).

Es zeigt sich, dass der Fleischkonsum und die damit einhergehenden Umstände erhebliche Folgen auf Gesundheit, Tierwohl und Umwelt haben kann. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach geeigneten Maßnahmen zur Reduzierung des Fleischkonsums. Dabei rücken Steuern als politisches Instrument in den Vordergrund, das im Folgenden mit Blick auf ökologische Zielsetzungen näher betrachtet wird.

2.2 Steuern

Steuern sind ein Thema, das intensiv und häufig emotional diskutiert wird, große mediale Aufmerksamkeit erhält und sowohl im wissenschaftlichen als auch im politischen Diskurs eine zentrale Rolle spielt. In erster Linie dienen sie der Finanzierung staatlicher Aufgaben. Darüber hinaus können sie – bewusst oder unbewusst – das Verhalten von

Bürger*innen und Unternehmen beeinflussen. Solche Steuerungseffekte lassen sich gezielt durch sogenannte Lenkungsabgaben herbeiführen. Ökologische Steuerinstrumente, auch Ökosteuern genannt, erfüllen sowohl eine fiskalische als auch eine lenkende Funktion und verfolgen das Ziel, durch Veränderungen im Verhalten die Umweltqualität zu verbessern (Stephan et al., 2003, S. 20). Ähnlich wie Verbrauchsteuern auf Tabak, Alkohol oder zuckerhaltige Getränke, können Umwelt- bzw. Öko-Steuern ein erwünschtes Verhalten in eine bestimmte Richtung lenken (Zieser, 2018, S. 130).

Das folgende Kapitel widmet sich dem Themenbereich der Steuern. Bevor die Begrifflichkeit der Ökosteuern näher gedeutet wird, muss zunächst der allgemeine Begriff der Steuern und die Wirkungsweisen von Steuern definiert werden. Im Anschluss daran werden im Konkreten Ökosteuern erläutert und das Konzept der Ökosteuer auf Fleisch dargestellt.

2.2.1 Begriffsdefinition

Zu unterscheiden sind Steuern von Beiträgen und Gebühren. Alle drei Termini fallen unter den Oberbegriff „Abgaben“, haben aber unterschiedliche Zwecke und Verwendungen (Hilber, 2015, S. 1).

Steuern sind Geldleistungen an Gebietskörperschaften, denen keine unmittelbare Gegenleistung gegenübersteht. Im Unterschied dazu werden **Beiträge** von jenen Personen entrichtet, die ein besonderes Interesse an der Errichtung oder dem Erhalt einer öffentlichen Einrichtung haben. Dazu zählen etwa Sozialversicherungsbeiträge, Beiträge zur Straßenreinigung sowie Beiträge an Berufsvereinigungen und Kammern. **Gebühren** wiederum stellen Entgelte für unmittelbar in Anspruch genommene Leistungen einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft dar, wie etwa die Gebühr für die Ausstellung von Ausweisdokumenten, die Müllabfuhrgebühr oder die Kanalanschlussgebühr (Hilber, 2015, S. 1). Anders als Beiträge und Gebühren, die zur Finanzierung öffentlicher Leistungen erhoben werden, haben Steuern keine Zweckbindung. Auch bemisst sich die Höhe der Steuern gemäß der Opfertheorie an der Leistungsfähigkeit eines Individuums, während sich die Höhe von Gebühren und Abgaben nach der Äquivalenztheorie richtet. Diese sieht eine Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung vor (sog. Kostendeckungsprinzip). Gebühren werden für Individualleistungen erhoben, Beiträge für Kollektivleistungen (Tumpel, 2023, S. 14f.).

Damit eine entrichtete Abgabe als Steuer verstanden werden kann, müssen somit die folgenden Merkmale zutreffen (Hilber, 2015, S. 2):

1. Es muss sich um eine Geldleistung handeln.

2. Es darf der Geldleistung keine unmittelbare Gegenleistung gegenüberstehen.
3. Die Erhebung erfolgt durch Gebietskörperschaften (Bund, Länder oder Gemeinden).
4. Die Erhebung dient der Erzielung von Einnahmen und hat somit einen fiskalischen Zweck.

Wie bereits erwähnt, dient das Steuersystem der Finanzierung eines Staates (Stephan et al., 2003, S. 20). Hinzu kommt häufig eine Lenkungswirkung, die ein bestimmtes Verhalten steuert. Ein Staat ist darauf angewiesen, den Finanzbedarf für die Erfüllung seiner Pflichten hauptsächlich durch Steuereinnahmen zu decken (Weber-Grellet, 2001, S. 10). Dies kann durch direkte und indirekte Steuern erfolgen. Direkte Steuern werden von den Steuerträger*innen unmittelbar selbst entrichtet, wie zum Beispiel die Einkommensteuer, Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer oder KFZ-Steuer. Bei indirekten Steuern hingegen – etwa der Umsatzsteuer oder der Mineralölsteuer – besteht eine Trennung zwischen Steuerschuldner*innen und Steuerträger*innen: Während die Steuerträger*innen die tatsächliche Steuerlast tragen, führen die Steuerschuldner*innen die Steuer lediglich mittelbar ab (Tumpel, 2023, S. 15f.).

Ihren Ursprung fanden Steuern bereits vor über 5.000 Jahren. Mit den Eroberungen und der Ausweitung der politischen Macht durch die Römer*innen stieg der Bedarf an finanziellen Mitteln. Über viele Jahrhunderte hinweg gelang es dem Römischen Reich, die Steuerlast auf unterworfenen Völkern abzuwälzen und die Einnahmen zur Finanzierung weiterer Expansionen zu nutzen. Im Mittelalter stand die Besteuerung zunehmend im religiösen Kontext: Üblich waren unter anderem eine Kreuzzugssteuer für jene, die sich weigerten, an Kreuzzügen teilzunehmen, eine sogenannte Himmelsteuer für Personen außerhalb des christlichen Glaubens sowie eine Judenheiratsabgabe zur Einschränkung des jüdischen Bevölkerungswachstums (Sahm, 2023, S. 14). Jahrhunderte lang waren Steuersysteme von Ungleichheiten und Diskriminierungen bestimmter Bevölkerungsgruppen geprägt. In Österreich reformierte Maria Theresia nach ihrer Krönung im Jahr 1740 die Politik- und Finanzverwaltung und somit das gesamte Steuerwesen. Neben anderen Neuerungen schaffte sie Steuerbefreiung für den Adel ab (Sahm, 2023, S. 191f.). Doch nach ihrem Tod nahm die willkürliche und diskriminierende Besteuerung vorerst kein Ende (Sahm, 2023, S. 193). Steuern stehen seit Beginn ihrer Zeit einem negativem Sentiment, Skepsis und Unmut gegenüber. Diese generelle negative Wahrnehmung könnte eine der Ursachen dafür sein, weshalb unser Steuersystem grundsätzlich als unfair empfunden wird und durch eine niedrige Steuermoral geprägt ist (Mühlbacher, 2018b, S. 54).

Die vorhergehende begriffliche und historische Einordnung verdeutlicht, dass Steuern nicht nur der staatlichen Finanzierung dienen, sondern auch das Verhalten von Bürger*innen beeinflussen können. Wie diese Lenkungswirkung konkret ausgestaltet ist, wie sie auf Konsument*innen wirkt und unter welchen Bedingungen sie gesellschaftliche Akzeptanz findet, wird im folgenden Kapitel untersucht.

2.2.2 Wirkungsmechanismen und Akzeptanz von Steuern

Steuern stellen einen integralen Bestandteil einer Volkswirtschaft dar. Steuereinnahmen ermöglichen eine Vielzahl an wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Funktionen, finanzieren wertvolle öffentliche Güter wie Gesundheit und Bildung und beeinflussen die Wohlfahrt eines Staates. Dieses Kapitel widmet sich daher den Auswirkungen von Steuern und wie diese Konsument*innen beeinflussen.

In der Studie von Rivers & Schaufele (2015, S. 23ff.) wurde bereits gezeigt, dass Konsument*innen auf eine Erhöhung der Steuern sensibler reagieren können, als auf eine reine Preiserhöhung. Dieses Verhalten könnte auf mehrere Gründe zurückzuführen sein. Im Gegensatz zu einer einfachen Preiserhöhung, dürften Verbrauchsteuern als politisches Signal für eine langfristige Änderung wahrgenommen werden, weshalb Konsument*innen eher ihre Verbraucher*innenentscheidungen langfristig überdenken. Im Fall der Mineralölsteuer könnte eine durch die Verbrauchsteuer bedingte Preiserhöhung möglicherweise zum Wechsel des Transportmittels oder Kauf eines kraftstoffeffizienteren PKWs veranlasst haben (Tiezzi & Verde, 2016, S. 86). Im Fall einer CO₂-Steuer dürften Verbraucher*innen die Wirkung grundsätzlich als negativ und ineffizient bewerten. Werden jedoch Nachweise erbracht, dass die Steuer tatsächlich zur Reduktion von Emissionen beiträgt, steigt die Unterstützung hinsichtlich der Kohlenstoffsteuer (Andersson, 2019, S. 1).

Ein zentraler Gegenstand in der Psychologie des Steuerzahlens ist die Steuerhinterziehung (engl. tax evasion), bei der Steuerzahler*innen eine Steuerschuld zu verschleiern versuchen oder Einnahmen falsch präsentiert werden (Mühlbacher, 2018c, S. 9). Das Steuerverhalten wird in hohem Maße durch individuelle Einstellungen, emotionale Reaktionen und persönliche Urteile geprägt. Eine entscheidende Rolle spielt dabei das Gerechtigkeitsempfinden gegenüber dem Steuersystem. Dieses umfasst verschiedene Dimensionen: die Verteilungsgerechtigkeit, also die faire Aufteilung der Steuerlast; die prozedurale Gerechtigkeit, die sich auf die Fairness der Entscheidungsprozesse bezieht; sowie die retributive Gerechtigkeit, die die Angemessenheit der Sanktionierung bei Verstößen betrifft (Mühlbacher, 2018b, S. 55ff.). Die gering ausgeprägte Steuermoral wird von der Bevölkerung häufig mit der fehlenden Gerechtigkeit des Steuersystems

begründet. Dies hebt die Notwendigkeit hervor, die Steuerpolitik nachvollziehbar und fair zu machen und durch vertrauensbildende Maßnahmen zu stärken. Durch Transparenz und Mitspracherecht würde Vertrauen von Steuerzahlenden in das Steuersystem aufgebaut werden, wodurch die Steuermoral erhöht und die Kooperationsbereitschaft stabilisiert werden könnte (Kogler, Muehlbacher & Kirchler, 2015, S. 136f.; Mühlbacher, 2018a, S. 106ff.). Eine Möglichkeit zur Erhöhung der Akzeptanz steuerlicher Maßnahmen stellt das sogenannte Earmarking dar. Dabei werden die Einnahmen aus bestimmten Steuern zweckgebunden verwendet – etwa zur Finanzierung von Nichtraucherprogrammen im Fall der Tabaksteuer oder zur Unterstützung von Suchtprävention und Rehabilitationsmaßnahmen bei der Alkoholsteuer. Auf diese Weise können die hohen Ausgaben zur Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems zumindest teilweise ausgeglichen und gleichzeitig gezielte gesundheitsfördernde Maßnahmen unterstützt werden (Zieser, 2018, S. 123).

Aktuelle Studien zeigen, dass bisherig eingeführte Verbrauchsteuern auf Lebensmittel guten Anklang fanden. Eine dieser Verbrauchsteuern stellt die Zuckersteuer dar. Im April 2018 wurde in Großbritannien eine Abgabe auf zuckerhaltige Getränke eingeführt, welche an Verbraucher*innen vollständig weitergegeben wird und je nach Zuckergehalt variiert. Ab acht Gramm Zucker pro 100 Milliliter beträgt die Steuer 24 Pence pro Liter, enthält das Getränk zwischen fünf und acht Gramm Zucker pro 100 Milliliter, beträgt die Steuer 18 Pence pro Liter, ein Zuckergehalt von unter fünf Gramm pro 100 Milliliter bleibt unbesteuert (Dickson, Gehrsitz & Kemp, 2023, S. 4). Eine Steuer basierend auf dem Zuckergehalt dürfte wirksamer sein, als eine mengenbasierte Steuer (Allais, Enderli, Sassi & Soler, 2023, S. 1100). Dickson et al. (2023, S. 12ff.) zeigten, dass die Steuer bis zum Ende des Beobachtungszeitraums im Jänner 2020 eine erhebliche Kalorienreduzierung von ca. 8,5 Milliarden pro Woche beziehungsweise eine jährliche Reduktion von 6.600 Kalorien pro Einwohner*in in Großbritannien bewirkte. Eine Studie von Rogers et al. (2023, S. 2) fand eine Verbindung zwischen der Zuckersteuer und der Verringerung der Fettleibigkeit von Mädchen zwischen zehn und elf Jahren in Großbritannien. Bedingt durch die Einführung der Zuckersteuer verringerte sich die Anzahl an Fällen von jungen Mädchen mit Adipositas um rund 5.200 Fälle. Dies entspricht einem Rückgang von 8%.

Der Erfolg der Zuckersteuer in Großbritannien zeigte, dass Verbrauchsteuern zur gezielten Lenkung eines Konsumverhaltens durchaus wirksam sein können. Es stellt sich die Frage, ob eine Besteuerung in anderen Bereichen des Konsums ebenso effektiv sein kann. Das nachfolgende Kapitel beschäftigt sich daher mit der Besteuerung zu Nachhaltigkeitszwecken. Es wird zudem die Debatte rund um eine Ökosteuer auf Fleisch näher beleuchtet.

2.2.3 Ökosteuern

Die kontinuierlich steigenden anthropogenen Treibhausgasemissionen erfordern wirk-same Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, die einerseits umweltfreundli-ches Verhalten gezielt fördern und andererseits klimaschädliche Aktivitäten konsequent eindämmen. Eine zunehmend verbreitete politische Maßnahme zur Eindämmung des Klimawandels ist die Besteuerung umweltschädigenden Verhaltens. Beispielsweise wurde im Rahmen der Ökosozialen Steuerreform in Österreich im Herbst 2022 eine CO₂-Bepreisung eingeführt (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mo-bilität, Innovation und Technologie (BMK), 2023). Diese zählt zu den bedeutendsten In-strumenten der ökologischen Steuerpolitik und fokussiert auf das wichtigste Treibhaus-gas, Kohlenstoffdioxid (Lin & Li, 2011, S. 5137). Studien, etwa von Andersson (2019, S. 27) und Pretis (2022, S. 140), verdeutlichen bereits, dass CO₂-Steuern effektive Maß-nahmen zur Senkung von CO₂-Emissionen darstellen können.

Bereits kurz vor der Jahrtausendwende wurde ein Konzept in Zusammenarbeit der Eu-ropäischen Kommission, OECD und Internationalen Energieagentur zu Ökosteuern er-stellt (Statistik Austria, 2024, S. 4). Nach jahrelanger Diskussion wurde im Jahr 2022 schließlich die Ökosoziale Steuerreform eingeführt und damit eine Ökologisierung des Steuersystems veranlasst (Statistik Austria, 2024, S. 6). Per Definition sind Ökosteuern jene Steuern, die ein nachweislich umweltschädliches Verhalten besteuern (Eurostat, 2024). Sie werden in Ressourcen-, Energie-, Transport- und Umweltverschmutzungs-steuern eingeteilt (Wirtschaftskammer Österreich, 2024, S. 3). Den größten Anteil an Ökosteuern stellen die Energiesteuern dar. Im Jahr 2022 betrugen die Einnahmen aus Ökosteuern etwa 9,1 Milliarden, wovon knapp 4,8 Milliarden (52,4%) auf Energiesteuern entfielen (Statistik Austria, 2024, S. 4). Darauf folgen Transportsteuern mit 38,2%, Res-sourcensteuern mit 8,6% und Umweltverschmutzungssteuern mit weniger als einem Prozent. Die Mineralölsteuer (eine Energiesteuer) stellt mit 43,7% die prominenteste Ökosteuer dar (Statistik Austria, 2024, S. 4f.). Der Großteil der Ökosteuern setzt sich aus Verbrauchsteuern zusammen, weshalb jede Person, ob Unternehmer*in oder Kon-sument*in, von der Steuer erfasst wird und seinen*ihren individuellen Beitrag zur Verrin-gerung der Umweltbelastung leisten kann.

Mit fortschreitender Forschung in der Umweltökonomik wurde die Theorie der doppelten Dividende aufgestellt (He, Zhang, Wang & Ning, 2023, S. 1445). Die Hypothese besagt, dass eine Einführung von Umweltsteuern zwei positive Effekte (zwei Dividenden) her-beiführen kann (Parry & Bento, 2000, S. 67). Tritt der Lenkungseffekt der Ökosteuer ein, kann die Umweltqualität verbessert werden. Dieser Effekt definiert die erste Dividende. Idealerweise wird die Steuer so erhoben, dass sich die Zahlungsbereitschaft für die

Nutzung des besteuerten Gutes oder der Dienstleistung mit den daraus resultierenden externen Kosten deckt (Stephan et al., 2003, S. 21). Die zweite Dividende bezieht sich auf die Steigerung der Gesamteffizienz einer Volkswirtschaft. Werden die Einnahmen aus der Ökosteuer sinnvoll eingesetzt, indem Steuern auf Arbeit, Produktion oder Kapital reduziert werden, kann Wohlfahrt und wirtschaftliches Wachstum gefördert werden (He et al., 2023, S. 1445).

Bei Ökosteuern handelt es sich in der Regel um sogenannte Pigou-Steuern, die in erster Linie darauf abzielen, gezielt ein bestimmtes Verhalten zu steuern. Sie folgen dem Verursacherprinzip, dem zufolge jene Personen oder Gruppen, die durch ihr Verhalten Umweltbelastungen verursachen, zur Verantwortung gezogen werden sollen. Dies geschieht, indem die externen Kosten der Umweltbelastung in die Preisbildung einbezogen und somit internalisiert werden (Stephan et al., 2003, S. 21). Dieser Ansatz beruht auf der Externalitätstheorie, die von den Ökonomen Alfred Marshall und Arthur C. Pigou entwickelt wurde. Sie bildet die theoretische Grundlage zur Erklärung der Ursachen von Umweltproblemen. Von Externalitäten oder externen Effekten ist die Rede, wenn das Handeln eines*iner Akteur*in den Nutzen anderer Akteur*innen beeinflusst, ohne dass dieser Effekt über den Markt ausgeglichen wird. Unterschieden wird zwischen positiven (vorteilhaften) und negativen (schädlichen) Externalitäten. Zu den negativen Externalitäten zählen unter anderem Luftverschmutzung und Treibhausgasemissionen, die sich mithilfe einer Pigou-Steuer in die Marktmechanismen integrieren lassen, um ihre Kosten zu internalisieren (He et al., 2023, S. 1445).

Besteuerungsgrundlage ist eine physikalische Größe, deren Nutzung nachweisbar negative Folgen auf die Umwelt hat. Dazu zählen Produkte, Prozesse oder auch der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen. Die bekanntesten Ökosteuern sind etwa die Mineralölsteuer oder die KFZ-Steuer (Statistik Austria, 2023b, S. 4ff.). Eine CO₂-Bepreisung, wie sie im Jahr 2022 in Rahmen der Ökosozialen Steuerreform in Österreich eingeführt wurde, ist eine Ökosteuer, die zu den primären marktbasierten Möglichkeiten zählt, Treibhausgasemissionen zu reduzieren (Zhang, Wang, Liang & Chen, 2016, S. 298).

In einer Studie von He, Sun, Niu, Long & Li (2021, S. 307ff.) wurde basierend auf Panel Daten der OECD-Länder von 1995 bis 2016 die kurz- und langfristigen Effekte von Ökosteuern auf die Energieeffizienz analysiert. Die Ergebnisse der Studie zeigten, dass Ökosteuern sowohl kurz- als auch langfristige positive Auswirkungen auf die Energieeffizienz haben, wobei die positiven Effekte langfristig stärker ausgeprägt sind. Es zeigt sich zudem, dass Ökosteuern in Ländern mit höherem Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zu Ländern mit niedrigerem BIP signifikantere Ergebnisse nachweisen. In

einer weiterführenden Studie wurde anhand der Daten von 2005 bis 2019 von 36 OECD-Ländern die Auswirkung von Ökosteuern auf die Abschwächung des Klimawandels sowie der Verringerung von extremen Wetterereignissen untersucht (He et al., 2023, S. 1440ff.). Auch in diesem Zusammenhang wurden positive Effekte festgestellt: Kurzfristig kann die Anzahl der Tage mit extremen Temperaturen für jede zusätzliche Einheit an Umweltsteuer pro Kopf um 0,06% reduziert werden, langfristig um 0,02%. Zudem wirkt sich die Ökosteuer auch auf die CO₂-Emissionen kurzfristig signifikant mindernd aus. Langfristig zeigt sich ebenfalls eine tendenzielle Reduktion der Emissionen, wenngleich die Aussagekraft dieser Ergebnisse noch durch weiterführende Forschung untermauert werden muss, um die statistische Signifikanz abschließend zu bestätigen (He et al., 2023, S. 1460). Die Ergebnisse der beiden Studien deuten darauf hin, dass Ökosteuern durchaus positive Auswirkungen auf die Energieeffizienz, die Reduktion von Temperaturanomalien sowie die Verringerung der Pro-Kopf-CO₂-Emissionen haben können.

Dass die Einführung einer Kohlenstoffsteuer sich als wirksam zur Reduktion von Treibhausgasen erweisen kann, zeigte auch eine Studie von Rivers & Schaufele (2015, S. 23ff.). Im Sommer 2008 wurde in British Columbia (Kanada) eine Kohlenstoffsteuer eingeführt, mit dem Ziel, als erste CO₂-Steuer in Nordamerika die Treibhausgasemissionen zu verringern. Die Studienergebnisse zeigten, dass die CO₂-Steuer im Vergleich zu einer reinen Preisänderung etwa eine vier Mal stärkere Nachfragereaktion auslöste. Während eine Erhöhung des Benzinpreises um fünf Cent einen kurzfristigen Rückgang des Benzinverbrauchs um 2,1% bewirkte, konnte eine CO₂-Steuer in der Höhe von fünf Cent pro Liter die Nachfrage um 8,4% senken. Dieses Ergebnis führt zu der Annahme, dass Konsument*innen empfindlicher auf eine Kohlenstoffsteuer reagieren, was die mögliche Wirksamkeit von Ökosteuern belegt.

Zusammengefasst können Ökosteuern wirksame Anreize bieten, um umweltschädliches Verhalten zu meiden und dabei potenziell die Gesamteffizienz einer Volkswirtschaft stärken (doppelte Dividende). Durch die Internalisierung externer Kosten finden Umweltkosten ihren Niederschlag in wirtschaftlichen Aktivitäten. Auch können die Einnahmen durch die Ökosteuer für weitere Aktionen zum Schutz der Umwelt verwendet werden. Dies fällt unter den Begriff des Earmarking, bei dem Steuereinnahmen für bestimmte Zwecke eingesetzt werden (Brett & Keen, 2000, S. 315f.). Ökosteuern sind zudem transparenter als ein reines cap-and-trade System, bei dem Emissionsobergrenzen („caps“) für jeden Staat festgelegt und auf dem freien Markt gehandelt werden („trade“) (Weitzman, 2016, S. 6).

Neben den Studien und Forschenden, die Ökosteuern befürworten, wird in anderen Forschungen argumentiert, dass Ökosteuern soziale Ungerechtigkeit herbeiführen.

Fremstad & Paul (2019, S. 88) stellten in ihrer Studie fest, dass CO₂-Steuern einkommensschwache Haushalte besonders stark belasten, da diese einen größeren Anteil ihres Einkommens für kohlenstoffintensive Produkte und Dienstleistungen aufwenden als einkommensstärkere Personen. Dadurch wird soziale Ungleichheit weiter verschärft. Zudem kann es – je nach Art des besteuerten Gutes – zum sogenannten Carbon Leakage kommen. Dieses bezeichnet den Umstand, dass die Produktion emissionsintensive Güter ins Ausland verlagert wird. Dadurch entstehen Anreize zur Delokalisierung von Produktionsstandorten, was heimische Produzent*innen benachteiligt und die Wirksamkeit von Ökosteuern mindert (Abadie et al., 2015, S. 281; Davis & Caldeira, 2010, S. 5687).

Maßnahmen zum Schutz der Umwelt sind angesichts der aktuellen Entwicklungen des Klimawandels dringend notwendig. Aktuelle Statistiken verdeutlichen, dass bisher implementierte Maßnahmen unzureichend sind, um den Klimawandel effektiv zu begrenzen. Ob Ökosteuern hierfür ein geeignetes Instrument darstellen, bleibt aufgrund der uneinheitlichen Forschungsergebnisse weiterhin kontrovers diskutiert. Aufbauend auf den allgemeinen Prinzipien ökologischer Besteuerung richtet sich der Fokus nun auf deren spezifische Ausgestaltung im Bereich des Fleischkonsums.

2.2.4 Wahrnehmungsbezogene Dimensionen der Ökosteuer auf Fleisch

Die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch ist seit mehreren Jahren Gegenstand kontroverser Diskussionen unter Forschenden. Dabei zeigt sich, dass die Umweltbelastungen, die mit der Fleischproduktion einhergehen, von Konsument*innen und politischen Entscheidungsträger*innen häufig unterschätzt werden. Im Vergleich zu pflanzlichen Produkten erfordert die Herstellung tierischer Lebensmittel, insbesondere Fleisch, pro Kilogramm deutlich mehr Ressourcen wie Wasser und Landflächen und führt zu höheren Treibhausgasemissionen. Besonders stark ausgeprägt ist dies bei Fleisch von Wiederkäuern, deren Verdauung große Mengen an Methan freisetzt – einem der bedeutendsten Treibhausgase (Nijdam et al., 2012, S. 762).

Forschenden aus Schweden zu Folge könnte die Einführung einer Ökosteuer auf Rindfleisch die Treibhausgasemissionen um etwa 16 bis 25% reduzieren (Gren et al., 2019, S. 1581). Eine weitere Studie zeigt auf, dass die Besteuerung von Rind-, Schweine- und Hühnerfleisch sowie von vier weiteren tierischen Produkten die Treibhausgas-, Stickstoff-, Ammoniak- und Phosphoremissionen aus der Viehwirtschaft um circa 12% senken könnte (Säll & Gren, 2015, S. 47f.). Dennoch sind die exakten Auswirkungen einer solchen Steuer hinsichtlich der Emissionsreduktionen bisher nicht eindeutig prognostizierbar. Studien präsentieren unterschiedliche Ergebnisse und dennoch sprechen sich zahlreiche Forschende für die Implementierung einer Ökosteuer auf Fleischprodukte

aus. In der Vergangenheit stieß die Besteuerung von Lebensmitteln aus Umweltschutzgründen jedoch vielfach auf Ablehnung (Säll & Gren, 2015, S. 49). Unbestritten bleibt, dass eine Besteuerung von Fleischprodukten erhebliches Potenzial für den Umweltschutz birgt, weshalb es notwendig scheint, diesem Thema verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen, um wirksamere Beiträge zum Klimaschutz leisten zu können (He et al., 2023, S. 1461). Der Versuch, Ernährungsgewohnheiten von Menschen zu ändern, stellt für politische Entscheidungsträger*innen eine erhebliche Herausforderung dar, da diese Gewohnheiten stark individualisiert, kulturell geprägt und oftmals als private Angelegenheiten angesehen werden (Bendz, Bäckstedt, Harring & Martin Persson, 2023, S. 2).

Damit eine Ökosteuer auf Fleisch auf größere Zustimmung trifft, ist es entscheidend, Verbraucher*innen klar über den Zweck und Nutzen der Steuer zu informieren (Kallbekken & Sælen, 2011, S. 2967). Mehrere Studien verdeutlichen, dass Aspekte des Tierwohls für die öffentliche Akzeptanz einer Ökosteuer auf Fleisch möglicherweise relevanter sind als klimapolitische Argumente. Perino & Schwickert (2023, S. 160ff.) führten dazu ein Choice-Experiment mit 2.855 Teilnehmer*innen in Deutschland durch. Dabei wurden sechs verschiedene Besteuerungsvorschläge zur Abstimmung gestellt. Die Ergebnisse zeigten, dass die Teilnehmenden eher geneigt waren, einer Steuer zuzustimmen, wenn diese primär dem Tierwohl statt dem Klimaschutz diene. Ähnliche Resultate präsentieren Palomo-Vélez, Tybur & van Vugt (2018, S. 63ff.), wonach Faktoren wie Ekel und Tierwohl die Einstellung zum Fleischkonsum stärker beeinflussen als gesundheitliche oder umweltbezogene Überlegungen. Diese Präferenz für eine Tierwohlabgabe beruht nicht zwingend auf der Erwartung einer tatsächlichen Reduktion des Fleischkonsums, sondern vielmehr auf der Überzeugung, dass eine solche Steuer wirksam zur Förderung des Tierwohls beiträgt, unabhängig von der konsumierten Fleischmenge (Perino & Schwickert, 2023, S. 163). Dennoch ergeben sich hieraus konkrete Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger*innen, wonach die Integration von Tierwohlargumenten die Akzeptanz der Verbraucher*innen positiv beeinflussen könnte.

Darüber hinaus ist das Vertrauen der Bevölkerung in politische Entscheidungsträger*innen ein entscheidender Faktor für die Akzeptanz oder Ablehnung von Umweltsteuern. Ein geringes Vertrauen führt häufig zu einer Ablehnung der Steuermaßnahme (Hammar & Jagers, 2006, S. 613). Zudem erhöht sich die Zustimmung zur Steuer, wenn deren Einnahmen ausdrücklich für weitere Umweltmaßnahmen eingesetzt werden (siehe Earmarking) (Sælen & Kallbekken, 2011, S. 2188). Ferner bevorzugen Menschen politische Instrumente, die sowohl die Einführung umweltfreundlicher Technologien als auch das allgemeine Bewusstsein für Klimaschutz fördern (Brannlund & Persson, 2012, S. 716).

In verschiedenen Fallstudien wurden mögliche Auswirkungen einer Ökosteuer auf Fleisch diskutiert (Abadie et al., 2015, S. 280ff.; Caro et al., 2017, S. 78ff.; Säll, 2018, S. 147ff.), wobei neben positiven Lenkungseffekten auch potenzielle Probleme identifiziert wurden. Insbesondere besteht die Gefahr, dass eine solche Steuer soziale Ungleichheiten verschärft, da einkommensschwache Haushalte im Vergleich zu einkommensstärkeren Haushalten überproportional stark belastet würden (Fremstad & Paul, 2019, S. 88). Ohne eine gezielte Verwendung der Einnahmen zur Kompensation in anderen Steuerbereichen könnte die Ökosteuer auf Fleisch regressiv wirken und einkommensschwache Gruppen zusätzlich belasten (Säll, 2018, S. 151). Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass eine Ökosteuer zu einer Verlagerung der Produktion oder zu einem Anstieg des grenzüberschreitenden Handels führt. In der Folge könnte die Steuer umgangen werden, was sich nachteilig auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit auswirken würde (Abadie et al., 2015, S. 292; Davis & Caldeira, 2010, S. 5687f.). Die Wahrnehmung der **Fairness und Sinnhaftigkeit** einer Einführung der Ökosteuer auf Fleisch stellt somit einen ersten interessanten Untersuchungsgegenstand dar, um die Einstellungen und Meinungen von Konsument*innen im Hinblick auf ethische und moralische Überlegungen zu erfassen.

Bei einer Ökosteuer auf Fleisch fällt der libertäre Gedanke durch die Unausweichlichkeit der Steuer weg, da es keine „Opt-Out-Option“ gibt. Steuern bewirken häufig die Wahrnehmung eines Eingriffs in die individuelle Freiheit und stellen einen Freiheitsentzug da (Kirchler, 1999, S. 133). Es wäre somit denkbar, dass unter Konsument*innen **Reaktanz** entsteht und insbesondere einkommensstärkere Haushalte motiviert sind, Widerstand zu leisten und weiterhin oder sogar mehr Fleisch zu konsumieren. Die Theorie der psychologischen Reaktanz nach Brehm (1966, S. 1ff.) besagt nämlich, dass eine (drohende) Einschränkung des eigenen Handlungsspielraums zu Widerstand (psychologischer Reaktanz) führen kann und dazu motiviert, die drohende Einschränkung zu beseitigen bzw. den Handlungsspielraum wiederherzustellen. Je nach Ausmaß der empfundenen Bedrohung, der subjektiven Bedeutung der Einschränkung für die betroffenen Personen sowie dem Umfang der Maßnahme kann die Reaktanz unterschiedlich stark ausfallen. Je stärker eine politische Maßnahme als Eingriff in die persönliche Freiheit wahrgenommen wird, desto weniger gerecht wird die Maßnahme empfunden. Gleichzeitig steht die empfundene Gerechtigkeit selbst ebenfalls in einem positiven Zusammenhang mit der empfundenen Wirksamkeit einer Maßnahme (Ejelöv & Nilsson Hed, 2020, S. 6f.).

Bendz, Bäckstedt, Harring & Martin Persson (2023, S. 1ff.) analysierten in einer qualitativen Studie die Einstellungen zu zwei unterschiedlichen klimapolitischen Maßnahmen: (1) mengenbasierte Regulierungen in Form fleischfreier Tage in Schulkantinen sowie (2)

marktbasierte Instrumente wie eine Steuer auf Fleisch. Dafür werteten sie Beiträge in zwei schwedischen Online-Foren aus. Im Rahmen ihrer Analyse verwendeten die Forschenden unter anderem die Kategorien „Fairness“ und „Freiheit“ (im Sinne der zuvor erwähnten „Reaktanz“). Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Befürwortung oder Ablehnung einer Steuer auf Fleisch teilweise auf die subjektive Wahrnehmung von Fairness und Einschränkung individueller Freiheit zurückgeführt werden kann.

Eine Gruppe von Forschenden konnte in einer mehrphasigen empirischen Untersuchung nachweisen, dass die Unterstützung für klimapolitische Maßnahmen innerhalb der Haredi-Gemeinschaft in Israel signifikant zurückging, nachdem eine Steuer auf Einwegplastik eingeführt worden war. Die besonders betroffene Bevölkerungsgruppe entwickelte unmittelbar nach der Gesetzesänderung ein ausgeprägtes Gefühl einer kollektiver Opferrolle und nahm die Maßnahme nicht vorrangig als umweltpolitisch motiviert wahr, sondern als gezielten politischen Angriff. Diese Wahrnehmung führte nicht nur zu einer ablehnenden Haltung gegenüber der konkreten Steuer, sondern hatte auch langfristige Auswirkungen auf die generelle Bereitschaft zum Umwelt- und Klimaschutz innerhalb der Gruppe. Selbst nach der Aufhebung der Steuer blieb eine anti-ökologische Grundhaltung bestehen. Gleichzeitig wichen ein Teil der Gemeinschaft auf alternative Beschaffungswege aus, beispielsweise durch den Kauf von Einwegplastik in palästinensischen Gebieten, um den ökonomischen Folgen der Steuer zu entgehen. Die Studienergebnisse machen deutlich, dass umweltpolitische Maßnahmen, die als ungerecht oder identitätsbedrohend empfunden werden, nicht nur kurzfristige Reaktanz hervorrufen, sondern auch dauerhaft das Vertrauen in sowie die Unterstützung für Umweltpolitik schwächen können (Malovicki-Yaffe, Hameiri, Bloy & Fishman, 2025, S. 145ff.).

Eine experimentelle Studie von Spelt, Dijk, Ham, Westerink & IJsselsteijn (2019, S. 1ff.) untersuchte den Zusammenhang zwischen psychologischer Reaktanz und der sprachlichen Gestaltung persuasiver Botschaften zur Reduktion des Fleischkonsums. Dabei wurde zwischen hoch kontrollierenden und niedrig kontrollierenden Formulierungen differenziert. Die Ergebnisse zeigten, dass Botschaften mit stark direkter, kontrollierender Sprache signifikant höhere Reaktanz auslösten – gemessen an subjektiv berichteten Gefühlen von Ärger und der wahrgenommenen Bedrohung der Entscheidungsfreiheit. Trotz dieser unterschiedlichen emotionalen Reaktionen ließ sich jedoch in beiden Gruppen keine signifikante Veränderung in der Einstellung oder Intention zur Reduktion des Fleischkonsums feststellen. Diese Ergebnisse legen nahe, dass Reaktanz zwar als emotional-kognitiver Widerstand zuverlässig messbar ist, persuasive Botschaften allein jedoch nicht zwangsläufig zu einer Einstellungs- oder Verhaltensänderung führen.

Eine weitere Herausforderung bei der Einführung neuer umweltpolitischer Maßnahmen wie etwa einer Ökosteuer auf Fleisch liegt in der psychologischen Verzerrung der Risikowahrnehmung. Wie Sunstein (2006, S. 1110f.) feststellt, neigen Menschen dazu, Gefahren entweder zu überschätzen oder zu unterschätzen, insbesondere wenn ihnen Vergleichswerte oder Erfahrungen fehlen. Diese „Fehlfurcht“ (misfearing) kann dazu führen, dass verhältnismäßig harmlose Maßnahmen mit starker Ablehnung begegnet werden, während gravierendere Probleme unterschätzt bleiben. Emotionale Reaktionen, irreführende Vergleiche und mediale Verstärkungen begünstigen eine verzerrte Informationsverarbeitung, die in Polarisierung und Reaktanz münden kann. Eine verständliche, sachorientierte Kommunikation scheint daher zentral, um Akzeptanz für neuartige Maßnahmen zu fördern und irrationale Ablehnung zu vermeiden.

In Bezug auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit ist auch **kognitive Dissonanz** eine gewöhnliche Reaktion. In seinem Werk „A Theory of Cognitive Dissonance“ legt Leon Festinger (1957, S. 1ff.) die Grundlagen einer Theorie dar, welche sich mit innerpsychischen Konflikten befasst. Solche Konflikte entstehen, wenn Meinungen, Überzeugungen oder Verhaltensweisen eines Individuums miteinander unvereinbar sind. Festinger beschreibt, wie Menschen versuchen, einen Zustand kognitiver Dissonanz zu bewältigen, indem sie entweder ihr Verhalten oder ihre Überzeugungen anpassen oder durch das Hinzufügen neuer, kompatibler Informationen eine innere Übereinstimmung wiederherstellen. Dabei zeigt sich, dass Personen gezielt Informationsquellen auswählen, von denen sie sich eine Bestätigung oder Verstärkung ihrer bestehenden Überzeugungen erhoffen. Umgekehrt werden solche Quellen vermieden, die geeignet wären, die bestehende Dissonanz zu verstärken. Die Reduktion kognitiver Dissonanz wird als grundlegender motivationaler Mechanismus verstanden, der mit anderen elementaren Bedürfnissen wie Hunger oder Frustration vergleichbar ist. Die Entstehung von Dissonanz kann unterschiedliche Ursachen haben, etwa durch neue Informationen, die bestehenden Überzeugungen widersprechen, oder durch Unsicherheiten bei Entscheidungen. Die Intensität, mit der Menschen danach streben, Dissonanz zu reduzieren, hängt von der subjektiven Bedeutung der betroffenen Kognitionen ab und wird durch Faktoren wie Schmerz, drohenden Verlust oder Zufriedenheit beeinflusst. Da es sich bei Ökosteuern um Maßnahmen handelt, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind – einem Bereich, der mit kognitiver Dissonanz verbunden sein kann – erscheint es naheliegend, dass auch im Zusammenhang mit der Ökosteuer auf Fleisch kognitive Dissonanz eine wesentliche Rolle spielt.

Weingarten und Lagerkvist (2023, S. 1ff.) untersuchen in ihrer experimentellen Studie, inwieweit kognitive Dissonanz durch visuelle und textbasierte Informationsreize

ausgelöst werden kann und welchen Einfluss diese auf fleischvermeidendes Konsumverhalten haben. Die Versuchspersonen – allesamt regelmäßige Fleischkonsument*innen – wurden zufällig einer von vier Bedingungen zugewiesen: Sie erhielten entweder gesundheitsbezogene Textinformationen, ein Bild, das ein lebendes Tier in direktem Zusammenhang mit einem Fleischprodukt zeigte, eine Kombination beider Reize oder eine neutrale Kontrollbedingung. Die Ergebnisse zeigen, dass sowohl Textinformationen als auch bildliche Darstellungen signifikant kognitive Dissonanz hervorriefen. Diese Dissonanz ging mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit einher, im Rahmen eines hypothetischen Auswahlverfahrens ein vegetarisches statt eines fleischhaltigen Produkts zu wählen. Die Befunde deuten darauf hin, dass nicht allein die Bereitstellung von Informationen, sondern insbesondere die gezielte Auslösung kognitiver Dissonanz eine zentrale Rolle bei der Förderung fleischreduzierter Ernährungsentscheidungen spielt. Daraus ergeben sich praxisrelevante Implikationen für die Gestaltung gesundheits- und umweltbezogener Informationsmaßnahmen: So könnten beispielsweise visuelle Elemente auf Lebensmittelverpackungen oder Menükarten gezielt eingesetzt werden, um durch die Aktivierung kognitiver Dissonanz ein reflektierteres Konsumverhalten zu fördern.

Studien zeigen, dass es Menschen bei der Bildung von Meinungen zu einer Thematik leichter fällt, wenn sie **Analogien** bilden können (Brand, Mesoudi & Smaldino, 2021, S. 450ff.; Olsson & Galesic, 2024, S. 907ff.). Analogien fungieren dabei als Werkzeug, neue Informationen mit bereits existierenden Informationen zu verknüpfen und zu verstehen. Sie dienen als grundlegender Mechanismus, neue Informationen einzuordnen und komplexere Informationen schneller zu verstehen (Brand et al., 2021, S. 451). Das Zurückgreifen auf bestehende Denkmuster geschieht oft unbewusst, kann daher Fehlannahmen herbeiführen und auch zu Veränderungen im Glaubenssystem führen (Olsson & Galesic, 2024, S. 907). In diesem Zusammenhang beschreibt Zaller (1992, S. 279) auch das Phänomen der sogenannten „on-the-spot“-Konstruktion: Wenn Menschen nach ihrer Meinung etwa zu steuerpolitischen Maßnahmen gefragt werden, verfügen sie nicht zwingend über eine stabile, global integrierte Einstellung. Vielmehr greifen sie situativ auf verfügbare Wissensfragmente zurück – etwa jüngste Diskussionen, Erfahrungen oder Analogien – und bilden daraus eine momentane Einschätzung. Dieses Modell erklärt, warum sich Befragte je nach Framing oder Kontext der Frage widersprüchlich äußern können und unterstreicht die Bedeutung der öffentlichen Kommunikation zur Steuerakzeptanz.

Bei komplexen, schwer greifbaren Klimaschutzmaßnahmen – wie etwa einer CO₂-Bepreisung oder einer Ökosteuer auf Fleisch – können vertraute steuerpolitische Konzepte Orientierung bieten. Gleichzeitig verdeutlichen Studien, etwa von Lorenzoni, Nicholson-

Cole & Whitmarsh (2007, S. 453), dass Maßnahmen ohne historische oder persönliche Anknüpfungspunkte oft als unverständlich, überfordernd oder sogar ungerecht empfunden werden. Viele Menschen erkennen den Klimawandel zwar als kollektives Problem an, bezweifeln jedoch die Wirksamkeit individueller Beiträge – insbesondere dann, wenn diese mit einschneidenden Verhaltensänderungen einhergehen. Solche Wahrnehmungen führen häufig zu Passivität und behindern die gesellschaftliche Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen.

Die Diskussion über Fleischkonsum und Nachhaltigkeit zeigt, dass ein hoher Fleischkonsum und das aktuelle Niveau der Fleischproduktion mit erheblichen ökologischen Problemen verbunden sind. Eine Ökosteuer auf Fleisch ist eine Möglichkeit, die Externalitäten der Fleischproduktion nicht länger auszulagern, sondern einzubeziehen. Mit einer solchen Maßnahme rücken jedoch auch moralische, ethische und gerechtigkeits-theoretische Fragen stärker in den Fokus. Die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch stellt eine moralische Pflicht dar und zugleich eine politische Aufgabe, die fair umgesetzt werden muss. Das nächste Kapitel befasst sich deshalb mit den Themen Ethik, Moral und Gerechtigkeit.

2.3 Ethik, Moral und Gerechtigkeit

Der Nachhaltigkeitsgedanke einer Ökosteuer auf Fleisch berührt alle drei Säulen der Nachhaltigkeit. Er wirft grundlegende ökologische, ökonomische und soziale Fragen auf, die miteinander in einem Zielkonflikt stehen. Im Kern steht der ökologische Gedanke sowie die Verantwortung gegenüber Umwelt, Tieren und künftigen Generationen. Während utilitaristische Ansätze die Einführung der Steuer nach ihrem Nutzen für die Allgemeinheit bewerten, werfen andere ethische Positionen Fragen nach der sozialen Gerechtigkeit einer solchen Maßnahme auf. In diesem Kapitel werden relevante ethische und gerechtigkeits-theoretische Ansätze präsentiert, die eine normative Grundlage für die Wahrnehmung einer Ökosteuer auf Fleisch bilden.

2.3.1 Moral, Ethik und deren Teilbereiche

Der Ausdruck „Moral“ leitet sich aus dem Lateinischen Begriff „mos“ bzw. „mores“ (Sitte bzw. Sitten) ab und bezeichnet normative Regeln und Orientierungen (Brodbeck, 2003, S. 19). Moral ist demnach eine an den geltenden Sitten orientierte Verhaltensnorm. Sie wird durch Traditionen und Gewohnheiten gestützt und erhält auf diese Weise gesellschaftliche Akzeptanz. Da moralische Vorstellungen lediglich als Orientierung dienen, beruhen sie auf Freiwilligkeit und ziehen bei Nichtbefolgung grundsätzlich keine direkten Konsequenzen nach sich. Dennoch entfaltet Moral ihre Wirkung innerhalb eines sozialen

Umfelds und gewinnt insbesondere durch Kommunikation an Struktur und Beständigkeit (Brodbeck, 2003, S. 24).

Der Begriff „Ethik“ wird häufig als ein Synonym von Moral verstanden. Oft wird jedoch argumentiert, dass sich die beiden Ausdrücke grundsätzlich unterscheiden. Der Ausdruck „Ethik“ stammt aus dem Griechischen („ethos“ für Gewohnheit, Brauch oder Sitte) und wird etwa als Philosophie der Moral bzw. als wissenschaftliche Reflexion von Moral definiert (Werner, 2021a, S. 6). Die Ethik beschäftigt sich mit der Frage, wie Menschen handeln sollen (Wittwer, 2017, S. 273). Sie wird in drei Subdisziplinen unterteilt: die Metaethik, die normative und deskriptive Ethik. Die Metaethik analysiert die Grundlagen, Ontologie und Semantik moralischer Diskurse. Die deskriptive Ethik beschreibt Verhaltensregeln, Werturteile und verhaltensbezogene Einstellungen. Im Gegensatz dazu kritisiert, begründet und rechtfertigt die normative Ethik diese. Die angewandte Ethik ist ein Teilbereich der normativen Ethik und beschäftigt sich mit bestimmten Praxisbereichen (Werner, 2021a, S. 6f.). Sie beabsichtigt, theoretisch begründete Lösungen für spezielle moralische Lösungen zu finden. Die angewandte Ethik umfasst daher beispielsweise die Medienethik, Medizinethik, Wirtschaftsethik sowie zahlreiche weitere Bereichsethiken (Wittwer, 2017, S. 283). Das Kernstück der Moralphilosophie bleibt jedoch die normative Ethik. Diese begründet verbindliche Normen des Zusammenlebens (Wittwer, 2017, S. 275).

Die für diese Arbeit relevanten Bereichsethiken sind die **Tier- und die Umweltethik**, welche Einfluss auf den individuellen Fleischkonsum ausüben können. In Anlehnung an den Utilitarismus sind nämlich jene Handlungen moralisch richtig, die das größtmögliche Glück stiften und den Nutzen bzw. das Wohlergehen aller Beteiligten maximieren (Nasher, 2009, S. 11). Im konkreten Fall sollen die Interessen aller Lebewesen gewahrt werden, indem Tierleid vermieden bzw. zukünftige Generationen durch nachhaltige Praktiken uneingeschränkt bleiben (Werner, 2021b, S. 274ff.). Einstellungen zum Fleischkonsum, der zu einem großen Teil für die Beschleunigung des Klimawandels verantwortlich ist, werden somit jedenfalls durch zweierlei Stellschrauben beeinflusst: moralische Einstellungen in Bezug auf die Umweltethik und jene auf die Tierethik.

Die Tierethik beschäftigt sich mit dem moralisch richtigen Umgang mit der Tierwelt. Entscheidend bei der Beurteilung dieses Umgangs ist der moralische Status, den Menschen Tieren zuschreiben. Dabei stellt sich die Frage, ob Tiere ebenso wie Menschen eine Würde besitzen. Besonders Tierversuche, die landwirtschaftliche Nutzung von Tieren, der Verzehr tierischer Produkte und Massentierhaltung sind Gegenstand der kritischen Reflexion in der Tierethik (Bohrmann, 2018, S. 339f.). Die immer lauter werdende Tierrechtsbewegung stützt sich auf den utilitaristischen Grundgedanken. Als leidensfähige

Wesen haben Menschen Tieren gegenüber Pflichten und sollen Tiere daher als Teil der moralischen Gesellschaft anerkennen (Bohrmann, 2018, S. 342; Petrus, 2012, S. 85). Als stärkere Spezies ist der Mensch demnach Verantwortungsträger für seine umgebende Natur und tierischen Lebewesen (Bohrmann, 2018, S. 343). Die moralische Einstellung gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung von Tieren, Massentierhaltung und Fleischkonsum weicht in unserer Gesellschaft dennoch stark ab. In den Studien von Palomo-Vélez et al. (2018, S. 63ff.) und Perino & Schwickert (2023, S. 160ff.) wurde jedoch bereits gezeigt, dass das Tierwohl ausschlaggebend für die öffentliche Unterstützung einer Ökosteuer auf Fleisch ist.

Die Umweltethik ist ein großer Teilbereich und umfasst die Anliegen des Tier-, Umwelt- und Naturschutzes. Im Fokus liegt der respektvolle und ausgewogene Umgang mit der Natur und Umwelt. Die Umweltethik befasst sich sowohl mit den Werten der Natur als auch mit den Pflichten (deontologisch) gegenüber der Natur. In der Praxis ist sie darauf ausgerichtet, drängende politische und gesellschaftliche Probleme zu untersuchen und Handlungsempfehlungen zu entwickeln, die auf ethischen, politiknahen Kontexten basieren (Ott, 2021, S. 244f.). Zentral sind dabei Fragen nach Verantwortung, Werten und Pflichten gegenüber der außermenschlichen Natur. Sie präsentiert eine Vielzahl von Begründungsmustern, darunter die Zerstörung von Ökosystemen, der Biodiversitätsverlust sowie der Klimawandel (Bossert & Schlegel, 2021, S. 78).

Die Tier- und Umweltethik konfrontiert uns mit der dringenden Herausforderung, unsere moralische Verantwortung gegenüber der Umwelt, der Natur und allen Lebewesen zu überdenken. Umweltschutz ist daher nicht nur ein Thema der Nachhaltigkeit, sondern auch eine Frage der Moral und Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen und der Natur.

2.3.2 Steuermoral

Unter dem Begriff Steuermoral können Einstellungen zu Steuern, zum Steuersystem und oder zu Steuerbehörden verstanden werden (Tennert & Arenberg, 2024, S. 270f.). Eine hohe Steuermoral zeichnet sich somit durch eine positive Einstellung zum Steuerzahlen und eine freiwillige Steuerehrlichkeit aus, die sich in einer freiwillig ordnungsgemäßen Entrichtung der Steuerschuld äußert (Mühlbacher, 2018c, S. 8). Die OECD definiert Steuermoral auch als die intrinsische Motivation, Steuern abzuführen und Steuergesetze freiwillig einzuhalten (OECD, 2019, S. 11). Die Einstellung der Steuerzahlenden setzen sich aus Urteilen über das Steuerzahlen, die Gesetzgebung und die Steuerbehörden zusammen.

Einstellungen können auch hier in Form von Affekten, Kognitionen und Verhaltensabsichten erfasst werden. Die affektive Komponente spiegelt sich in der emotionalen Bewertung des Steuerzahlens wider, die durch persönliche Erfahrungen geprägt ist. Sie zeigt sich in physiologischen Reaktionen, wurde jedoch bislang nur wenig erforscht. Erste empirische Studien legen jedoch nahe, dass Affekte und Emotionen beim Steuerzahlen eine bedeutende Rolle für die Steuermoral spielen (Mühlbacher, 2018c, S. 12). Die kognitive Komponente findet ihren Ausdruck in bewussten und unbewussten mentalen Prozessen. Sie umfasst Überzeugungen und Meinungen zum Steuerzahlen, zum Steuersystem und den Finanzbehörden (Tennert & Arenberg, 2024, S. 272). So sind beispielsweise subjektive Wahrnehmungen und Urteile über die Gerechtigkeit des Steuersystems eng mit der Einstellung zum Steuersystem verknüpft und beeinflussen das Verhalten der Steuerzahlenden (Mühlbacher, 2018b, S. 54). Verhaltensintentionen beschreiben die latente Bereitschaft, ein spezifisches Verhalten zu zeigen. Negative Einstellungen können sich auf der Verhaltensebene beispielsweise so ausdrücken, dass Steuern vermieden oder sogar hinterzogen werden (Tennert & Arenberg, 2024, S. 272). Im Fall der Ökosteuer auf Fleisch können Steuern zwar nicht hinterzogen werden, jedoch doch durch einen reduzierten Fleischkonsum verringert oder gar vermieden werden.

Auch wenn Ökosteuern einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz beitragen können, werden sie vielfach von der Bevölkerung abgelehnt. Eine Maßnahme, die die Akzeptanz der Ökosteuer auf Fleisch erhöhen konnte, ist das bereits erwähnte Earmarking (Kallbekken & Sælen, 2011, S. 2967). Forscher*innen zeigten in einem Choice Experiment, dass die niederländische Bevölkerung eine Besteuerung von Fleisch zum Umweltschutz dann befürwortet, wenn die Steuereinnahmen zur Senkung der Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse oder für andere landwirtschaftliche Zwecke verwendet werden (Siegerink, Delnoij & Alpizar, 2024, S. 9). Dresner, Jackson und Gilbert (2006, S. 938) fanden in ihrer Studie basierend auf Interviews und Fokusgruppen zudem, dass ausgiebige Informationen zu Ökosteuern und deren Verwendung die Unterstützung der Steuer erhöhen kann. Ein Grund für die große öffentliche Unterstützung von Earmarking, könnte laut Kallbekken und Sælen (2011, S. 2967) das Misstrauen gegenüber der Regierung sein. Fehlt das Vertrauen in die Politik, ist eine Steuerablehnung eine gewöhnliche Reaktion (Hammar & Jagers, 2006, S. 613). Earmarking schafft Transparenz und ermöglicht einen Einblick in die Verwendung der Steuereinnahmen durch die Ökosteuer.

2.3.3 Utilitarismus

Eine weit verbreitete ethische Position ist der Utilitarismus. Die Maxime des Utilitarismus ist es, das größtmögliche Glück für alle zu stiften (Andersen, 2000, S. 171) und definiert

das Streben nach dem größtmöglichen Nutzen für alle Betroffenen als moralisch richtig und den obersten Zweck allen Handels (Nasher, 2009, S. 13). Eine Handlung wird als moralisch richtig bewertet, wenn der Gesamtnutzen aller Beteiligten maximiert wird. Im Gegensatz dazu steht die Deontologie, bei der die moralischen Konsequenzen einer Handlung keine Rolle spielen (Vieth, 2018, S. 95). Ein bedeutender Deontologe war Immanuel Kant, der den kategorischen Imperativ prägte. Dieser besagt, dass man sich so verhalten soll, wie man selbst auch wollen würde, dass es zu einem allgemeinen Gesetz würde (Nasher, 2009, S. 34).

Neben weiteren wichtigen Vertretern gelten Jeremy Bentham (1748-1832) und John Stuart Mill (1806-1873) als Begründer des Utilitarismus (Bentham & Mill, 2004, S. 1820f.). Anders als moralische Lehren, die Handlungen nach intrinsischen Werten oder der Motivation bewerten, beurteilt der Utilitarismus moralisches Handeln nach dessen Konsequenzen (Nasher, 2009, S. 14). Demzufolge sind Handlungen, welche die größtmögliche Nützlichkeit fördern und das kleinste Unglück verursachen, moralisch richtig (Mill, 1897, S. 9f.). Ein nach utilitaristischem Maßstab moralisch richtiges Verhalten gilt der Förderung des Allgemeinwohls und des Glücks aller Betroffenen (Mill, 1897, S. 25). Somit ist der Utilitarismus konsequentialistisch, weil er Handlungen nach ihren Folgen bewertet, und eudaimonistisch, weil er die Förderung der Glückseligkeit zum Ziel hat (Nasher, 2009, S. 19).

Utilitarist*innen gehen davon aus, dass das Glück und das Leid eines*iner Einzelnen aggregiert werden können. Das individuelle Glück lässt sich dabei vom Einzelleid abziehen, ähnlich einer mathematischen Berechnung, um einen Gesamtnutzen zu ermitteln, den es zu maximieren gilt. Innerhalb des Utilitarismus besteht jedoch Uneinigkeit über das Ausmaß des Einzelglücks oder Einzelleids. Ein weiterer grundlegender Aspekt ist der Universalismus. Dieser besagt, dass allen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Stellung, bei der Maximierung des Gesamtnutzens die gleiche Priorität eingeräumt wird. Die Interessen eines jeden Individuums gelten als gleichwertig (Nasher, 2009, S. 29f.).

Das Credo des Utilitarismus setzt sich folglich aus insgesamt fünf Prinzipien zusammen: dem Konsequentialismus, Eudaimonismus, der Maximierung, Aggregation und des Universalismus. Ob nun eine Ökosteuer auf Fleisch als moralisch richtig oder gerecht betrachtet werden kann, machen Utilitarist*innen davon abhängig, ob eine solche Maßnahme das allgemeine Wohlergehen maximiert und Leid minimiert. Überwiegen die positiven Effekte die negativen Konsequenzen, kann angenommen werden, dass Utilitarist*innen eine Ökosteuer auf Fleisch begrüßen würden. Begleitmaßnahmen zur Minimierung des Leids würden einen solchen Effekt ebenfalls begünstigen (Nasher, 2009, S. 13ff.).

Pigou-Steuern beruhen auf dem utilitaristischen Grundsatz, indem sie Marktversagen im Zusammenhang mit negativen externen Effekten auf die Umwelt korrigieren und diese Kosten in die Preisbildung einbeziehen. Durch die Internalisierung externer Umweltkosten werden klimaschädliche Handlungen teurer, was zu einer Verhaltensänderung hin zu einer Reduktion solcher Aktivitäten führen kann. Dieses Instrument strebt die Maximierung des gesellschaftlichen Gesamtnutzens an, indem es die individuellen Nutzenkalküle mit dem kollektiven Wohlergehen in Einklang bringt. Die dadurch erzeugte Lenkungswirkung fördert nicht nur ökologische Nachhaltigkeit, sondern verbessert auch die Umwelt- und Lebensqualität, was positive Effekte für die gesamte Gesellschaft hat (Naeeni, 2023, S. 7f.).

2.3.4 Die Theorie der Gerechtigkeit

In seinem Werk „Die Theorie der Gerechtigkeit“ aus dem Jahr 1971 stellte John Rawls eine bedeutende Gerechtigkeitstheorie vor, die das Verständnis von Gerechtigkeit neu prägte. Mit dem Konzept des „Schleiers des Nichtwissens“ (engl. „veil of ignorance“) kreiert Rawls eine hypothetische Situation, in der niemand seine Position in der Gesellschaft, seinen sozialen Status, seine Hautfarbe, sein Geschlecht oder seine natürlichen Fähigkeiten kennt. Hinter diesem Schleier verbirgt er die Grundsätze der Gerechtigkeit und eine Ausgangslage, in der alle Menschen unter den gleichen Bedingungen stehen. In dieser Situation, in der für alle dieselben Voraussetzungen gelten, fällt es leichter zu beurteilen, was als gerecht angesehen werden kann (Rawls, 1973, S. 13).

In Rawls' Theorie vordergründig ist die Verfahrensgerechtigkeit. Sie wird durch zwei Grundsätze der Gerechtigkeit geprägt. Gemäß dem ersten Grundsatz soll jeder Mensch gleiches Recht auf individuelle Grundfreiheiten haben. Das zweite Prinzip ist das Differenzprinzip, das besagt, dass Ungleichheiten nur dann zulässig sind, wenn die positiven Auswirkungen den weniger Begünstigten zugutekommen. Ungleichheiten in politischen Grundfreiheiten und eine aristokratische Struktur sind nicht akzeptabel, da sie der Chancengleichheit widersprechen. Die Grundsätze beziehen sich vor allem auf die gerechte Verteilung von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gütern sowie Rechten und Pflichten (Rawls, 1973, S. 60ff.).

Rawls' Ansicht nach wäre ein perfekter Staat ein solcher, in dem größtmögliche Freiheit und Chancengleichheit herrschen. Von politischen Maßnahmen sollen alle Bürger*innen profitieren können. Insbesondere sozial schlechter Gestellte und Einkommensschwächere sollen unterstützt werden und in keinem Fall schlechter gestellt werden. Bestehen Unterschiede in sozialen Startbedingungen, ist es die Aufgabe des Staates, diese auszugleichen und Chancengleichheit zu ermöglichen. Dass Menschen mit Privilegien

geboren werden ist ein Zufall, der seiner Ansicht nach Ungleichheit nicht rechtfertigt. Aus diesem Umstand folgt eine moralische Verpflichtung der Gesellschaft, benachteiligten Gruppen gleiche Chancen einzuräumen und deren Situation zu verbessern (Rawls, 1973, S. 247ff.).

Da einkommensschwache Haushalte im Vergleich zu einkommensstärkeren Haushalten überproportional stark betroffen wären, könnte eine Ökosteuer auf Fleisch soziale Ungleichheiten verstärken und einkommensschwache Gruppen zusätzlich belasten (Fremstad & Paul, 2019, S. 88; Säll, 2018, S. 151). Nach dem Differenzprinzip dürfen steuerpolitische Maßnahmen keine negativen Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse sozioökonomisch benachteiligter Gruppen haben. Eine Ökosteuer auf Fleisch könnte mit der Gerechtigkeitstheorie von Rawls nur vereinbar sein, wenn die Einnahmen daraus umverteilt werden und gezielt den Bevölkerungsgruppen zugutekommen, die überdurchschnittlich von der Steuer betroffen sind (Sugin, 2004, S. 1999ff.).

Die Theorie der Gerechtigkeit nach John Rawls zeichnet sich durch ihre Einfachheit aus, auf eine simple und rationale Weise aufzuzeigen, was faktisch sozial gerecht wäre. Rawls nutzt den Egoismus des*der Einzelnen, um unter dem Schleier des Nichtwissens unwiderlegbar darzulegen, wie einfach und eindeutig Gerechtigkeit sein kann. Dennoch fällt es schwer zu beurteilen, was moralisch richtig ist, da Menschen ein unterschiedlich stark ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden entwickeln. Besonders eine politische Maßnahme wie die Ökosteuer auf Fleisch kann in verschiedenen Aspekten unterschiedlich fair wahrgenommen werden. Während ethische Theorien eine normative Grundlage zur Bewertung dieser Maßnahme bieten, bleibt die Frage, wie sie tatsächlich von der Gesellschaft in der Praxis wahrgenommen wird. Nachdem im ersten Abschnitt der Arbeit die theoretischen Grundlagen erläutert wurden, sollen diese im nächsten Abschnitt durch neue Erkenntnisse ergänzt und die zu Beginn aufgestellten Forschungsfragen beantwortet werden.

3 Methodik

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde eine qualitative Vorgehensweise anhand von teilstrukturierten Interviews gewählt, da Prozesse und Wahrnehmungen verstanden und erläutert werden sollen. Konkret erforscht werden die Wahrnehmungen der Befragten, insbesondere ethische und moralische Überlegungen im Hinblick auf die Einführung einer Ökosteuer. Eine qualitative Methode scheint einerseits angemessen, da es sich bislang um ein wenig untersuchtes Forschungsgebiet handelt. Einstellungen, Wahrnehmungen und Gedankenprozesse können zudem quantitativ nicht ausreichend profund erkundet werden (Holzmüller & Buber, 2009, S. 7). Qualitative

Forschungsmethoden eignen sich nämlich, private Gedanken, Assoziationen und Einstellungen zu erfassen und bieten die Möglichkeit, wertvolle und tiefgehende Erkenntnisse über psychologische Prozesse zu gewinnen (Holzmüller & Buber, 2009). Mit einer qualitativen Vorgehensweise können einerseits bestehende theoretische Ansätze überprüft und andererseits neue theoretische Konzepte generiert werden. Die qualitative Herangehensweise bietet zudem die Möglichkeit, im Rahmen der Datenaufbereitung und Datenanalyse neue Hypothesen für weiterführende Forschung aufzustellen (Nasher, 2009, S. 29f.).

Zur Gewährleistung der Qualitätssicherung der Arbeit werden die wesentlichen Gütekriterien qualitativer Forschung eingehalten. Dazu soll die Gegenstandsangemessenheit der Methode in den Phasen der Datenerhebung, des Sampling und im Datenauswertungsprozess stets sichergestellt werden (Steinke, 2009, S. 271). Um die Gegenstandsangemessenheit der Methode sicherzustellen, wurden in der Phase der Datenerhebung halbstrukturierte, leitfadengestützte Interviews eingesetzt, die es ermöglichen, individuelle ethische und moralische Überlegungen zur Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch offen zu erfassen. Das Sampling erfolgte purposiv und entlang des Kriteriums des Fleischkonsums, um gezielt Personen mit unterschiedlichem Konsumverhalten und potenziell verschiedenen relevanten Perspektiven einzubeziehen. Die Datenauswertung wurde mittels thematischer Analyse durchgeführt, um zentrale Muster in den Einstellungen und Wahrnehmungen im Kontext klimapolitischer Maßnahmen systematisch herauszuarbeiten. Im reflexiven Prozess der Theoriengenerierung werden im Sinne der empirischen Verankerung zudem alternative Erklärungsansätze geprüft und Widersprüche oder Ausnahmen bei der Theorieentwicklung einbezogen (Steinke, 2009, S. 274f.). Im Rahmen der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit wird der gesamte Forschungsprozess mit allen methodischen Entscheidungen dokumentiert. Diese beinhaltet die transparente Dokumentation der Erhebungsmethoden, Daten, Transkriptionsregeln, Auswertungsmethoden, Informationsquellen, eine selbstreflexive Analyse und die Dokumentation des Vorverständnisses (Steinke, 2009, S. 277). Letztere wird im nachfolgenden Kapitel erläutert.

3.1 Dokumentation des Vorverständnisses

Die bestehende Literatur zur Besteuerung von Fleisch lässt darauf schließen, dass die zwingende und einschränkende Natur dieser Steuer eine ablehnende Haltung oder Reaktanz hervorrufen könnte (Bendz et al., 2023, S. 8). Auch wurde bereits gezeigt, dass eine Ökosteuer auf Fleisch in erster Linie die einkommensschwachen Haushalte betrifft und daher bezogen auf das Einkommensniveau regressiv wirken kann (Säll, 2018, S.

151). Es kann daher angenommen werden, dass die wahrgenommene Fairness die Wahrnehmung, Einstellung und Bewertung der Ökosteuer auf Fleisch prägt. Bergquist, Nilsson, Haring und Jagers (2022, S. 238) zeigten in ihrer Metaanalyse zur Akzeptanz von Ökosteuern, dass die Verteilungsgerechtigkeit beziehungsweise Fairness eine starke Determinante für die öffentliche Unterstützung von Ökosteuern ist. Als Teil moralischer Überlegungen könnte auch die Tierethik eine wesentliche Rolle bei der Haltung zur Besteuerung von Fleisch einnehmen. Studien wie die von Perino & Schwickert (2023, S. 160ff.) deuten, dass das Tierwohl ebenso entscheidend für die Einstellung zur Ökosteuer auf Fleisch ist. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich die ethischen Überzeugungen von Vegetarier*innen und Veganer*innen hinsichtlich der Rechte von Tieren von denen von Menschen mit einer omnivoren Ernährung unterscheiden (Lund, McKeegan, Cribbin & Sandøe, 2016, S. 89). Dies könnte dazu führen, dass sich zwischen den beiden Gruppen Unterschiede hinsichtlich der ethischen Bewertung zeigen.

Da theoretische Vorannahmen keinen Einfluss auf den Forschungsprozess haben sollen, wird das Prinzip der Offenheit konsequent verfolgt. Durch offene Fragen und eine flexible Herangehensweise bei der Interviewführung sowie der Datenauswertung wird Raum für verschiedene Assoziationen und Interpretationen geschaffen. Diese Herangehensweise ermöglicht es, neue Erkenntnisse zu gewinnen und bestehendes theoretisches Wissen zu erweitern (Steinke, 2009, S. 265). Die theoretische Einbettung erfolgte daher ausschließlich auf induktiver Basis und war von keinerlei Vorannahmen beeinflusst.

3.2 Interview und Sampling

Im Rahmen der Datenerhebung wurden basierend auf teilstrukturierten Leitfäden zehn Einzelinterviews durchgeführt, die jeweils in etwa eine Stunde dauerten. Alle Interviews wurden unter denselben Rahmenbedingungen abgehalten, um ein einheitliches methodischen Vorgehen sicherzustellen (Steinke, 2009, S. 319ff.). Der Interviewleitfaden bestand aus fünf Leitfragen und sollte die Befragten dazu anregen, ihre persönlichen Meinungen, Bedenken und Ideen im Hinblick auf eine Ökosteuer auf Fleisch ausführlich zu beschreiben.

Bereits zu Beginn der Interviewführung zeigte sich, dass die Rekrutierung geeigneter Interviewpartner*innen herausfordernd war. Viele Menschen zögerten, sich auf ein einstündiges Gespräch zu einem steuerpolitischen Thema einzulassen. Zudem wurde deutlich, dass nicht jede Person über ausreichendes Hintergrundwissen oder Interesse verfügte, um sich differenziert mit einem neuartigen klimapolitischen Instrument wie der Ökosteuer auf Fleisch auseinanderzusetzen. Es war deutlich einfacher, Personen mit

wissenschaftlichem oder wirtschaftlichem Hintergrund zu gewinnen, was darauf hindeutet, dass Wahrnehmung und Verständnis solcher Maßnahmen eng mit politischem beziehungsweise wirtschaftlichem Interesse sowie möglicherweise mit dem Bildungsgrad verknüpft sind.

Um geeignete Personen für die Interviews zu rekrutieren, wurde ein kombiniertes Verfahren (Kruse, 2015, S. 253) eingesetzt. Die Autorin suchte zu Beginn im Bekanntenkreis und Arbeitsumfeld nach geeigneten Kandidat*innen, welche wiederum gebeten wurden, weitere mögliche Interviewpartner*innen zu nennen. Als Samplingstrategie wird das „extreme case sampling“ als eine Form des „purposive sampling“ nach Patton (2015, S. 278ff.) herangezogen. Im konkreten Fall wurden fünf Vegetarier*innen und fünf Personen mit hohem Fleischkonsum befragt. Wie bereits erwähnt, empfiehlt die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, nicht mehr als 300 Gramm Fleisch pro Woche beziehungsweise 15,6 Kilogramm pro Jahr zu konsumieren (Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V., 2024). Für diese Arbeit wird der Fleischkonsum dann als hoch eingestuft, wenn mindestens viermal pro Woche Fleisch konsumiert wird. Eine mengenbasierte Bewertung erscheint unpassend, da die meisten Individuen ihren wöchentlichen Fleischkonsum nicht in Gramm einschätzen können. In der Studie wurden Konsument*innen im Alter von 20 bis 40 Jahren mit Wohnsitz in Österreich befragt. Diese lokale Begrenzung erscheint sinnvoll, zumal Fleischkonsum und die Einstellungen dazu durch kulturelle und nationale Unterschiede sowie wirtschaftliche Gegebenheiten variieren können. Eine Altersbegrenzung trägt ebenfalls dazu bei, relevantere und fokussiertere Ergebnisse zu erzielen, da Lebensstile je nach Altersgruppe stark differieren können. Laut dem Ernährungsreport 2023 der forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen in Deutschland sind insbesondere junge Menschen im Alter von 14 bis 29 Jahren die größte Gruppe von Vegetarier*innen und Veganer*innen (forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, 2023, S. 13). Ähnliche Ergebnisse gibt es für die österreichische Population (Vegane Gesellschaft Österreich, 2024). Da Umweltbewusstsein eines der Hauptmotive für einen vegetarischen oder veganen Lebensstil sein kann und junge Menschen stärker von den aktuellen und zukünftigen Umweltauswirkungen betroffen sind als ältere Generationen, erscheint es sinnvoll, die Zielgruppe auf junge Österreicher*innen zu fokussieren. Um ausreichend Interviewpartner*innen zu gewinnen, wurde eine Altersspanne von 20 bis 40 Jahren gewählt. Obwohl die vegetarische/vegane Gruppe in der Gesellschaft tendenziell von Frauen und die Gruppe mit hohem Fleischkonsum von Männern dominiert wird, wurde bewusst auf eine ausgewogene Geschlechterverteilung geachtet. Zudem wurde versucht, ein mögliches Stadt-Land-Gefälle zu

berücksichtigen, indem sowohl Personen aus städtischen als auch aus ländlichen Gebieten befragt wurden.

Es sei zu erwähnen, dass Effekte der sozialen Erwünschtheit auftreten können, bei der Interviewpartner*innen nicht wahrheitsgetreu antworten, sondern vielmehr sozialen Normen entsprechend reagieren (Bergen & Labonté, 2020, S. 783). Um diesen Effekt zu minimieren, wurde den Interviewpartner*innen Anonymität gewährleistet, und die Interviews wurden online abgehalten. Untersuchungen haben gezeigt, dass bei Online-Interviews die Neigung, sozial erwünschte Antworten zu geben, häufig geringer ausfällt als bei persönlichen Interviews, insbesondere im Hinblick auf sensible oder emotional geladene Themen (Berzelak & Vehovar, 2018, S. 35ff.; Zhang, Kuchinke, Woud, Velten & Margraf, 2017, S. 175ff.). Da ethische Überzeugungen und gedankliche Auseinandersetzungen mit dem persönlichen Fleischkonsum sensibel sein können, scheinen online Interviews für das Forschungsgebiet angemessen, um Effekte der sozialen Erwünschtheit zu reduzieren.

Die Erstellung des Interviewleitfadens erfolgte nach dem SPSS-Prinzip von Helfferich (2011, S. 182ff.). Das Akronym SPSS beschreibt den Prozess des Sammelns von Fragen, die auf ihre Eignung geprüft, nach inhaltlichen Aspekten sortiert und anschließend zusammengefasst werden. Im Verlauf der Datenerhebung erfolgte jedoch eine kontinuierliche Evaluierung des Interviewleitfadens, sodass dieser bei Bedarf angepasst wurde. Vor Beginn der Datenerhebung fand ein Pre-test des Interviewleitfadens statt. Eine Person, die der Interviewenden bekannt war, wurde mit dem vorläufigen Interviewleitfaden per Videotelefonat befragt, um ehrliches Feedback zur Verständlichkeit der Fragen und der Interviewführung zu erhalten. Dabei wurden die Struktur und Länge des Leitfadens überprüft, ebenso, ob die Fragen ausreichend offen und verständlich formuliert waren und ob sie zur Beantwortung der Forschungsfragen geeignet waren. Dieser Pre-test diente auch dazu, die Interviewende auf mögliche Herausforderungen im Interviewsetting vorzubereiten. Das Vorgehen trug ebenfalls zur Schulung der Interviewenden bei und stellte die prozedurale Reliabilität sicher (Steinke, 2009, S. 319ff.).

Vor der Datenerhebung wurde von allen Interviewpartner*innen eine Einverständniserklärung eingeholt, die die Zustimmung zur Interviewführung und zur Aufzeichnung der Gespräche beinhaltete. Dabei wurden die Befragten über den Ablauf und Zweck der Interviews informiert, und es wurde ihnen die Anonymität sowie ein vertrauensvoller Umgang mit den erhobenen Daten zugesichert. Der Einstieg in das Gespräch erfolgte mit einer offenen Frage zum Thema Ökosteuer. Die Leitfragen wurden nach und nach präziser und unterteilten sich in vier Themenbereiche: die allgemeine Einstellung zu Ökosteuern, die Bewertung einer Ökosteuer auf Fleisch, die Wahrnehmung der

Gerechtigkeit dieser Steuer sowie die Reflexion des eigenen Fleischkonsums. Der vollständige Interviewleitfaden ist im Anhang zu finden.

Auch wenn Interviewer*inneneffekte nie ausgeschlossen werden können, wurde dennoch nach dem Prinzip der Offenheit gehandelt und Leitfragen sowie Nebenfragen wurden möglichst wertfrei und nicht suggestiv formuliert. Leit- und Nebenfragen sollen weiters von aus der Literatur abgeleiteten Vorannahmen möglichst unbeeinflusst bleiben, damit eine induktive Themenbildung möglich ist (Bortz & Döring, 2016, 32 S. 300f.; Froschauer & Lueger, 2020, S. 14ff.). Im Anschluss an jedes Interview wurde ein Postskript verfasst (Kruse, 2015, S. 278f.). Anmerkungen zum Gespräch, zur Atmosphäre, zu Störungen und sonstige Besonderheiten wurden hier niedergeschrieben.

Tabelle 1: Übersicht über die Interviewpartner*innen

Be- fragte*r	Geschlecht	Alter	Beruf	Bildungs- grad	Fleisch- konsum	Stadt/ Land
B1	W	33	Referentin	Mag.a	Kein	Stadt
B2	M	23	Controller	BSc	Hoch	Stadt
B3	M	33	Analyst	MSc	Kein	Stadt
B4	W	39	Musikerin	MA	Kein	Land
B5	M	33	Kinder- & Jugend- psychologe	MSc	Kein	Land
B6	M	25	Student	Bsc	Hoch	Stadt
B7	M	31	Jurist	LLM	Hoch	Land
B8	M	40	Bankaufseher	Dr.	Hoch	Stadt
B9	W	40	Universitäts- assistentin	Dr.in	Hoch	Stadt
B10	W	27	Radiologie- technologin	BSc	Kein	Land

Quelle: eigene Darstellung

3.3 Durchführung der Interviews

Die Interviews wurden im Zeitraum von Ende Oktober 2024 bis Ende Dezember 2024 durchgeführt und hatten eine durchschnittliche Dauer von etwa einer Stunde. Ein Interview wies mit 45 Minuten eine kürzere Gesprächszeit auf als ursprünglich geplant. Insgesamt wurden fünf Personen mit vegetarischer Ernährungsweise sowie fünf Personen mit hohem Fleischkonsum befragt. Die Gespräche fanden über Microsoft Teams als Videotelefonate statt, um neben der Tonaufnahme auch nonverbale Reaktionen erfassen

zu können. Die Zustimmung zur Aufzeichnung wurde sowohl im Vorfeld schriftlich durch eine Einverständniserklärung sowie unmittelbar vor Beginn der Aufnahmen mündlich eingeholt.

Zur Vermeidung technischer Probleme wurde die technische Ausstattung im Vorfeld überprüft und getestet. Während der Interviews traten keine schwerwiegenden technischen Schwierigkeiten auf. Kleinere Unstimmigkeiten beschränkten sich auf übliche Unterbrechungen durch zeitverzögerte Ton- und Videoübertragungen. In einigen Fällen kam es zu Gesprächsunterbrechungen durch die Befragten selbst. Bei einem Interview war dies auf die Anwesenheit eines Säuglings zurückzuführen, was jedoch keinen wesentlichen Einfluss auf den Verlauf des Gesprächs hatte. In einem anderen Fall befand sich die befragte Person an einem stark frequentierten Ort mit erheblicher Geräuschkulisse, weshalb ein Ortswechsel erforderlich war. Die befragte Person wirkte in dieser Situation gehemmt und äußerte sich eher knapp. Möglicherweise ist die verkürzte Interviewdauer von 45 Minuten auf diesen Umstand zurückzuführen. Gleichzeitig war erkennbar, dass die interviewte Person durch die Unterbrechungen und den Ortswechsel zusätzliche Reflexionszeit erhielt, wodurch sie ihre grundsätzliche Haltung zur Ökosteuer auf Fleisch mehrfach überdachte und modifizierte.

Die Interviews wurden im Wesentlichen nach dem gleichen Schema durchgeführt und folgten Großteils dem Aufbau des teilstrukturierten Interviewleitfadens. Dieser diente jedoch grundsätzlich als Orientierungshilfe und wurde je nach Gesprächssituation entsprechend angepasst. Dieses Vorgehen sollte die Offenheit des Gesprächs fördern und neue Denkansätze, Ideen und Gedankenprozesse ermöglichen. Bereits nach dem ersten Interview wurde der Leitfaden überarbeitet und durch Nebenfragen ergänzt. Der Gesprächseinstieg startete mit einer Frage zur Auffassung und Wahrnehmung von Ökosteuern. Diese Frage wurde daraufhin erneut in Bezug auf die Ökosteuer auf Fleisch aufgegriffen und sollte Assoziationen, Emotionen und Gedanken dazu erfassen. Auch wurde die Bewertung und Einstellung zu solch einer Steuer erfragt, wobei ein besonderes Augenmerk auf die potenziellen Auswirkungen sowie Vor- und Nachteile gelegt wurde. Im weiteren Verlauf wurde ein Fokus auf die wahrgenommene Fairness dieser Steuer sowie auf persönliche Konsumgewohnheiten in Bezug auf Fleisch gelegt.

Zu Beginn war die Interviewführung noch stark am Interviewleitfaden orientiert und Fragestellung wiederholten sich thematisch häufig. Mit zunehmender Erfahrung wurde die Interviewführung flexibler und ermöglichte eine natürlicher fließende Gesprächsführung. In Abhängigkeit vom Gesprächsverlauf wurden die im Leitfaden angeführten Fragen modifiziert, ausgelassen oder durch neue, dem Thema entsprechende Fragestellungen

ergänzt. Jedes der Interviews lieferte wertvolle, neue und durchaus differierende Erkenntnisse.

Es herrschte bei allen Interviews eine angenehme Gesprächsatmosphäre und Anspannungen sowie Nervosität legten sich im Verlauf des Gesprächs. Einige Gesprächspartner*innen antworteten sehr offen und detailreich, sprachen Gedankengänge aus und gaben Bedenken und Gefühle zu erkennen, andere Befragte neigten zu kurzen Antworten. Durch Paraphrasieren und weiterführende Fragen konnten die meisten Gesprächspartner*innen jedoch erfolgreich dazu animiert werden, umfangreichere Aussagen zu tätigen und Gedanken weiter auszuführen. In Anlehnung an das Prinzip der Offenheit, wurde versucht, den Befragten ausreichend Raum für freie Erzählungen und manchmal auch abschweifende Gedanken gelassen. Diese Vorgehensweise erwies sich als hilfreich, da auch daraus wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden konnten.

Im Rahmen der selbstreflexiven Analyse der Forschenden sei zu erwähnen, dass die Forschende wie auch ihre Interviewpartner*innen in einem westlichen Kontext aufgewachsen ist, in einem hochentwickelten Land lebt und einen privilegierten Status genießen darf. Auch wenn die Befragten nicht aus dem Freundeskreis rekrutiert wurden, hatten die Interviewten ein ähnlich ausgeprägtes Klimabewusstsein wie die Forschende. Dies kann die Interpretation der Ergebnisse beeinflussen, aber auch das Verständnis erleichtern und Missinterpretationen vermeiden.

3.4 Transkription und Auswertung

Die Transkription der Interviews erfolgte computergestützt mit nachfolgender manueller Anpassung gemäß dem Transkriptionssystem nach Dresing & Pehl (2024, S. 20ff.). Dabei wurden unter anderem Pausen, Betonungen sowie emotionale Ausdrucksformen berücksichtigt. Die Anonymisierung erfolgte entsprechend der im Rahmen der Interviewdurchführung beschriebenen Standards. Die Auswertung des Datenmaterials wurde mittels Themenanalyse nach Froschauer und Lueger (2020, S. 182ff.) vorgenommen, da sich dieses Verfahren zur strukturierten Aufbereitung umfangreicher Interviewdaten und zur Identifikation von Argumentationsmustern und Meinungen eignet. Nicht nur bietet sie die Möglichkeit, sich einen Überblick über das Datenmaterial zu verschaffen, sondern vereinfacht es, eine Argumentationsstruktur, Meinungen und Einschätzungen nachzuvollziehen und Kernaussagen zu identifizieren (Froschauer & Lueger, 2020, S. 183). Die Themenanalyse zeichnet sich zudem durch eine flexible Vorgehensweise aus, die es vereinfacht, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten (Braun & Clarke, 2006, S. 97). Aufgrund der Tatsache, dass durchaus interessante Gemeinsamkeiten und Unterschiede beim Vergleich von Vegetarier*innen/Veganer*innen und Personen mit

hohem Fleischkonsum auftreten können, schien die Wahl für eine Themenanalyse angemessen.

In einem ersten Schritt wurde sich mit dem Datenmaterial vertraut gemacht und es fand eine erste Vorsortierung statt, indem Textstellen zu Clustern zugeordnet wurden (Froschauer & Lueger, 2020, S. 187ff.). Einzelne Textstellen wurden im Zuge der Codierung bereits interpretiert und zu latenten Codes zusammengefasst (Braun & Clarke, 2006, S. 88). Im Anschluss wurden Themen benannt, charakterisiert, laufend überprüft und differenziert (Froschauer & Lueger, 2020, S. 192ff.). Als letzten Schritt wurden die Ergebnisse verdichtet und interpretiert (Froschauer & Lueger, 2020, S. 195ff.). Für die Text- und Datenanalyse wurde die Software MAXQDA herangezogen. Der gesamte Schreib-, Auswertungs- und Interpretationsprozess erfolgte iterativ. Theorien, Ergebnisse und Interpretationen wurden kontinuierlich überprüft und angepasst. Es handelte sich dabei um ein zyklisches Vorgehen, bei dem Datensammlung, -analyse und Theorieentwicklung einander beeinflussen. Die Ergebnisse der Interviews werden im nachfolgenden Kapitel erläutert und interpretiert.

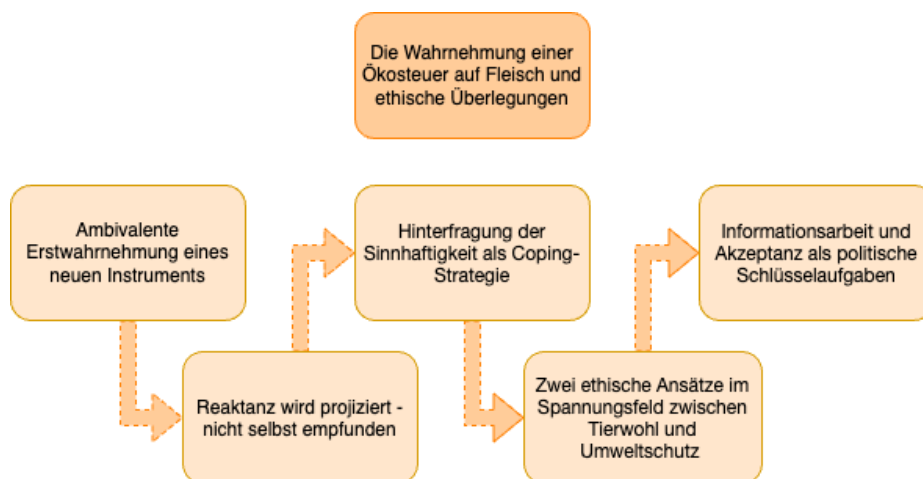
4 Ergebnisse und Diskussion

Im folgenden Kapitel werden die zentralen Ergebnisse der durchgeführten Interviews systematisch dargestellt und interpretativ diskutiert. Die thematische Analyse hat fünf Hauptthemenbereiche herausgearbeitet, welche die differenzierten Wahrnehmungen und Bewertungen einer Ökosteuer auf Fleisch seitens der Befragten abbilden. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, welche individuellen, gesellschaftlichen, ethischen und politischen Faktoren die Haltung zu einem solchen klimapolitischen Instrument beeinflussen.

Zunächst wird dargestellt, wie die Ökosteuer auf Fleisch grundsätzlich wahrgenommen wird und welche Schwierigkeiten bestehen, sich in deren konkrete Ausgestaltung hineinzuversetzen. Dabei spielen sowohl Assoziationen als auch Unsicherheiten und das individuelle Vorwissen eine zentrale Rolle (Kapitel 4.1). Daran anschließend analysiert Kapitel 4.2 die erwarteten Reaktionen innerhalb der Gesellschaft. Es wird untersucht, inwiefern Konsument*innen Reaktanz empfinden oder diese eher bei anderen vermuten. Kapitel 4.3 beleuchtet die Frage, wie kognitive Dissonanz reguliert wird, insbesondere durch eine kritische Hinterfragung der Wirksamkeit und Zielgenauigkeit der Steuer. Es wird deutlich, dass sowohl emotionale als auch rationale Prozesse eine Rolle dabei spielen, wie das Instrument beurteilt wird. Im Zentrum von Kapitel 4.4 steht die ethische Fundierung der Bewertungen. Die Analyse zeigt, dass sich zwei unterschiedliche ethische Argumentationsmuster herauskristallisieren: eine tierethisch motivierte Sichtweise mit

Fokus auf das Tierwohl sowie eine umweltethisch motivierte Perspektive, die vor allem den Klimaschutz betont. Die Einschätzungen orientieren sich hierbei entweder am utilitaristischen Prinzip des größtmöglichen Nutzens oder an Gerechtigkeitsüberlegungen im Sinne der Theorie von John Rawls. Abschließend widmet sich Kapitel 4.5 der Frage, welche Rolle Information, Sprache und politische Kommunikation für die gesellschaftliche Akzeptanz der Ökosteuer auf Fleisch spielen. Die Ergebnisse belegen, dass Vertrauen, Transparenz und eine verständliche Vermittlung entscheidende Voraussetzungen für die öffentliche Zustimmung sind. Maßnahmen wie eine gezielte Aufklärung, ein sensibler Sprachgebrauch und transparente Verwendungsnachweise der Steuereinnahmen können dazu beitragen, Ablehnung zu verringern und die Wirksamkeit der Maßnahme langfristig zu sichern.

Abbildung 2: Themen aus der Themenanalyse



Quelle: Eigene Darstellung

4.1 Ambivalente Erstwahrnehmung eines neuen Instruments

Das folgende Kapitel befasst sich mit divergierenden und ambivalenten Wahrnehmungen in Bezug auf eine Ökosteuer auf Fleisch. Eine zentrale Rolle spielen hierbei die unterschiedlichen Assoziationen, die der Begriff hervorruft, welche sich sowohl in positiven Erwartungen als auch in Skepsis und Verwirrung äußern. Ziel dieses Kapitels ist es, die komplexen und vielschichtigen Sichtweisen auf die Ökosteuer auf Fleisch hervorzuheben und die zentralen Einflussfaktoren für die Wahrnehmung einer solchen Steuer zu identifizieren.

4.1.1 Konsens bei Ökosteuern – Uneinigkeit bei Fleischbesteuerung

Die Interviews verdeutlichen, dass die Wahrnehmungen zu einer Ökosteuer auf Fleisch sehr divergierend und teilweise ambivalent sind. Es herrscht prinzipiell ein gemeinsames

Verständnis über den Überbegriff Ökosteuern: Diese werden prinzipiell als „*ein starkes Instrument in eine ökologische Zukunft*“ (B1, Z. 6f.) anerkannt. Ökosteuern werden mit der gezielten Besteuerung nicht-nachhaltiger Verhaltensweisen zum Schutz natürlicher Ressourcen verbunden (B1, Z. 13f.; B2, Z. 4-8; B5, Z. 29-31; B9, Z. 5-8). Dabei handelt es sich um eine politische Maßnahme, die sich ökonomischen Mechanismen bedient (B3, Z. 13f.) und ein Lenkungsinstrument zur Reduzierung eines klimaschädlichen Verhaltens (B6, Z. 9f.). Darüber hinaus werden explizit die theoretischen Annahmen der Externalitätstheorie erkannt, wie sie von Alfred Marshall und Arthur C. Pigou postuliert werden:

„Auf der einen Seite hat es etwas ganz Ökonomisches, als Steuer, ähm eine Externalität identifizieren, das Marktversagen, so wie es irgendwie in diesen ganz ökonomischen Textbüchern steht, in Textbooks. Ähm und dahingehend eine Lenkungssteuer einführen, um die Externalität zu internalisieren. [...] Politisch deswegen, weil es (.) na ja weil es im Endeffekt ein Ausmachungsprozess ist, ob diese Externalität eine Externalität IST.“ (B3, Z. 28-36)

Wie in Kapitel 2.2.3 erläutert, zielt die Internalisierung negativer Umweltfolgen durch Besteuerung darauf ab, sogenannte negative Externalitäten zu kompensieren. Der Befragte bringt diese theoretische Logik explizit zum Ausdruck, indem sie die Ökosteuer als Instrument zur Korrektur eines Marktversagens beschreibt. Dies verdeutlicht, dass zumindest einzelne Interviewteilnehmer*innen das wirtschaftswissenschaftliche Fundament ökologischer Steuerpolitik erkennen und somit auch das Legitimationspotenzial solcher Maßnahmen nachvollziehen können (Stephan et al., 2003, S. 21).

Im weiteren Verlauf zeigt sich, dass bei der Nennung von Ökosteuern vorrangig der Verkehrsbereich thematisiert wird. Die Befragten verknüpfen den Begriff meist mit Abgaben im Flugverkehr oder Individualverkehr (B6, Z. 12f.; B10, Z. 32–36). Dies lässt sich möglicherweise durch die hohe mediale Präsenz der CO₂-Bepreisung von Kraftstoffen und der Diskussion um eine Kerosinsteuer erklären. Die Idee einer Ökosteuer auf Fleisch stellt demgegenüber ein neues Konzept dar, das den meisten bislang unbekannt ist.

Im konkreten Fall der Ökosteuer auf Fleisch herrscht weniger Konsens über das Verständnis. Zum einen dürfte der Begriff nicht klar aussagen, welcher Zweck mit einer Ökosteuer auf Fleisch verfolgt wird. Der Begriff wird als widersprüchlich wahrgenommen, denn „*es ist eigentlich kein ökologisches Verhalten, das hier besteuert wird*“ (B9, Z. 20) und „*der Gegenstand, der besteuert wird, ist genau NICHT öko*“ (B9, Z. 42). Auch die folgende Aussage veranschaulicht, dass es Befragten teilweise schwerfällt, sich vorzustellen, was eine Ökosteuer auf Fleisch darstellen könnte:

„Boah ähm (...) das ist/ das kann ich mir schwer vorstellen, was das, was das überhaupt sein soll. Ich könnte es mir vorstellen, als eine Art höhere Mehrwertsteuer auf, also Umsatzsteuer auf Fleisch oder auf rotes Fleisch, was auch immer, welche Fleischarten auch immer, mehr CO2 ausstoßen.“ (B6, Z. 39-42)

Eine weitere Interviewperson äußert ebenfalls vage Vorstellungen:

„Ähm ist die Frage, ob Ökosteuer da alleine/ also Ökosteuer alleine sagt da vielleicht noch zu wenig. Ähm (...) aber in meiner Interpretation wäre ich schnell ähm bei Klimaschutzmaßnahmen und und dass es eben darum geht, dass ein klimaschädliches Verhalten oder klimaschädliche ähm ja Produkte oder Dienstleistungen ähm entsprechend besteuert werden, damit sie weniger in Anspruch genommen werden.“ (B5, Z. 31-36)

Andere Interviewpartner*innen hingegen haben präzisere Vorstellungen in Bezug auf eine Ökosteuer auf Fleisch. Eine mögliche Umsetzung bestünde darin, Fleischprodukte anhand der verursachten CO₂-Äquivalente zu besteuern, wobei jedes CO₂-Äquivalent einheitlich besteuert wird. Die Gesamthöhe der Steuer für ein Produkt ergibt sich folglich aus der Gesamtmenge der im Produktionsprozess entstandenen CO₂-Äquivalente (B3; Z. 80-93). Die Wahrnehmung der Ökosteuer auf Fleisch divergiert zudem hinsichtlich des Zwecks der Steuer. Für den Großteil der Befragten steht der Lenkungseffekt der Steuer im Vordergrund, der darauf abzielt, durch eine preisinduzierte Verhaltensänderung den Einkauf und Konsum von Fleisch zu reduzieren (B5, Z. 33-39; B6, Z. 9f.). Auf der anderen Seite wird jedoch auch die Auffassung vertreten, dass der vorrangige Zweck der Ökosteuer darin liegt, die generierten Steuereinnahmen gezielt für nachhaltige Maßnahmen einzusetzen, welche ihrerseits zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen beitragen können (B8, Z. 309f.; B9, Z. 12-15).

Insgesamt wird deutlich, dass nicht nur die konkrete Ausgestaltung der Steuer (z. B. anhand von CO₂-Äquivalenten), sondern auch die Art und Weise ihrer Vermittlung entscheidend für die gesellschaftliche Resonanz ist. Die Theorie der doppelten Dividende bietet hier eine hilfreiche analytische Linse, um die unterschiedlichen Perspektiven systematisch zu erfassen und einzuordnen. Wie bereits in Kapitel 2.2.3 erläutert, hängt die Wirksamkeit ökologischer Steuern nicht nur von ihrer ökonomischen Logik, sondern auch von ihrer politischen und kommunikativen Einbettung ab.

4.1.2 Begrenze Vorstellungskraft ohne Anhaltspunkte

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit den Schwierigkeiten, die Individuen erleben, wenn es um die konkrete Ausgestaltung einer Steuer geht. Obwohl das Thema der

Steuern politisch und relevant ist und daher intensiv diskutiert wird, scheint es für Bürger*innen herausfordernd zu sein, die genaue Ausgestaltung eines neuartigen Instruments wie der Ökosteuer auf Fleisch nachzuvollziehen und einzuschätzen. In diesem Kapitel werden Schwierigkeiten, die sich dabei herausgebildet haben, näher betrachtet.

Steuererhebung in der Handels- vs. Produktionsstufe

Zentral in der Debatte um eine Ökosteuer auf Fleisch ist die Frage, an welcher Stelle der Wertschöpfungskette die Steuer ansetzen sollte. Wird bereits in der Fleischproduktion angesetzt, sind Großbetriebe und Bäuer*innen, die in der Fleischproduktion tätig sind, direkte Adressat*innen der Steuer. Argumentiert wird, dass Produzent*innen und Landwirt*innen die Chance erhalten, schneller umzudenken (B1, Z. 139-141) und nicht erst auf die geänderte Nachfrage der Konsumierenden reagieren müssen (B5, Z. 135-138). Eine Interviewperson betonte:

„Beim (.) Produzenten (.) würde ich schon sinnvoll finden, weil der kann sich dann halt schon auch noch mal bewusst für eine andere Variante entscheiden, vielleicht für andere Produktionsmöglichkeiten. (..) Das finde ich wäre da halt cool, weil der direkt ansetzen kann und nicht erst dann, wenn er eben die Rückmeldung kriegt quasi vom ähm vom Konsumenten. [...] Es würde vielleicht schon auch irgendwie noch mal mehr Bewusstsein schaffen bei Produzenten selbst, was (.) was das einfach ähm für einen Beitrag hat oder wie klimaschädlich das einfach ist.“ (B5, 133-141)

Wenn es um die konkrete Umsetzung einer Besteuerung der Fleischproduzent*innen geht, werden die Ausführungen erneut weniger konkret und die Vorstellung, wie man bei Fleischproduzent*innen ansetzen kann, stößt auf ihre Grenzen. Die Wirkungskette erstreckt sich nämlich, da die hohen CO₂-Emissionen bereits bei der Fütterung der Tiere beginnen, zumal insbesondere Rinder mit CO₂-intensivem Soja gefüttert werden (B1, Z. 117-120; B5, Z. 73-77; B10, Z. 242-245). Wird die Steuer jedoch erst beim bereits produzierten Fleisch angesetzt, besteht weiterhin das Problem, dass die genaue Ermittlung der damit verbundenen CO₂-Emissionen schwierig bleibt (B2, Z. 272f.). Es wird zudem kritisiert, dass eine Besteuerung in der Produktion Produzent*innen im Ausland nicht erfassen würde und diese somit einen Wettbewerbsvorteil genießen könnten (B7, Z. 822-826), wie Abadie et al. (2015, S. 281) und Davis & Caldeira (2010, S. 5687) in ihrer Forschung bereits festgestellt haben.

Dennoch wird im ersten Impuls zunächst auch für eine Besteuerung im Handel argumentiert (B1, Z. 136f.). Wird eine Ökosteuer erst im Handel erhoben, werden auch ausländische Produkte bei der Besteuerung erfasst. Demgegenüber würde jedoch

ausschließlich das Endprodukt besteuert werden und der Abfall, der während der Fleischproduktion entsteht, bliebe unberücksichtigt (B8, Z. 217-219). Es zeigt sich jedoch, dass die Befragten keine eindeutige Position beziehen, sondern ihre Meinungen kontinuierlich reflektieren und dabei verschiedene Szenarien und deren Implikationen gedanklich durchspielen.

Die damit verbundene Unsicherheit verweist auf die Herausforderungen bei der praktischen Umsetzung des in Kapitel 2.2.3 erläuterten Verursacherprinzips. Dieses sieht vor, dass Pigou-Steuern diejenigen Akteur*innen belasten, die unmittelbar zur Umweltbelastung beitragen. Aus theoretischer Sicht wäre eine frühe Besteuerung – also auf der Produktionsstufe – folglich konsequent. Zwar greifen die Befragten diese Logik auf, doch wird zugleich deutlich, dass die konkrete Umsetzung aufgrund der komplexen und oft grenzüberschreitenden Emissionsverteilung entlang der Produktionskette problematisch ist. Die daraus resultierende Diskrepanz zwischen normativer Idee und praktischer Realisierbarkeit verdeutlicht exemplarisch die Spannungsfelder ökologischer Steuerpolitik.

Besteuerungsgrundlage

Die Befragten sind sich einig, dass die Höhe der Steuerlast an bestimmte Kriterien geknüpft sein sollte. Unklar bleibt jedoch, nach welchen Maßgaben diese Kriterien konkret ausgestaltet werden können. Insbesondere fällt es schwer, eindeutig zu bestimmen, worauf sich die Steuer genau beziehen soll und auf welcher Grundlage ihre Höhe festgelegt werden könnte.

Auch in dieser Frage zeigen sich zwei grundlegende Denkrichtungen. Ein Teil der Interviewten spricht sich intuitiv für eine Differenzierung nach der Art des Fleisches bzw. dessen spezifischem CO₂-Ausstoß aus. Diese Position knüpft unmittelbar an die in Kapitel 2.2.4 dargestellten ökologischen Bewertungen verschiedener Fleischsorten an. Dort wurde dargelegt, dass insbesondere Rindfleisch im Vergleich zu Geflügel oder Schwein ein deutlich höheres Aufkommen an CO₂-Äquivalenten verursacht. Die Forderung nach einer emissionsbasierten Besteuerung greift damit zentrale wissenschaftliche Erkenntnisse auf und verdeutlicht, dass ökologische Steuerkriterien im Grundsatz verstanden werden. Gleichzeitig wird deutlich, dass deren Umsetzung mit praktischen Herausforderungen verbunden ist, insbesondere in Bezug auf die Messbarkeit, die Herkunftsbestimmung und die Frage nach verlässlicher Zertifizierung. Diese Aspekte erschweren eine einfache Überführung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die steuerpolitische Praxis und machen deutlich, dass zwischen ökologischer Plausibilität und operativer Machbarkeit differenziert werden muss.

Wie auch in der Literatur bekannt (Farchi et al., 2017, S. 2; Nijdam et al., 2012, S. 765f; Ogino, Orito, Shimada & Hirooka, 2007, S. 428.), ist den Bürger*innen bewusst, dass rotes Fleisch, insbesondere Rindfleisch, weitaus mehr CO₂ emittiert, als Geflügel und andere Fleischarten (B2, Z. 200f.; B9, Z. 39f.). Dabei soll die Höhe der Steuer davon abhängig gemacht werden, wie viel CO₂ bestimmte Fleischarten ausstoßen:

„Also, ähm man könnte sich überlegen, ähm dass Fleischsorten, die schon sehr intensiv sind, CO₂ ausstoßen, eben progressiv besteuert werden, im Sinne von je höher ausgestoß/ je MEHR ausgestoßen, desto höher/ ein höherer Steuersatz darauf angewandt wird, ein Lenkungssteuersatz.“ (B3, Z. 108-112)

Auf der anderen Seite wird es als unfair empfunden, wenn Landwirt*innen, die auf qualitativ hochwertiges Fleisch Wert legen, gute Rahmenbedingungen für ihre Tiere schaffen und sich an die Bedingungen für Zertifikate und Gütesiegel halten, gleich besteuert werden wie Produzent*innen, die Massentierhaltung betreiben. Einige fordern daher eine Unterscheidung zwischen Bio-Produkten und Billigerzeugnissen (B4, Z. 27-30; B5, Z. 91-95; B7, Z. 122-127). Das Argument besteht unter anderem darin, dass wenn das Bio-Fleisch *„nur ein bisschen mehr als das besteuerte Fleisch“* kostet, Konsument*innen *„dann eher zum Biofleisch greifen würden“* (B10, Z. 90-93). Es besteht zudem die Erwartung, dass Bio-Landwirt*innen eine entsprechende Unterstützung erhalten, dass sie ihren Nutztieren verbesserte Lebensbedingungen bieten, wodurch perspektivisch eine Veränderung im gesellschaftlichen Bewusstsein sowie im Konsumverhalten angeregt werden könnte (B10, Z. 71-87).

Umsetzbarkeit der Steuer

Den Befragten fällt es zudem schwer, sich eine konkrete technische Umsetzung der Ökosteuer auf Fleisch vorzustellen. Es stellt sich nämlich die zentrale Frage, auf welcher Stufe des Produktionsprozesses eine angemessene Bepreisung ansetzen sollte. Insbesondere die CO₂-Emissionen, die bereits bei der Herstellung und beim Transport von Futtermitteln entstehen, sind beträchtlich, aber schwierig exakt zu erfassen (B1, Z. 115-120; B10, Z. 179-182). Generell gestaltet sich somit die Bestimmung dessen, was genau bepreist werden soll, äußerst komplex. Einer der Befragten äußert hierzu spezifische Bedenken:

„Also, (.) Bepreisung von Gütern, die eigentlich nicht wirklich Preise haben, wofür es eigentlich auch keinen Markt gibt. Es ist schwierig etwas zu bepreisen, wofür es eigentlich keinen Markt gibt. Wer entscheidet/ Wer entscheidet, (.) wie hoch die Ökosteuer ist?“ (B2, Z. 10f.; 268f.)

Diese Aussage verweist auf ein zentrales Dilemma der Umweltökonomik: die Schwierigkeit, zukünftige Umweltschäden adäquat zu bewerten und zu monetarisieren. Wie in Kapitel 2.2.2 erläutert, sind die Folgekosten klimaschädlichen Handelns häufig erst langfristig sichtbar, schwer zu erfassen und damit schwer in gegenwärtige Preismodelle zu integrieren (He et al., 2023, S. 1440ff.). Die fehlende Marktstruktur für Emissionskosten führt dazu, dass keine etablierten Kriterien für eine Preisbildung existieren. Hinzu kommt die Herausforderung, bereits jetzt Preise für zukünftige Umweltschäden und deren Folgen festzusetzen, da deren tatsächliches Ausmaß gegenwärtig nur bedingt absehbar ist (B2, Z. 327-340). Folglich würden mit einer solchen Steuer Effekte bepreist werden, deren langfristige Konsequenzen aktuell noch unklar sind. Diese Unsicherheit trägt wesentlich zur Skepsis gegenüber der konkreten Ausgestaltung ökologischer Steuern bei und wird von den Befragten als zentrales Problem benannt.

Auch hinsichtlich der zeitlichen Wirksamkeit einer Ökosteuer auf Fleisch bestehen deutliche Zweifel. Befragte äußern insbesondere Bedenken bezüglich der „*Schnelligkeit einer solchen Maßnahme*“ (B9, Z. 534). Angesichts der zunehmend sichtbaren und rasch voranschreitenden Folgen des Klimawandels entsteht die Wahrnehmung, dass die Einhaltung der aktuell festgelegten Klimaziele nach derzeitigen Prognosen zunehmend unwahrscheinlich scheint. Eine Ökosteuer auf Fleisch könnte zwar prinzipiell zur Reduktion der CO₂-Emissionen beitragen, jedoch stellt sich angesichts der begrenzten Zeitressourcen die Frage, ob diese Maßnahme ausreichend schnell greifen würde, um signifikante Effekte zu erzielen (B9, Z. 699f.).

Darüber hinaus wird diskutiert, ob die Einnahmen aus einer solchen Steuer sinnvollerweise in zusätzliche Klimaforschung investiert werden könnten. Allerdings wird auch hier angemerkt, dass Forschung üblicherweise langfristig ausgelegt ist und daher voraussichtlich nicht rechtzeitig Ergebnisse liefern könnte, um die negativen Folgen des Klimawandels wirksam abzumildern (B8, Z. 351-354). Ähnlich verhält es sich mit Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung, da gesellschaftliche Veränderungen typischerweise „*mit etwas Verzögerung in die Gesellschaft strömen*“ (B5, Z. 468f.) und somit kurzfristig nur eingeschränkt wirksam wären. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Zweifel hinsichtlich der Realisierbarkeit und Umsetzbarkeit bestehen, was erneut auf die Schwierigkeit, sich in die Ausgestaltung hinzuversetzen, zurückgeführt werden könnte.

Hinsichtlich der Definition der Ökosteuer lassen sich wiederholt gemeinsame Ansätze feststellen. Im Hinblick auf die konkrete Wirkungsweise und Umsetzung einer Ökosteuer auf Fleisch zeigen sich jedoch weiterhin divergierende Aussagen der Befragten. Es ist klar erkennbar, dass sich die Befragten in Bezug auf die Wahrnehmung zur Ökosteuer auf Fleisch uneinig sind. Die Vorstellungen davon gehen in unterschiedliche Richtungen.

Dies könnte daran liegen, dass es sich dabei um eine völlig neue Maßnahme handelt, die bis jetzt kaum mit bestehenden Maßnahmen zu vergleichen ist. Das Konzept der Ökosteuer auf Fleisch ist eine neuartige Thematik, die bis jetzt kaum in den Medien präsent war und der Mehrheit der Bevölkerung nicht geläufig ist. Medien berichten häufiger über den Verkehr, das Fliegen, Müll und die Überproduktion in der Fast-Fashion-Industrie (B9, Z. 355f.), während die ökologischen Auswirkungen des Fleischkonsums bis dato weniger im Vordergrund stehen. Es scheint schwierig zu sein, sich ein Bild davon zu konstruieren, wenn es noch keine Referenzwerte dazu gibt. Um ein besseres Verständnis für die Ökosteuer auf Fleisch zu entwickeln, wird daher auf vergleichbare Instrumente zurückgegriffen, die in ihrer Wirkung und Zielsetzung Ähnlichkeiten aufweisen. Es wird wiederholt der Versuch unternommen, Vergleiche zu ziehen, wie beispielsweise mit der Zuckersteuer in Großbritannien (Dickson et al., 2023, S. 4), die im letzten Handelsvorgang eingehoben und abgeführt wird (B8, Z. 208-212).

Die Herstellung eines Konnexes zur Ökosteuer auf Fleisch dürfte unter anderem deshalb vergleichsweise schnell erfolgt sein, weil es sich dabei ebenfalls um eine Konsumsteuer im Lebensmittelbereich handelt. Der Rückgriff auf bereits bekannte Instrumente erleichtert die Einordnung der Maßnahme – ein Phänomen, das sich durch Erkenntnisse aus der Kognitionsforschung erklären lässt. Studien zeigen, dass Menschen neue Informationen leichter verarbeiten, wenn sie über Analogien mit bereits vertrauten Konzepten verknüpft werden (Brand, S. 450ff.; Olsson & Galesic, 2024, S. 907ff.). Analogien fungieren dabei als kognitives Bindeglied, das unbekannte Inhalte mit bestehenden Wissensstrukturen verbindet und so zur Einordnung komplexer Sachverhalte beiträgt – etwa im Fall der Ökosteuer auf Fleisch. Dieser Prozess verläuft oft unbewusst, kann jedoch auch zu verzerrten Übertragungen und vereinfachten Interpretationen führen (Olsson & Galesic, 2024, S. 907).

Neben der Zuckersteuer wird von den Befragten auch wiederholt der Zertifikatehandel als Vergleichsmaßstab herangezogen (B2, Z. 14f.; B8, Z. 136–146; B9, Z. 116–118). Diese Bezugnahmen verdeutlichen das in Kapitel 2.2.2 und 2.2.3 beschriebene Phänomen, dass Bürger*innen zur Bewertung neuer umweltpolitischer Maßnahmen auf bekannte Referenzinstrumente zurückgreifen. Während die Zuckersteuer in Großbritannien ein prominentes Beispiel für eine erfolgreiche Verbrauchsteuer im Ernährungsbereich darstellt, beruht der Emissionszertifikatehandel auf einem strukturell anderen Mechanismus. Letzterer basiert auf dem sogenannten cap-and-trade-System, bei dem feste Emissionsobergrenzen definiert und Rechte zum CO₂-Ausstoß handelbar gemacht werden (Weitzman, 2016, S. 6). Diese Kommodifizierung von Emissionen wird von einigen Befragten als wirksames Steuerungsinstrument bewertet (B8, Z. 187, 180), gleichzeitig

aber auch kritisch hinterfragt. So äußern einige die Sorge, dass sich durch den Handel mit Emissionsrechten die eigentliche Verantwortung relativieren ließe, indem sich einzelne Akteur*innen von ihrer ökologischen Pflicht symbolisch „freikaufen“ (B9, Z. 116–118). Die Nutzung solcher Analogien verdeutlicht, dass komplexe Steuerkonzepte über kognitive Transferprozesse verständlich gemacht werden. Der Vergleich zur CO₂-Zertifikatevergabe erscheint dabei nicht nur strukturell naheliegend, sondern erfüllt auch eine psychologische Funktion: In Ermangelung direkter Erfahrungswerte dienen Analogien als kognitives Werkzeug, um neue Sachverhalte einzuordnen und zu bewerten (Brand et al., 2021, S. 450ff.; Olsson & Galesic, 2024, S. 907ff.). Gleichzeitig birgt diese Art der Einordnung jedoch das Risiko verkürzter oder fehlerhafter Bewertungen, insbesondere wenn strukturelle Unterschiede zwischen den Maßnahmen nicht ausreichend beachtet werden (Olsson & Galesic, 2024, S. 907). Aufgrund der Tatsache, dass es wenige Instrumente gibt, die mit einer Ökosteuer auf Fleisch vergleichbar sind, muss die Meinung dazu zunächst konstruiert werden (B9, Z. 201-204). Dieser Prozess wurde während der Interviewführung deutlich:

„Also die Emotionen sind NOCH nicht richtig vorhanden, weil ich noch keinen wirklichen Bezug zur Ökosteuer habe.“ (B2, Z. 24f.)

Die Tatsache, dass sich viele Befragte während des Interviews erstmals intensiv mit der Ökosteuer auf Fleisch auseinandersetzen, macht deutlich: Die Meinungsbildung erfolgt hier nicht auf Basis gefestigter Überzeugungen, sondern in Form eines dynamischen, konstruktiven Prozesses. Zaller (1992, S. 279) beschreibt dieses Phänomen als „on-the-spot“-Konstruktion, bei der Menschen auf verfügbare Wissensfragmente zurückgreifen, die durch Diskussionen, Erfahrungen oder Analogien aktiviert werden.

Die gezielte Verwendung von Analogien dient dabei als Mittel zur Reduktion kognitiver Unsicherheit (Brand et al., 2021, S. 450). Bei komplexen und schwer greifbaren Klimaschutzmaßnahmen bieten vertraute Ansätze wie die CO₂-Bepreisung oder Verbrauchsteuern im Ernährungsbereich eine gewisse Orientierung. Gleichzeitig zeigen Lorenzoni et al. (2007, S. 453), dass Maßnahmen ohne historische Referenz schnell als diffus, überfordernd oder unfair wahrgenommen werden – ein Eindruck, der auch in mehreren Interviewpassagen anklingt. Sunstein (2006, S. 1110f.) hebt zudem hervor, dass neuartige umweltpolitische Maßnahmen häufig anfällig für verzerrte Wahrnehmungen und emotionale Kurzschlussreaktionen sind – insbesondere dann, wenn Vorwissen fehlt.

Sichtbar wurde auch, dass sich Haltungen im Verlauf des Gesprächs mehrfach verändern, was die Bedeutung dialogischer Formate für die Entwicklung informierter Meinungen unterstreicht. Zwar hat man einen gewissen Zugang und eine Grundeinstellung (B9,

Z. 711f.), doch die Schwierigkeit, sich die Ausgestaltung einer Ökosteuer auf Fleisch vorzustellen, kann bei einer längeren Auseinandersetzung mit dem Thema auch dazu führen, dass sich die Wahrnehmung einmal oder mehrmals ändert:

„Ich glaube, meine Einstellung hat sich jetzt in den letzten 48 Minuten mehrmals etwas geändert. Ich denke, ich war sehr positiv eingestellt, dann habe ich es etwas kritischer gesehen, (.) jetzt bin ich wieder etwas positiver eingestellt.“ (B6, Z. 495-498)

Die vorliegende Analyse demonstriert, dass die Thematik der Ökosteuer auf Fleisch als ein klimapolitisches Instrument ein hohes Maß an Komplexität aufweist und gegenwärtig noch unzureichend in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt ist. Die Vielfalt möglicher Ausgestaltungen, deren Konzeptionierung noch aussteht, erschwert die Herausbildung einer konsistenten Meinung. Settings, in denen Menschen jedoch durch horizont-erweiternde Gespräche in den Diskurs treten, eignen sich besonders zur persönlichen Reflexion (B9, Z. 709-711) und bieten Raum, sich mit dem persönlichen Fleischkonsum auseinanderzusetzen.

4.2 Reaktanz wird projiziert – nicht selbst empfunden

Zunehmend verbreitet sich das Gefühl, dass sich die gesellschaftliche Einstellung zum Klimaschutz bereits im Wandel befindet. In den vergangenen Jahren haben Umweltaspekte im Konsumverhalten eine zunehmend zentrale Rolle eingenommen, und das Bewusstsein für klimarelevante Themen ist gestiegen (B1, Z. 660-662). Es wird die Auffassung vertreten, dass die grundsätzliche Bereitschaft zur Unterstützung klimapolitischer Bewegungen wächst (B3, Z. 477-479). Zudem sind vegetarische Alternativen mittlerweile leichter zugänglich, was die Umstellung auf eine nachhaltigere Ernährungsweise erleichtert (B3, Z. 275-277). Dennoch besteht weiterhin die Einschätzung, dass die potenzielle Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch in der Gesellschaft auf wenig Zustimmung stoßen würde, wie im Folgenden nun näher ausgeführt wird.

Die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch stößt derzeit auf erhebliche Skepsis hinsichtlich der gesellschaftlichen Akzeptanz. Es ist zu erwarten, dass von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen erheblicher Widerstand ausgeht. Einerseits betrifft dies Personen, die nicht bereit sind, ihre Konsumgewohnheiten aufgrund einer zusätzlichen Besteuerung zu verändern, andererseits jene, für die eine preisliche Veränderung den Zugang zu Fleischprodukten erschweren oder sogar unmöglich machen könnte (B3, Z. 520f.).

Auch die aktuelle politische Lage deutet darauf hin, dass eine breite Akzeptanz einer Ökosteuer auf Fleisch schwer zu realisieren sein dürfte. Ein möglicher Grund hierfür liegt darin, dass gegenwärtig andere, als dringlicher und komplexer wahrgenommene Herausforderungen im Zentrum des öffentlichen und politischen Interesses stehen. Vor diesem Hintergrund könnte die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch als nachrangiges Anliegen betrachtet und entsprechend geringer priorisiert werden. Insbesondere „*in Zeiten, in denen Lebensmittel generell teurer werden*“ (B9, Z. 336f.), wird angenommen, dass eine solche Maßnahme überwiegend negativ bewertet wird. Daher ist mit Widerstand, Frustration, Unzufriedenheit und Protesten seitens der Bevölkerung zu rechnen (B2, Z. 384-385; B5, Z. 425f.). Zudem könnte politisch Angst vor möglichen finanziellen Einschränkungen geschürt werden, wodurch in der öffentlichen Wahrnehmung schnell der Eindruck entsteht, man könne sich Fleischprodukte grundsätzlich nicht mehr leisten, obwohl dies faktisch nicht zutreffen muss (B5, Z. 416-419).

Ältere Generationen, insbesondere im ländlichen Raum, könnten auf eine Ökosteuer auf Fleisch eher ablehnend reagieren, da diese Bevölkerungsgruppe traditionell „*am Wochenende einen Schweinsbraten oder Schnitzel*“ (B7, Z. 724) konsumiert und eine Veränderung ihrer Ernährungsgewohnheiten möglicherweise nur schwer zu erreichen wäre. In einem Land wie Österreich, in dem viele Gerichte aus Fleisch bestehen, wäre die Besteuerung von Fleisch gravierend (B2, Z. 406-412). Das Schnitzel ist dabei immer ein Schlagwort und häufig Gegenstand populistischer Parolen (B1, Z. 69-75). Diese vermitteln schnell den Eindruck, man müsse gänzlich darauf verzichten, was einen großen Eingriff in die persönlichen Konsumgewohnheiten darstellen würde. Ob es gelingt, diese ältere, ländliche Generation langfristig zu überzeugen, ist umstritten. Während einerseits argumentiert wird, dass Veränderungen erst nach einem Generationenwechsel realisierbar sind, gibt es andererseits auch Ansätze, nach denen ein langfristiges Umdenken auch innerhalb dieser Generation möglich ist, auch wenn dies voraussichtlich mehr Zeit in Anspruch nehmen würde (B2, Z. 356f.; B7, Z. 727-737).

Darüber hinaus erschwert die Debatte, ob Fleisch als Grundnahrungsmittel einzustufen ist, zusätzlich die gesellschaftliche Akzeptanz einer Ökosteuer auf Fleisch, da derzeit noch überwiegend die Einschätzung vorherrscht, Fleisch sei ein elementarer Bestandteil der Ernährung. Es erscheint allerdings denkbar, dass eine Ökosteuer auf Fleisch in urbanen Regionen, speziell in Städten wie Wien, leichter auf Zustimmung trifft. Dies könnte daran begründet sein, dass dort bereits ein erhöhtes Bewusstsein für nachhaltigen Fleischkonsum vorhanden sein könnte, der Anteil an Vegetarier*innen höher ist und somit eine größere Bereitschaft besteht, entsprechende Maßnahmen mitzutragen (B2, Z. 359-363; B10, Z. 204-212). Unabhängig davon sollte jedoch sorgsam vorgegangen

werden, wie die Ökosteuer auf Fleisch letztlich implementiert wird. Ein Befragter verdeutlicht die bestehende Problematik wie folgt:

„Ein Stück weit sieht man es ja schon, ähm ist zu erwarten, dass einfach ziemlich viele Transformationen anstehen und große gesellschaftliche Umbrüche ähm sind für Menschen immer ziemliche HERAUSFORDERUNGEN. Ähm und insofern ist es ein großes POLITISCHES Thema auch ähm und wichtig, dass wir da, dass wir da gut hinschauen und gut schauen, wie wir das bewältigen können.“ (B5, Z. 257-261)

Die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch muss daher nicht nur im Kontext ökologischer Wirksamkeit, sondern ebenso unter sozialpolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Ohne begleitende Maßnahmen erscheint eine erfolgreiche Umsetzung für die Interviewpersonen unwahrscheinlich.

Eine empirische Untersuchung von Malovicki-Yaffe et al. (2025, S. 145ff.) liefert wichtige Erkenntnisse zu den Folgen als ungerecht oder identitätsbedrohend wahrgenommener Umweltmaßnahmen. Am Beispiel der Plastiksteuer in der Haredi-Gemeinschaft Israels wird deutlich, wie schnell sich ablehnende Haltungen verfestigen können, wenn Maßnahmen gesellschaftliche Realitäten ignorieren. In diesem Fall führte die politische Intervention zu einem kollektiven Gefühl der Stigmatisierung, was nicht nur die Akzeptanz der Maßnahme, sondern auch die allgemeine Bereitschaft zu umweltbewusstem Verhalten langfristig verringerte. Politische Eingriffe stoßen demnach insbesondere dann auf Widerstand, wenn sie als Eingriff in die soziale Identität verstanden werden.

Mühlbacher (2018b, S. 54) sowie Tennert und Arenberg (2024, S. 272) weisen darauf hin, dass fehlendes Vertrauen in die Fairness des Steuersystems sowie eine geringe Steuermoral zentrale Gründe für Ablehnung darstellen – insbesondere im Bereich alltäglicher Konsumententscheidungen. Daraus ergibt sich, dass eine rein ökologische Argumentation für die Einführung der Ökosteuer auf Fleisch nicht auszureichen scheint. Eine Ökosteuer auf Fleisch weckt zudem die Wahrnehmung als Instrument mit Strafcharakter, bei dem ein unerwünschtes, klimaschädliches Verhalten bestraft werden soll (B9, Z. 17f.; Z. 84f.). Wünschenswert wäre stattdessen eine Veränderung, die positiv motiviert kommt (B5, Z. 19-22), da Steuern grundsätzlich negative Emotionen herbeiführen und daher Steuerablehnung eine gewöhnliche Reaktion ist (Hammar & Jagers, 2006, S. 613).

Obwohl die Literatur wie Kirchler (1999, S. 133) sozialpsychologische Reaktionen wie Reaktanz nahelegt, lassen sich derartige Reaktionen bei der Mehrheit der Befragten nicht beobachten. Einzig eine Person zeigt Reaktanz, während die übrigen Interviewpersonen einer Ökosteuer auf Fleisch grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Wenn eine Skepsis gegenüber dieser klimapolitischen Maßnahme besteht, dann sind diese auf

andere Gründe zurückzuführen, die zu einem späteren Zeitpunkt noch erläutert werden. Es stellt sich dabei die Frage, ob den genannten sozialpsychologischen Reaktionen in der Literatur ein weitaus größerer Wert beigemessen wird, als notwendig. Es ist denkbar, dass bestimmte in der Literatur formulierte Vorannahmen in der Realität nicht in der erwarteten Form auftreten. Die empirische Datenlage widerspricht diesen Annahmen jedenfalls in wesentlichen Punkten.

So beschreibt die psychologische Reaktanz nach Brehm (1966, S. 1ff.) die Motivation, bedrohte Freiheiten wiederherzustellen. Dieser Mechanismus wird in der Literatur häufig im Zusammenhang mit fiskalischen Eingriffen thematisiert. Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung lassen jedoch eine differenziertere Betrachtung zu. Es deutet sich an, dass die bestehende Forschung die Verbreitung reaktanter Reaktionen möglicherweise überschätzt, insbesondere in Kontexten, in denen ökologische Anliegen wie der Klimaschutz zunehmend gesellschaftliche Legitimität erfahren. Diese Einschätzung deckt sich mit den Befunden von Ejelöv und Nilsson Hed (2020, S. 6f.), die belegen, dass als gerecht empfundene Eingriffe deutlich seltener Reaktanz hervorrufen.

Die interviewten Personen äußern zwar die Erwartung, dass in der Bevölkerung mit Widerstand zu rechnen sei (B2, Z. 376f.; B3, Z. 509–511; B8, Z. 921f.), bringen selbst jedoch eine überwiegend zustimmende Haltung zum Ausdruck. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die befragte Gruppe überdurchschnittlich klimasensibel zu sein scheint und einen höheren Bildungsgrad aufweist – zwei Faktoren, die mit einer größeren Offenheit gegenüber umweltpolitischen Maßnahmen einhergehen könnten.

Es ist möglich, dass andere Bevölkerungsgruppen durchaus mehr Widerstand zeigen. Zudem stammt die Literatur, die sich mit Reaktanz im Kontext von Steuern befasst, bereits aus einem Zeitraum, der über 25 Jahre zurückliegt. Inzwischen könnte sich jedoch ein gesellschaftlicher Wertewandel vollzogen haben, insbesondere im Hinblick auf Umwelt- und Klimathemen. Die zunehmende gesellschaftliche Anerkennung der Relevanz von Umwelt- und Klimaschutz könnte daher erklären, warum eine ökologische Steuer auf Fleisch heutzutage weniger Reaktanz hervorruft und auf eine größere Resonanz in der Bevölkerung stößt.

Ähnlich zeigt sich in den Befragungen eine auffällige Diskrepanz zwischen der Einschätzung des Verhaltens anderer und der eigenen Konsumgewohnheiten. Während die Teilnehmenden angeben, dass ihr Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis voraussichtlich auf eine Ökosteuer auf Fleisch reagieren und ihren Fleischkonsum reduzieren würde, geben jene Befragten, die Fleisch konsumieren, selbst an, ihr eigenes Kauf- und

Konsumverhalten nicht maßgeblich zu verändern, wie im Folgenden exemplarisch dargestellt:

„Mich stört es nicht, mich würde es nicht stören, MEHR Geld für Fleisch auszugeben und ich würde es auch weiterhin tun. Es wäre für mich KEIN Grund, es wäre für mich ÜBERHAUPT kein Grund von unserem ähm Speiseplan oder unseren Essensgewohnheiten irgendwie wegzu/ abzurücken.“ (B9, Z. 220-224)

Zudem belegen experimentelle Studien, dass Reaktanz insbesondere dann verstärkt auftritt, wenn Botschaften zur Verhaltensänderung sprachlich kontrollierend oder direktiv formuliert sind. In einer Untersuchung von Spelt et al. (2019, S. 1ff.) lösten Appelle mit starkem Aufforderungscharakter signifikant höhere emotionale Reaktanz aus, etwa in Form von Ärger oder dem Gefühl eingeschränkter persönlicher Freiheit. Allerdings führten diese Reaktionen nicht zu einer tatsächlichen Verhaltensänderung. Daraus lässt sich schließen, dass Reaktanz zwar emotional spürbar sein kann, jedoch nicht zwangsläufig mit einer Modifikation bestehender Konsumgewohnheiten verbunden ist.

Die Verschiebung problematischer Reaktionen auf andere wirkt zudem entlastend und stabilisiert das eigene positive Selbstkonzept. Mit der folgenden Aussage wird eine Kontroverse sichtbar:

„Also, also (..) klingt jetzt blöd, ich bin Autofahrer und ich finde, man/ (.) ich würde weiter Autofahren, ähm wenn es teurer wäre, aber ich würde hoffen, dass andere auf das Auto verzichten“ (B8, Z. 30-32)

Diese Beobachtung lässt sich unter anderem mit dem Free-Rider-Problem beziehungsweise dem Trittbrettfahrer-Effekt erklären. Die Befragten erkennen zwar die Notwendigkeit einer Reduktion des Fleischkonsums zur Förderung des Klimaschutzes an, neigen jedoch dazu, die Verantwortung auf andere zu übertragen, anstatt selbst aktiv zu werden. Dies verdeutlicht eine verbreitete Problematik bei nachhaltigem Verhalten: Obwohl der ökologische Handlungsbedarf anerkannt wird, sind viele Individuen nicht bereit, ihre etablierten Gewohnheiten anzupassen, sondern hoffen darauf, dass andere diese Veränderungen übernehmen.

Das beschriebene Verhalten lässt sich eng mit dem Konzept der ConSR verknüpfen, das auf die individuelle Verantwortung für sozial und ökologisch nachhaltigen Konsum abzielt (Schmidt, 2015, S. 28). Wie Thøgersen (2005, S. 145ff.) erläutert, ist für tatsächliche Verhaltensänderungen jedoch ein hohes Maß an Selbstwirksamkeit und Umsetzbarkeit erforderlich. Wenn Konsument*innen stattdessen davon ausgehen, dass primär andere Akteur*innen für notwendige Veränderungen verantwortlich sind, wird die kollektive Wirksamkeit umweltpolitischer Maßnahmen geschwächt.

Vor diesem Hintergrund legen sowohl die empirischen Daten als auch einschlägige Studien nahe, dass Reaktanz gegenüber ökologischen Maßnahmen nicht zwangsläufig in offener Ablehnung zum Ausdruck kommt. Stattdessen kann sie sich in subtileren Formen zeigen, etwa durch soziale Projektion. Die vorliegenden Ergebnisse deuten darauf hin, dass verschiedene psychologische Prozesse gleichzeitig wirken können. Diese Prozesse sind eng miteinander verknüpft und sollten im Zusammenspiel betrachtet werden, um das komplexe Reaktionsspektrum auf umweltpolitische Maßnahmen angemessen einordnen zu können.

4.3 Hinterfragung der Sinnhaftigkeit als Coping-Strategie

Im Kontext der gegenwärtigen Debatte über den Klimawandel und dessen weitreichende Konsequenzen wird deutlich, dass Emotionen wie Angst, Besorgnis und Unruhe eine zentrale Rolle spielen. Zum Zeitpunkt der Interviews fanden die Präsidentschaftswahlen in den USA statt, welche auch im Rahmen der Interviews thematisiert wurden. Die Wahlergebnisse lösen unter den Teilnehmenden Unmut aus und vermitteln den Eindruck eines potenziellen Rückschritts in der Klimaschutzbewegung (B4, Z. 9-12). Die wachsende Sorge um die ökologischen Veränderungen sowie die zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels führten bereits dazu, dass einige Personen ihren Fleischkonsum reduzierten oder vollständig einstellten (B3, Z. 439f.; B5, Z. 69f.). Dabei beschränkt sich die Besorgnis nicht nur auf das eigene Wohlergehen, sondern umfasst gleichermaßen die Zukunft nachfolgender Generationen, insbesondere der eigenen Kinder:

„Auf der anderen Seite ist es aber eigentlich auch meine, meine Pflicht als Mutter. [...] Es ist ein GANZ ein wichtiges Thema für mich. Und das merke ich auch, indem ich nämlich jedes Mal oder echt oft es wegschieben muss, weil es so groß wird in meinem Kopf. [...] Also es macht mich wirklich fertig einfach. [...] Und natürlich beschäftigt es mich dann extrem dadurch, ge. (Schaut Säugling an) Maus. (.) Ja, wegen euch. Ge? Wegen euch besonders.“ (B4, Z. 205-214)

Vor diesem Hintergrund wird eine Maßnahme wie die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch zunehmend als notwendig erachtet. Obwohl der konkreten Umsetzung mit Skepsis begegnet wird, erfährt die grundlegende Idee einer solchen Steuer eine überwiegend positive Bewertung. Argumentiert wird, dass „*unser Leben doch sehr ausgeartet ist*“ (B1, Z. 186f.), wir die letzten Jahre „*wie im Schlaraffenland gelebt*“ (B10, Z. 577f.) haben und wir „*in der First World noch ein bisschen zu bequem*“ (B1, Z. 220f.) sind. Wir sind in einer Gesellschaft an einem Punkt angelangt, an dem man alles im Überfluss hat (B7, Z. 366f.) und wir viele Möglichkeiten haben, von denen jedoch nicht alle positive Auswirkungen auf den Planeten haben (B1, Z. 188f.).

4.3.1 Anfangs breite Anerkennung positiver Wirkdimensionen

Die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch wird aus verschiedenen Gründen als vorteilhaft erachtet, insbesondere im Hinblick auf Umwelt- und Klimaschutzaspekte. Im Zentrum der Argumentation steht dabei die Reduzierung von CO₂-Emissionen, die sowohl durch einen verringerten Fleischkonsum als auch durch eine nachhaltigere Produktionsweise erzielt werden könnte (B3, Z. 142-144; B10, Z. 38-40). Eine solche Maßnahme würde sowohl Konsument*innen als auch Unternehmen dazu anregen, ihren Fleischverbrauch beziehungsweise ihre Produktionspraktiken anzupassen, wodurch weniger Treibhausgase zirkulieren würden (B10, Z. 666f.). Besonders betont wird in der Debatte die Verringerung der Methanemissionen, da dieses Treibhausgas als besonders klimaschädlich gilt (B8, Z. 301). Letztlich könne eine erfolgreiche Umsetzung der Ökosteuer auf Fleisch dazu führen, dass weniger Treibhausgase zirkulieren und der Klimawandel damit eingedämmt wird (B10, Z. 666f.).

Ergänzend wird in den Interviews auch thematisiert, inwiefern eine solche Steuer zu einem bewussteren Umgang mit nachhaltiger Lebensmittelproduktion und zur Förderung regionaler Strukturen beitragen könnte. Ein stärkeres Augenmerk auf regionale Produktions- und Konsummuster hätte das Potenzial, Transportwege zu verkürzen und damit verbundene Emissionen zusätzlich zu verringern (B5, Z. 535-541). Neben den klimatischen Vorteilen wird zudem argumentiert, dass eine solche Steuer dazu beitragen könnte, natürliche Lebensräume zu schützen und somit die Biodiversität zu fördern. Dass die Biodiversität unter der Viehzucht leidet, stellten nämlich Leip et al. (2015, S. 2f.) bereits fest. Eine ökologische Landwirtschaft könnte die Flächeninanspruchnahme für Futtermittelanbau verringern und so ökologisch wertvolle Gebiete erhalten. Es geht nämlich klar hervor, dass die Fläche und Ressourcen, die für die Ernährung und Haltung der Tiere benötigt werden, „einen hohen Impact auf das Klima“ (B1, Z. 111) haben und in keinem Verhältnis zu den draus resultierenden Folgen stehen (B1, Z. 115-120), denn die Fleischindustrie weist einen erheblichen Ressourcenverbrauch auf. Die Produktion eines Kilogramms Eiweiß aus Rindfleisch erfordert im Vergleich zur Herstellung eines Kilogramms Eiweiß aus Kidneybohnen die zehnfache Menge an Wasser, Land, Dünger und Pestiziden sowie die neunfache Menge an Kraftstoff (Sabaté et al., 2015, S. 2068).

Die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch wird nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus gesundheitlicher Perspektive als vorteilhaft erachtet. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass das derzeitige Gesundheitssystem erheblich belastet ist (B9, Z. 453f.) und vor allem von Personen in Anspruch genommen wird, die keinen gesunden Lebensstil pflegen (B10, Z. 364-366). Eine Reduzierung des Fleischkonsums könnte daher sowohl individuelle als auch gesamtgesellschaftliche Gesundheitsvorteile mit sich bringen

(B5, Z. 254-256). Wie auch in der Literatur betont (Farchi et al., 2017, S. 10; Wolk, 2017, S. 106), führt ein hoher Fleischkonsum häufig zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Eine Vegetarierin erwähnte in diesem Zusammenhang:

„Ähm ich glaube, was man gar nicht mehr von der Hand weisen kann, ist, dass ähm kardiovaskuläre Erkrankungen mit, mit dem Konsum von rotem Fleisch zumindest zusammenhängen. [...] Und ich glaube, für alle Nährstoffe, die man durch Fleisch einnimmt, dass die schon gut (.) zu ersetzen sind.“ (B1, Z. 334-342)

Diese Perspektive steht in engem Zusammenhang mit dem in Kapitel 2.2.3 erläuterten Konzept der „doppelten Dividende“ ökologischer Steuerpolitik (He et al., 2023, S. 1445). Neben einer direkten Verbesserung der Umweltqualität als erster Dividende lässt sich auch eine wirtschaftliche Effizienzsteigerung im weiteren Sinne als zweite Dividende erwarten. Dazu zählen unter anderem sinkende Gesundheitskosten und eine Verringerung klimabedingter Folgeschäden auf gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Diese Argumentation wird primär von Vegetarier*innen vertreten, während andere Befragte, nämlich jene mit hohem Fleischkonsum, gesundheitliche Bedenken gegenüber einer fleischreduzierten Ernährung äußern. Insbesondere wird darauf verwiesen, dass Fleisch ein essenzieller Energielieferant sei, der hochwertige Proteine und Eisen enthalte, welche vom menschlichen Körper effizient aufgenommen und verwertet werden können (B3, Z. 620; B9, Z. 153-156).

Es bestehen immer noch Divergenzen in Bezug auf die gesundheitlichen Folgen des Fleischkonsum, wobei Vegetarier*innen und passionierte Fleischkonsument*innen vorrangig konträre Auffassungen vertreten. Ein Konsens besteht jedoch dahingehend, dass ein übermäßiger Fleischkonsum gesundheitliche Risiken birgt. So könnte eine Reduzierung des Fleischverzehrs beispielsweise das Risiko für Fettleibigkeit senken (B1, Z. 364). In weiterer Folge könnte eine geringere Anzahl an krankheitsbedingten Ausfällen zu einer Entlastung des Gesundheitssystems beitragen (B1, Z. 369-372). Dies hätte nicht nur gesundheitliche, sondern auch wirtschaftliche Implikationen, da reduzierte Gesundheitsausgaben und geringere Steuerbelastungen finanzielle Ressourcen für andere gesellschaftliche Bereiche freisetzen könnten (B10, Z. 669). Darüber hinaus wird argumentiert, dass eine nachhaltigere und bewusstere Lebensweise auch psychische Vorteile mit sich bringen kann.

Diese Aussage lässt sich mit dem Konzept der ConSR in Verbindung bringen. Die Bereitschaft, ethisch reflektierte Konsumententscheidungen zu treffen, kann nicht nur das soziale und ökologische Wohl fördern, sondern wirkt auch identitätsstiftend und psychisch

entlastend – insbesondere, wenn individuelle Handlungen als Beitrag zu einem größeren Ganzen erlebt werden (Vitell, 2015, S. 768). Es würde den Menschen auf psychischer Ebene auch besser tun, nachhaltiger und bewusster zu leben, denn „*natürliche Umgebungen sorgen dafür, dass wir uns wohler fühlen*“ (B5, 252f.) und helfen uns zu regenerieren (B5, Z. 254). In diesem Zusammenhang könnte eine nachhaltigere Ernährungsweise nicht nur körperliche, sondern auch psychische Gesundheitsvorteile mit sich bringen.

Neben den ökologischen und gesundheitlichen Aspekten wird auch die Frage nach den Auswirkungen einer Ökosteuer auf Fleisch auf das Tierwohl intensiv diskutiert. Es liegt nahe, dass eine Reduzierung des Fleischkonsums zu einem Rückgang der Schlachtzahlen sowie zu einer Verringerung der Massentierhaltung führen könnte. Da sich das Angebot an der Nachfrage orientiert, würde ein gesunkener Fleischkonsum langfristig zu einer Anpassung der Produktionsmengen führen. In diesem Zusammenhang wird argumentiert, dass eine solche Entwicklung nicht nur das Tierwohl verbessern, sondern auch zu einer gesteigerten Wertschätzung von Fleisch als Lebensmittel beitragen könnte (B4, Z. 547f.). Ehemalige Vielkonsument*innen von Fleisch bestätigen, dass sie das Gefühl hatten, Fleisch als alltägliches Produkt nicht mehr ausreichend wertzuschätzen (B3, Z. 738-740). Die derzeitige Preisgestaltung erscheint in diesem Zusammenhang als problematisch, da sie die Produktionsbedingungen und den ethischen Wert des Tieres nicht angemessen widerspiegelt. Insbesondere wird kritisiert, dass ein Kalb, das über Jahre hinweg auf einem Hof aufgezogen und versorgt wurde, schließlich in einem besagten „*Burger um einen Euro*“ (B4, Z. 312) verkauft wird. Eine Ökosteuer könnte somit dazu beitragen, Fleisch wieder als wertvolles Gut wahrzunehmen und es stärker als etwas Besonderes zu betrachten (B4, Z. 502f.). In Anlehnung an utilitaristische Argumente nach Nasher (2009, S. 11) zielt diese Perspektive auf die Reduktion von Tierleid und auf eine ethisch reflektierte Anerkennung tierischen Lebens als moralisch relevante Größe.

In der Argumentation zur Ökosteuer auf Fleisch spielt für die vegetarischen Befragten zunehmend der Aspekt der Klimagerechtigkeit eine zentrale Rolle (B3, Z. 383-388). Dabei wird betont, dass die Menschheit eine moralische Verantwortung gegenüber dem Planeten trägt, insbesondere angesichts der bereits verursachten ökologischen Schäden (B10, Z. 584-586). Eine wesentliche Triebkraft hinter dieser Perspektive scheint die weit verbreitete Befürchtung zu sein, dass die Lebensbedingungen auf der Erde in Zukunft erheblich beeinträchtigt sein könnten, denn bei „*einem unbewohnbaren Planeten ist Tierwohl dann auch schon egal.*“ (B1, Z. 381f.). Klimagerechtigkeit wird in diesem Zusammenhang als moralisches Prinzip verstanden, das sich mit der utilitaristischen

Forderung nach einer Maximierung des gesellschaftlichen Wohls durch langfristige Umweltstabilität verbindet.

Hervorzuheben ist, dass diese ausgeprägte Sensibilität für klimatische Herausforderungen möglicherweise auch durch die demografische Zusammensetzung der Population beeinflusst wird. Da die Teilnehmenden zwischen 20 und 40 Jahre alt sind, befinden sie sich in einer Lebensphase, in der sie die langfristigen Folgen der Klimakrise noch direkt erleben würden. Dies könnte ihre Wahrnehmung der Notwendigkeit klimapolitischer Maßnahmen sowie ihre Haltung zur Ökosteuer auf Fleisch maßgeblich prägen. Es ist daher denkbar, dass eine ältere Bevölkerungsgruppe die Auswirkungen sowohl der Klimakrise als auch einer Ökosteuer auf Fleisch anders bewerten würde. Ältere Generationen könnten potenziell andere Prioritäten setzen, etwa wirtschaftliche Stabilität oder soziale Gerechtigkeit stärker gewichten, während jüngere Menschen aufgrund ihrer längeren Lebenserwartung eine höhere Sensibilität für langfristige Umweltfolgen aufweisen. Dies unterstreicht die Bedeutung einer generationenübergreifenden Betrachtung klimapolitischer Maßnahmen, um unterschiedliche Bedürfnisse und Perspektiven angemessen zu berücksichtigen.

4.3.2 Infragestellung der Zweckmäßigkeit zur Dissonanzreduktion

Auch wenn den Befragten grundsätzlich bewusst ist, dass die aktuelle Umweltsituation Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels erforderlich macht und daher klimaorientierte Maßnahmen prinzipiell befürwortet werden, zeigt sich dennoch Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit und Zielgenauigkeit des diskutierten Instruments. Insbesondere stellt sich hierbei die Frage, ob eine Ökosteuer auf Fleisch im Vergleich zu alternativen Maßnahmen tatsächlich das geeignete Instrument darstellt, denn möglicherweise *„gibt es andere Stellschrauben, die wir drehen könnten als Gesellschaft, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, die vielleicht weniger starke Verteilungseffekte aufweisen“* (B3, Z. 410-412).

Zunehmend wird von den fleischkonsumierenden Befragten kritisch hinterfragt, ob eine Ökosteuer auf Fleisch tatsächlich einen ausreichend starken Lenkungseffekt entfalten kann, um einen nennenswerten Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels zu leisten. Ein wesentlicher Einwand liegt darin, dass gerade jene gesellschaftlichen Gruppen, welche finanziell bessergestellt sind und somit weniger von einer Preissteigerung betroffen wären, häufig einen überproportional hohen ökologischen Fußabdruck aufweisen:

„Aber im Großen und Ganzen (.) würde ich jetzt einfach mal starr behaupten, oder stur behaupten, dass (.) diese Klimaziele ERST erreicht werden, wenn diese

TOP ein Prozent an Superverdienern ihren CO2-Fußabdruck mal verringern. Weil das sind diejenigen, die problematisch sind.“ (B2, 307-310)

Diese Aussage bringt ein stark ausgeprägtes Gefühl struktureller Machtlosigkeit zum Ausdruck. Wenn ökologische Maßnahmen als unverhältnismäßig empfunden werden und Belastungen nicht in Relation zu Verantwortung und verfügbaren Ressourcen stehen, könnte sich die Bereitschaft zur individuellen Verhaltensanpassung verringern. In solchen Fällen kann die empfundene Ungleichheit sogar als Legitimation für Nicht-Handeln dienen. Im Zentrum der Kritik steht die ungleiche Verteilung der Verantwortung für Umweltschäden. Eine Ökosteuer auf Fleisch würde nach Einschätzung der Befragten vor allem die breite Bevölkerung treffen, während die tatsächlichen Hauptverursacher*innen kaum zur Verantwortung gezogen würden. Jene, die bereits Einschränkungen erleben, würden zu weiterem Verzicht aufgefordert, während wohlhabendere Gruppen sich potenziell freikaufen könnten. Ergänzend wird argumentiert, dass klimapolitische Maßnahmen verstärkt auf große Unternehmen ausgerichtet sein müssten, da deren ökologischer Fußabdruck weitaus gravierender sei als der einzelner Konsument*innen (B10, Z. 312, 314). Im Vergleich dazu erscheint eine Ökosteuer auf Fleisch als weniger wirksames Mittel, insbesondere in einem Wirtschaftssystem, das auf Kapitalakkumulation und Profitmaximierung ausgerichtet ist (B5, Z. 303f.).

Eine fleischkonsumierende Befragte erachtet eine Besteuerung der ökologischen Folgen des Flugverkehrs als deutlich gerechtfertigter und effektiver. Zudem wird es als ungerecht empfunden, Fleischprodukte zu besteuern, während Flugreisen unberücksichtigt bleiben. Ferner existiert eine Unsicherheit darüber, *„ob Klimaschutz jetzt schon so ein gewichtiger Grund ist, dass man da wirklich so empfindliche Maßnahmen setzen kann“* (B9, Z. 141-143). Die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch wird nämlich insgesamt als ein einschneidendes Instrument bewertet.

Die Debatte über die Mitverantwortung von Unternehmen sowie über die Besteuerung von Flugreisen verweist auf eine grundsätzliche Kritik an der politischen Logik, Verantwortung vorrangig auf individuelle Verhaltensänderungen zu projizieren. Infolgedessen wird die Verantwortung weitgehend auf die Ebene der Konsument*innen verschoben, während strukturelle Aspekte wie gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, politische Rahmenbedingungen und zentrale Emissionsquellen häufig unbeachtet bleiben. Einzelne Maßnahmen, die nicht Teil eines umfassenden und systemisch gedachten Konzepts sind, wirken in diesem Zusammenhang unzureichend.

Aus Sicht der ConSR wird deutlich, dass moralische Appelle an Konsument*innen nur dann Wirkung entfalten können, wenn individuelle Verantwortung als sinnvoll und

wirksam erlebt wird (Vitell, 2015, S. 768; Thøgersen, 2005, S. 145ff.). Wenn jedoch gleichzeitig das strukturelle Umfeld als unzureichend reguliert erscheint, etwa durch die fehlende Besteuerung klimaschädlicher Industrien oder des Flugverkehrs, kann dies das individuelle Verantwortungsgefühl schwächen.

Diese Unzufriedenheit mit isolierten Maßnahmen lässt sich zudem als Ausdruck einer Strategie zur Reduktion kognitiver Dissonanz deuten: Statt das eigene Verhalten kritisch zu reflektieren, richtet sich der Fokus auf systemische Defizite. Diese Form der Kritik bietet eine kognitive Entlastung, kann jedoch die Motivation zur Verhaltensänderung erheblich verringern (Festinger, 1957, S. 1ff.).

Neben den bereits angesprochenen sozialen Verteilungseffekten und der damit verbundenen Frage nach sozialer Gerechtigkeit äußern die Befragten zudem weitere kritische Überlegungen zur Ökosteuer auf Fleisch. Es besteht zudem die Sorge, dass eine inländische Fleischbesteuerung möglicherweise zu einer Verlagerung der Fleischproduktion und -nachfrage ins Ausland führen könnte (B5, Z. 198-202; B10, Z. 414-421). Dieses Phänomen tritt typischerweise auf, wenn politische Maßnahmen unilateral eingeführt werden und die benachbarten Länder ähnliche Regelungen nicht übernehmen. Die Fachliteratur beschreibt diesen Effekt als sogenannten „Carbon Leakage“. Dabei werden Produktionsprozesse, insbesondere von Gütern mit hohen Treibhausgasemissionen, ins Ausland verlagert, wodurch Anreize entstehen, die Produktion zu delokalisieren. Dies kann inländische Produzent*innen benachteiligen und die Wirksamkeit der Ökosteuern verringern (Abadie et al., 2015, S. 281; Davis & Caldeira, 2010, S. 5687). Konkret könnte dies bedeuten, dass vermehrt Fleisch importiert wird, was negative ökonomische Folgen für die österreichische Wirtschaft hätte. Zudem steigen durch längere Transportwege die gesamten CO₂-Emissionen, was wiederum dem ursprünglichen Ziel der Ökosteuer widerspricht (B7, Z. 420-424). Zusätzlich könnten regionale Fleischprodukte teurer werden, wodurch günstigere Importprodukte attraktiver werden, obwohl sie mit höheren Treibhausgasemissionen verbunden sind. Ein weiterer Nachteil besteht darin, dass ausländische Produzent*innen nicht den österreichischen Qualitäts- und Tierwohlstandards unterliegen müssen, was auch zu geringerer Transparenz bezüglich Herkunft und Produktionsbedingungen führen würde (B10, Z. 436f.). Aus Sicht der Consumer Social Responsibility stellt sich hier ein Dilemma: Obwohl Konsument*innen moralisch motiviert handeln wollen, wird durch globale Marktmechanismen die Transparenz erschwert und eine ethisch fundierte Entscheidung beeinträchtigt (Klink-Lehmann et al., 2022, S. 4). Dieses Spannungsfeld kann die Umsetzung nachhaltiger Konsumententscheidungen erheblich erschweren.

Ein weiterer kritischer Aspekt, der in der Literatur nicht erwähnt, von den Befragten jedoch besonders hervorgehoben wurde, betrifft die möglichen negativen Auswirkungen einer Ökosteuer auf Fleisch auf das Tierwohl. Sollte Fleisch durch eine Steuer teurer werden und es gleichzeitig nicht gelingen, den Fleischkonsum insgesamt zu reduzieren, könnten Verbraucher*innen, die bislang höherpreisiges Bio-Fleisch bevorzugten, aus Kostengründen verstärkt zu günstigeren Alternativen mit geringeren Tierwohlstandards greifen (B8, Z. 510; B10, Z. 490–495). In der Konsequenz würde eine Ökosteuer auf Fleisch unter Umständen nicht zu einer Verbesserung, sondern sogar zu einer Verschlechterung der Bedingungen für Nutztiere führen. Die folgende Aussage verdeutlicht diesen Punkt exemplarisch:

„Ähm ich könnte mir auch vorstellen, [...] dass die Leute auf das Billigfleisch wieder mehr zurückgreifen. [...] Weil das Fleisch möchte ich kaufen, aber ich kauf dann das günstige. [...] Das ist einerseits für die TIERE nicht gut, weil dann stärke ich wieder die Produktion, die die Tierschutzstandards oder die, die diese ähm diese Zertifizierungsstandards nicht einhält und dann ähm/ (.) Und ich glaube auch, dass es gesundheitlich für die Leute nicht gut ist. [...] Ist die Frage, wie sehr sich das/ wie es dann/ ob dann wirk/ ob dann nur VERLAGERT wird auf das Billigfleisch oder ob dann wirklich INSGESAMT weniger Fleisch gekauft wird.“ (B9, Z. 424-440)

Gleichzeitig könnte dies jedoch dazu führen, dass vermehrt Massentierhaltung praktiziert wird, da Landwirt*innen und Produzent*innen gezwungen sind, ihre Produktion zu skalieren und somit mehr Nutztiere auf gleicher Fläche zu halten, um den wirtschaftlichen Druck auszugleichen (B8, Z. 508). Folglich könnten unbeabsichtigte Nebeneffekte entstehen, die nicht nur den ursprünglichen Zielen der Ökosteuer auf Fleisch widersprechen, sondern im schlimmsten Fall sogar kontraproduktiv wirken. Aus utilitaristischer Perspektive wäre eine solche Entwicklung besonders problematisch, da die Maßnahme nicht das erreichen würde, was sie normativ rechtfertigen soll. Statt zur Maximierung des kollektiven Wohls und zur Minimierung von Leid beizutragen, würde sie im Gegenteil möglicherweise zusätzlichen Schaden verursachen (Bentham & Mill, 2004, S. 1820f.).

Daraus lässt sich schließen, dass die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch potenziell negative Folgen für das Tierwohl nach sich ziehen und bestehende ökologische Problematiken zusätzlich verschärfen könnte. Hierbei entsteht ein paradoxes Spannungsverhältnis: Während die Ökosteuer darauf abzielt, umweltbelastende Auswirkungen des Fleischkonsums zu reduzieren, könnten in der Praxis unbeabsichtigte Folgeeffekte auftreten, die diesen Zielsetzungen entgegenlaufen und die ökologische Gesamtsituation weiter verschlechtern.

Besonders hervorzuheben ist, dass die Diskussion über Ernährungsgewohnheiten ein sensibles Thema darstellt, da sie tief in den persönlichen Lebensstil eingebettet sind (Bendz et al., 2023, S. 2). Der Fleischkonsum dürfte stark mit der Kultur, Identität und den persönlichen Gewohnheiten zusammenhängen, weshalb Menschen häufig einen emotionalen Zugang dazu haben. Vielen Menschen fällt es schwer, ihr Konsumverhalten zu verändern, selbst wenn sie sich der ökologischen Konsequenzen bewusst sind. Dies wird auch bei der Reflexion über das eigene nachhaltige Verhalten sichtbar. Vegetarier*innen können oft leichter über Klimaschutzaspekte sprechen, da sie durch ihre Entscheidung, auf Fleisch zu verzichten, bereits einen klimaschonenderen Lebensstil praktizieren. Im Gegensatz dazu scheinen einige Befragte mit hohem Fleischkonsum vereinzelt kognitive Dissonanz (Festinger, 1957, S. 1ff.) zu erleben. Diese Diskrepanz wird auch in direkten Aussagen der Befragten sichtbar. Auf die Frage, wie wichtig Klimaschutz und Nachhaltigkeit für sie persönlich seien und wie sich dies in ihren Gewohnheiten äußere, antwortete beispielsweise eine fleischkonsumierende Interviewperson:

„Also wenn ich ehrlich bin, nicht wirklich sehr, was halt problematisch ist, ich weiß.“ (B2, Z. 246f.)

Diese Aussage lässt sich als Ausdruck einer reflektierten Form kognitiver Dissonanz interpretieren. Eine solche Reaktion konnte auch experimentell nachgewiesen werden: In einer Studie von Weingarten und Lagerkvist (2023, S. 1ff.) zeigte sich, dass kognitive Dissonanz gezielt durch visuelle oder textbasierte Informationsreize ausgelöst werden kann. Teilnehmer*innen, die beispielsweise Bilder lebender Tiere in direktem Zusammenhang mit Fleischprodukten sahen oder mit gesundheitlichen Warnhinweisen konfrontiert wurden, entschieden sich signifikant häufiger für vegetarische Alternativen. Die Ergebnisse machen deutlich, dass nicht allein die Informationsvermittlung, sondern vor allem das bewusste Aufdecken innerer Widersprüche zu einer Veränderung im Ernährungsverhalten beitragen kann. Daraus ergeben sich praxisrelevante Implikationen für gesundheits- und umweltbezogene Kommunikationsstrategien.

Ergänzend bietet die Theorie der ConSR einen weiteren analytischen Rahmen zur Interpretation dieses Spannungsverhältnisses. ConSR beschreibt die moralische Verantwortung von Konsument*innen, ihr Verhalten nicht nur an persönlichen Vorlieben, sondern auch an gesellschaftlichen und ökologischen Folgen auszurichten (Caruana & Chatzidakis, 2014, S. 578; Vitell, 2015, S. 768). Damit dieser Anspruch tatsächlich handlungsleitend werden kann, müssen Konsument*innen ihr Verhalten als wirksam erleben und sich selbst als aktive, verantwortliche Akteure verstehen (Thøgersen, 2005, S. 145ff.).

Genau an diesem Punkt setzen mehrere der befragten Personen an: Zwar wird ein Problembewusstsein formuliert, doch gleichzeitig wird die Verantwortung auf strukturelle Bedingungen verschoben, etwa auf politische Untätigkeit oder die privilegierte Position einkommensstarker Gruppen. Durch diese Verschiebung wird das eigene Konsumverhalten entlastet, während die moralische Verantwortung anderen Akteuren zugeschrieben wird. Diese Unzufriedenheit mit isolierten Maßnahmen lässt sich auch als Ausdruck einer Strategie zur Reduktion kognitiver Dissonanz deuten: Statt das eigene Verhalten kritisch zu reflektieren, richtet sich der Fokus auf systemische Defizite. Diese Form der Kritik bietet eine kognitive Entlastung, kann jedoch die Motivation zur Verhaltensänderung erheblich verringern (Festinger, 1957, S. 1ff.).

Diese Externalisierung stellt eine Strategie dar, um die durch kognitive Dissonanz verursachte Spannung zu reduzieren, ohne das eigene Verhalten grundlegend hinterfragen oder verändern zu müssen. Das individuelle Konsumverhalten wird dadurch entproblematisiert, während die moralische Last auf andere, etwa Unternehmen oder sogenannte Superverdiener, übertragen wird. Es entsteht ein ethischer Rückzug, bei dem Nachhaltigkeit zwar befürwortet wird, konkrete Handlungsveränderungen jedoch ausbleiben.

Im Laufe der Zeit und mit zunehmender Reflexion möglicher Nachteile fällt es den Befragten leichter, die Vorteile für Umwelt, Tierwelt und Gesundheit zu relativieren. Dies gilt insbesondere dann, wenn sozialkritische Argumente in den Vordergrund treten. Zwar wird die grundsätzliche Notwendigkeit klimaschützender Maßnahmen weiterhin befürwortet, doch gleichzeitig wird eine zunehmende Skepsis gegenüber der konkreten Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch deutlich, wie die weiteren Ergebnisse zeigen.

4.4 Zwei ethische Ansätze im Spannungsfeld zwischen Tierwohl und Umweltschutz

Die Bewertung einer Ökosteuer auf Fleisch wird stark von den ethischen Grundüberzeugungen der befragten Personen beeinflusst. Besonders deutlich wird dies in der Unterscheidung zwischen tierethisch und umweltethisch motivierten Perspektiven. Je nachdem, ob das Tierwohl oder der Klimaschutz im Vordergrund steht, variieren die Kriterien, nach denen eine Besteuerung als gerecht oder sinnvoll erachtet wird. Während tierethisch motivierte Personen insbesondere Haltungsformen und Tierleid in den Fokus rücken, sehen umweltethisch orientierte Befragte vorrangig den CO₂-Ausstoß als Maßstab für eine differenzierte Steuerhöhe. Die jeweiligen ethischen Motive strukturieren dabei nicht nur die Zustimmung zur Maßnahme selbst, sondern auch deren konkrete Ausgestaltung, Legitimität und soziale Tragfähigkeit. In den folgenden Abschnitten wird daher analysiert, wie diese beiden ethischen Grundhaltungen – vertreten durch den

Utilitarismus und Rawls' Gerechtigkeitstheorie – die Wahrnehmung und Bewertung der Ökosteuer auf Fleisch prägen. Dabei wird insbesondere der Zielkonflikt zwischen ökologischen Effekten und sozialer Fairness sichtbar, der sich in den Argumentationen der Interviewten vielfach widerspiegelt.

4.4.1 Moralische Motivation als ethische Bewertungsgrundlage

Einen zentralen Faktor für die Wahrnehmung der Ökosteuer auf Fleisch stellt das ethische Motiv eines Individuums dar. All jene, für die das Wohlbefinden der Tiere und deren Daseinsberechtigung wesentlich ist, insbesondere die befragten Vegetarier*innen, begrüßen eine Ökosteuer auf Fleisch und kommen überwiegend zu dem Schluss, dass eine Ökosteuer auf Fleisch gleichzeitig das Tierwohl verbessern könnte (B10, Z. 112f.).

Diese Einschätzung steht in engem Zusammenhang mit der in Kapitel 2.3.1 dargestellten Tierethik, die den moralischen Status von Tieren als leidensfähige Wesen hervorhebt. Wie dort erläutert, wird aus utilitaristischer Perspektive gefordert, Tierleid zu vermeiden und Tiere als Mitglieder einer moralischen Gemeinschaft anzuerkennen (Bohrmann, 2018, S. 342). Die Zustimmung zu einer Ökosteuer auf Fleisch aus tierethischen Beweggründen kann somit als Ausdruck einer werteorientierten Haltung verstanden werden, die die ethische Verantwortung des Menschen gegenüber Tieren in den Mittelpunkt stellt.

Dass das Tier als Lebewesen in der gegenwärtigen Fleischindustrie kaum mehr wertgeschätzt wird, wird als unethisch und nicht zeitgemäß betrachtet (B4, Z. 25-27). Eine vegetarische Interviewperson betont:

„Aber diese Massenproduktionen und Massentierhaltung, das ist für mich ABSOLUT katastrophal und TOTAL unzeitgemäß und also (..) da bin ich überhaupt nicht dabei. Und wenn man dann sagt, okay, das Biofleisch hat eine niedrigere Ökosteuer zum Beispiel oder so und und die Massentierhaltung wird GANZ ARG besteuert, keine Ahnung, aber dass es auf jeden Fall irgendwie in Bahnen gelenkt wird, wo man sagt, es geht auch um das Tierwohl, ge.“ (B4, Z.25-30).

Während Vegetarier*innen, die aus tierethischen Gründen auf Fleisch verzichten, solch eine Steuer tendenziell positiv wahrnehmen, äußern jene Vegetarier*innen, deren Fleischverzicht primär umweltethisch motiviert ist, durchaus Bedenken gegenüber der Ökosteuer. Die dabei formulierten Bedenken hinsichtlich der sozialen Verträglichkeit spiegeln zentrale Überlegungen aus Kapitel 2.3.4 zur Gerechtigkeitstheorie von John Rawls wider. Dort wurde hervorgehoben, dass politische Maßnahmen vor allem jenen zugutekommen sollen, die strukturell benachteiligt sind. Die Kritik der umweltethisch

motivierten Vegetarier*innen an einer möglichen sozialen Unfairness steht somit im Einklang mit dem Differenzprinzip. Dieses fordert, dass bestehende soziale Ungleichheiten nicht verschärft, sondern durch gezielte Ausgleichsmaßnahmen reduziert werden sollen (Rawls, 1973, S. 247ff.).

Dies könnte schließlich auf die beiden unterschiedlichen Motive zurückzuführen sein. Vegetarische Personen, deren Motiv Tierwohl und Tierethik ist, sehen möglicherweise in der Ökosteuer auf Fleisch eine Symbolwirkung und Unterstützung ihrer ethischen Haltung. Die befragten tierethisch motivierten Vegetarier*innen konsumieren seit vielen Jahren kein Fleisch und sehen daher keine Notwendigkeit mehr für andere, Fleisch zu konsumieren:

„Es gibt so viele Alternativen ähm zu Proteinquellen. Also Fleisch ist wirklich nicht mehr notwendig.“ (B1, Z. 127f.)

„Ich meine, ich muss ehrlich sagen, ich bin auch groß geworden, ich bin auch gut gewachsen, ähm ich bin gesund, meine Blutwerte sind gut. (lachen) Ich bin ein gutes Beispiel dafür und ich habe wirklich mit vier oder fünf aufgehört, Fleisch zu essen und davor halt auch sehr reduziert. Auch in meiner Zeit als Veganerin war ich gesund. Ähm man muss halt wissen, was man dann vielleicht supplementiert.“ (B1, Z. 342-346)

Demgegenüber zeigen sich Vegetarier*innen mit umweltethischer Motivation skeptischer. Sie äußern Zweifel hinsichtlich der tatsächlichen Wirksamkeit einer Ökosteuer auf Fleisch im Hinblick auf ökologische Ziele sowie hinsichtlich ihrer sozialen Verträglichkeit, da Fleisch für bestimmte Bevölkerungsgruppen weiterhin als notwendig erachtet wird (B3, Z. 144-154; B5, Z. 342-344). Für den Großteil der Befragten vorherrschend bleibt der ökologische Effekt, während das Tierwohl dabei einen angenehmen Nebeneffekt darstellt (B3, Z. 432-435).

Abschließend wird aus den vorliegenden Ergebnissen deutlich, dass sämtliche Vegetarier*innen eine Ökosteuer auf Fleisch für notwendig erachten. Dabei betonen die tierethisch motivierten Vegetarier*innen vorrangig die positiven Auswirkungen auf das Tierwohl, während die klimaethisch motivierten Vegetarier*innen vor allem auf die ökologischen Vorteile verweisen. Diese unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen deuten darauf hin, dass die jeweilige Argumentation maßgeblich von individuellen Werten, Überzeugungen und ethischen Positionen beeinflusst wird. Personen mit hohem Fleischkonsum tendieren zwar ebenfalls dazu, eine Ökosteuer als sinnvoll zu erachten, doch lassen sich Effekte sozialer Erwünschtheit nicht ausschließen.

Daran anknüpfend lässt sich feststellen, dass die Bewertung der sozialen Fairness stark davon abhängt, ob Fleisch als Grundnahrungsmittel eingestuft wird oder nicht. Ein Teil der Befragten argumentiert, dass Fleisch zwar historisch gesehen ein Grundnahrungsmittel war, es inzwischen jedoch gute pflanzliche Alternativen gibt, die einen Konsum tierischer Produkte nicht länger zwingend notwendig machen. Diese Gruppe vertritt daher die Ansicht, dass eine Steuer nicht zwangsläufig zu einer sozialen Benachteiligung führt, solange ausreichend Alternativen zur Verfügung stehen (B1, Z. 408-419). Im Gegensatz dazu sehen andere Fleisch nach wie vor als wesentlichen Bestandteil der Ernährung an und bewerten eine Ökosteuer als einen starken Eingriff in persönliche Konsumgewohnheiten (B6, Z. 251-254, B9, Z. 197f.). Ihrer Meinung nach sollte Fleisch durch eine solche Steuer nicht zu einem Luxusgut werden (B6, Z. 122f.).

Wie im 3-Säulen-Konzept (Weller et al., 2012, S. 3) bereits angenommen wird, entsteht hierdurch ein Zielkonflikt zwischen ökologischen und sozialen Zielen:

„Genau und das meine ich, ähm im Verteilungs/ dass es einen Ver/ Verteilungseffekt hat, nämlich dass ich ein Grundnahrungsmittel teurer mache. Und wenn ich ein Grundnahrungsmittel teurer mache und ich weiß, dass einkommensschwache Haushalte proportionell MEHR ausgeben für Grundnahrungsmittel, [...] dann ähm (.) ja, dann glaube ich muss man darüber nachdenken, ob das politisch gewünscht ist. Ja, also es stehen glaube ich so ein bisschen diese zwei, wenn ich es jetzt grob formulieren würde, diese zwei gegenteiligen Effekte, einmal etwas Soziales, aber einmal etwas Ökologisches entgegen.“ (B3, 149-156)

Im Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit Modell stehen ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit gleichberechtigt nebeneinander. Konflikte entstehen insbesondere dann, wenn Maßnahmen zwar ökologische Ziele unterstützen, jedoch soziale Gruppen finanziell stärker belasten. Genau dieses Spannungsfeld zwischen Umweltverantwortung und sozialer Gerechtigkeit wird auch in den Aussagen der Befragten sichtbar. Pufé (2014, S. 104) betont in diesem Zusammenhang, dass eine nachhaltige Entwicklung nur dann gelingen kann, wenn keine der drei Dimensionen isoliert betrachtet, sondern eine integrierte Perspektive eingenommen wird.

Die Auffassung, dass Fleisch nicht länger ein Grundnahrungsmittel darstellt, wird erneut vor allem von tierethisch motivierten Vegetarier*innen vertreten. Demgegenüber betrachten jene Personen mit hohem Fleischkonsum Fleisch weiterhin als essenziellen Bestandteil der Ernährung, der insbesondere für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen finanziell leistbar bleiben sollte. Selbst jene Vegetarier*innen, die aus ökologischen Gründen auf Fleisch verzichten, befürworten zwar grundsätzlich eine Ökosteuer

auf Fleisch im Sinne der Klimagerechtigkeit, äußern jedoch zugleich Zweifel an der sozialen Fairness und Gerechtigkeit einer solchen Steuer. In Bezug auf Personen mit hohem Fleischkonsum, die Fleisch nach wie vor als Grundnahrungsmittel einstufen und eine Ökosteuer daher als sozial ungerecht beurteilen, lässt sich nicht ausschließen, dass diese Wahrnehmung dadurch beeinflusst ist, dass sie selbst unmittelbar von der Steuer betroffen wären. Dass auch ökologisch motivierte Vegetarier*innen einen ausgeprägten sozialen Fokus hinsichtlich der Ökosteuer erkennen, könnte darin begründet sein, dass ihre Entscheidung, aus ökologischen Gründen auf Fleisch zu verzichten, bereits an sich eine soziale Dimension beinhaltet. Die Essenz hinter dem Gedanken, aus ökologischen Aspekten auf Fleisch zu verzichten, ist nämlich, dass man *„auch noch eine Zukunft hinterlässt für die nächsten Generationen“* (B2, Z. 9), was in jedem Fall eine soziale Komponente aufweist.

Es wird deutlich, dass die Wahrnehmung über die Gerechtigkeit einer solchen Steuer maßgeblich davon abhängt, *„was für ein Fairnessempfinden man hat“* (B10, Z. 551). Die Wahrnehmung der Fairness divergiert in zwei Richtungen. Diese kontrastierenden Gerechtigkeitswahrnehmungen lassen sich systematisch anhand zweier normativer Theorien einordnen: dem Utilitarismus und Rawls' Theorie der Gerechtigkeit. Befragte, die utilitaristischen Überlegungen folgen, stellen insbesondere den gesellschaftlichen Gesamtnutzen und globale Klimagerechtigkeit in den Vordergrund (Nasher, 2009, S. 13). Demgegenüber betonen andere stärker die Notwendigkeit sozialer Ausgleichsmechanismen und einer gerechten Lastenverteilung. In Anlehnung an Rawls wird gefordert, dass politische Maßnahmen so ausgestaltet sein müssen, dass sie vor allem sozial benachteiligten Gruppen zugutekommen (Rawls, 1973, S. 60ff.). Die Interviews verdeutlichen eindrücklich, wie sehr ethische Grundhaltungen die Bewertung einer ökologischen Steuermaßnahme prägen.

Vor allem tierethisch orientierte Vegetarier*innen sowie Personen mit stark ausgeprägtem Klimabewusstsein vertreten dabei einen utilitaristischen Ansatz. Dabei steht die Klimagerechtigkeit im Vordergrund mit der Begründung, dass letztlich alle Menschen gleichermaßen von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen seien. Aus dieser Perspektive wird eine ökologische Steuer auf Fleisch als moralisch gerechtfertigt angesehen, da dadurch der Gesamtnutzen erhöht beziehungsweise das Gesamtleid verringert (Nasher, 2009, S. 13) und somit die Folgen des Klimawandels abgemildert werden können. Demgegenüber orientiert sich die Mehrheit an der Gerechtigkeitstheorie von Rawls, wonach politische Maßnahmen so gestaltet sein sollen, dass sie allen Bürger*innen zugutekommen. Insbesondere benachteiligte gesellschaftliche Gruppen sowie

einkommensschwache Individuen sollen gezielt unterstützt und keinesfalls benachteiligt werden. Bestehen soziale Ungleichheiten in den Ausgangsbedingungen, ist es die Aufgabe des Staates, diese Unterschiede auszugleichen und Chancengleichheit zu gewährleisten. Zumal es nur ein Zufall ist, wer mit welchen Privilegien geboren wird, sind keine Ungleichheiten gerechtfertigt. Daraus resultiert die moralische Verpflichtung der Gesellschaft, benachteiligten Gruppen gleiche Chancen zu eröffnen und deren Lebenssituation aktiv zu verbessern (Rawls, 1973, S. 247ff.). Die Wahrnehmung der Fairness einer Ökosteuer auf Fleisch lässt sich somit in zwei kontrastierende Perspektiven unterteilen. Auf der einen Seite stehen Befürworter*innen eines utilitaristischen Ansatzes, für die Klimagerechtigkeit und das Allgemeinwohl prioritär sind. Auf der anderen Seite befinden sich jene, die soziale Gerechtigkeit kritisch hinterfragen und deren Argumentation stärker mit der Gerechtigkeitstheorie von Rawls übereinstimmt.

4.4.2 Dominanz des Rawls'schen Ansatzes: soziale Ungerechtigkeit statt ökologischer Vorteile

Einen zentralen Aspekt in der Wahrnehmung einer Ökosteuer auf Fleisch stellen ethische Bedenken hinsichtlich ihrer sozialen Gerechtigkeit dar. Die Einführung einer solchen Steuer berührt ein emotionales Thema, denn Ernährung „*rührt halt an ein Grundbedürfnis*“ (B9, Z. 499). Auch der Fleischkonsum ist für viele ein sensibles Thema, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Österreich im internationalen Vergleich – etwa gegenüber Ländern wie Indien – einen relativ hohen Fleischverbrauch aufweist (B2, Z. 410-416). Eine Interviewperson verdeutlichte:

„Ich finde Lebensmittel generell halt sind wahrscheinlich ein sensiblerer ähm Bereich, weil also ich, ich kann leben, ohne (.) drei Jahre zu fliegen. Ähm wenn ich mir Lebensmittel schwerer leisten kann, dann, dann ist das ein großes Problem.“
(B6, 278-280)

Da Fleisch bereits jetzt ein vergleichsweise teures Produkt ist, wird die Fairness einer weiteren Verteuerung durch eine Ökosteuer kritisch beurteilt. So trifft der angestrebte Lenkungseffekt der Steuer vor allem einkommensschwache Haushalte, während einkommensstärkere Gruppen ihren Fleischkonsum weitgehend unverändert fortsetzen können und somit nur in geringem Maße betroffen wären (B2, Z. 127-136). Nachfolgend wird die bestehende Skepsis hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit weiter ausgeführt. Insbesondere wird untersucht, welche gesellschaftlichen Gruppen durch eine Ökosteuer auf Fleisch besonders benachteiligt werden könnten und inwiefern es gerechtfertigt erscheint, ein Nahrungsmittel wie Fleisch zu besteuern.

Im Zentrum der Diskussion um die soziale Gerechtigkeit steht die Befürchtung, dass eine Ökosteuer auf Fleisch die Entstehung einer Mehrklassengesellschaft fördern könnte. Einkommensschwächere Haushalte werden proportional betrachtet einen größeren Anteil ihres Einkommens für Grundbedürfnisse wie Lebensmittel, Miete und andere existenzielle Ausgaben auf (B3, Z. 151-154). Angesichts des zeitlichen Handlungsdrucks wird argumentiert, dass eine deutliche Steuerhöhe notwendig sei, um einen effektiven Lenkungseffekt zu erzielen und somit den Fleischkonsum wirksam zu reduzieren (B3, Z. 368-371). Dies impliziert, dass einkommensschwächere Haushalte „ihren ganzen Lohn quasi für Güterausgaben oder Konsumausgaben“ (B2, Z.155) aufwenden müssen und dementsprechend weniger finanzielle Mittel für andere Ausgaben verbleiben. Infolgedessen könnte sich die Vermögensschere weiter öffnen (B3, Z. 340-342). Auch in der Literatur wird diese Problematik bereits beschrieben. Während einige Studien und Forschende die Einführung von Ökosteuern befürworten, weisen andere darauf hin, dass diese Form der Besteuerung soziale Ungleichheiten verstärken könnte. Laut Fremstad & Paul (2019, S. 88) trifft eine CO₂-Steuer einkommensschwache Haushalte besonders stark, da diese im Vergleich zu einkommensstärkeren Haushalten einen größeren Anteil ihres Einkommens für emissionsintensive Produkte und Dienstleistungen aufwenden müssen. Die Ökosteuer auf Fleisch könnte regressiv wirken und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen zusätzlich belasten, sofern die daraus generierten Einnahmen nicht gezielt zur Kompensation in anderen Steuerbereichen eingesetzt werden (Säll, 2018, S. 151). Aus Sicht der Gerechtigkeitstheorie von Rawls wäre eine solche Maßnahme nur dann legitim, wenn sie keine negativen Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse sozioökonomisch benachteiligter Gruppen hätte. Nach dem Differenzprinzip müssen politische Maßnahmen darauf ausgerichtet sein, gerade diesen Gruppen zugutezukommen. Eine Ökosteuer auf Fleisch wäre demnach nur dann mit Rawls' Theorie vereinbar, wenn die Steuerlast durch gezielte Umverteilung ausgeglichen würde – insbesondere zugunsten jener, die überdurchschnittlich stark betroffen sind (Sugin, 2004, S. 1999ff.).

Die kritische Haltung der Befragten gegenüber der potenziell regressiven Wirkung der Steuer kann daher als Ausdruck eines Gerechtigkeitsverständnisses interpretiert werden, das sich an Rawls' Forderung nach Chancengleichheit und gezielter Unterstützung strukturell benachteiligter Bevölkerungsgruppen orientiert (Rawls, 1973, S. 60ff.). Insbesondere in Zeiten steigender Lebenshaltungs- und Lebensmittelkosten erscheint es kritisch, Fleisch, dessen Preis bereits relativ hoch ist, durch eine Steuer zusätzlich zu verteuern (B5, Z. 407-412). Weiterhin wird hinterfragt, ob jene Personen, die durch eine Ökosteuer auf Fleisch betroffen wären, tatsächlich auch die Zielgruppe darstellen, die

mit dieser Steuer erreicht werden soll (B6, Z. 141f.). Der intendierte Lenkungseffekt würde sich tendenziell stärker auf einkommensschwächere Haushalte auswirken, da eine pauschale Ökosteuer auf Fleisch zwar absolut gesehen alle Verbraucher*innen gleichermaßen trifft, relativ jedoch zu einer höheren Belastung einkommensschwacher Haushalte führt (B3, Z. 657; B7, Z. 568-571). Gleichzeitig sei zu berücksichtigen, dass Menschen mit höherem Einkommen häufig einen größeren CO₂-Fußabdruck aufweisen. Der Fleischkonsum bei dieser Einkommensgruppe nimmt einen vergleichsweise geringeren Anteil an ihren gesamten Konsumausgaben ein, weshalb die relative finanzielle Belastung für einkommensstärkere Haushalte weniger spürbar ist als für Haushalte mit geringerem Einkommen, was die Zielgenauigkeit einer solchen Steuermaßnahme aus Sicht der sozialen Gerechtigkeit in Frage stellt. Eine Interviewperson weist in diesem Kontext auf einen weiteren relevanten Gerechtigkeitsaspekt hin:

„Ich meine Leute, die nicht viel Geld haben, warum muss ich die ähm jetzt mit ethischen Fragen konfrontieren? Die haben andere Probleme.“ (B3, Z. 621-623)

„Ähm dann finde ich es umso problematischer, wenn man sagt, ähm ich/ jemand, der, weiß ich nicht, 15 Euro pro Tag hat, auszugeben, wieso muss sich die Person darüber Gedanken machen, wie die Großproduktion produziert. Ich glaube nicht, dass das auch deren (.) Aufgabe ist. Ich glaube, Leute, die in so einer Situation sind, haben andere Probleme.“ (B3, Z. 637-641)

Diese Aussage kann als Ausdruck eines ethischen Spannungsfelds zwischen moralischer Verantwortung und sozialer Zumutbarkeit verstanden werden. Die Befragte macht deutlich, dass nicht allen gesellschaftlichen Gruppen im gleichen Maße zugemutet werden kann, ihr Konsumverhalten ethisch zu reflektieren, insbesondere dann nicht, wenn sie mit existenziellen finanziellen Belastungen konfrontiert sind. Diese Haltung entspricht der theoretischen Annahme, dass moralische Urteilsfähigkeit immer auch von sozialen Voraussetzungen abhängig ist und dass fehlende Handlungsalternativen die moralische Handlungskompetenz einschränken können (Werner, 2021a, S. 6f.).

Vor diesem Hintergrund erscheint es problematisch, wenn eine Steuer unabhängig von der sozialen Lage einheitlich erhoben wird. Die Aussage verdeutlicht ein ausgeprägtes Verständnis für Personen in prekären Lebensverhältnissen, denen es faktisch nicht möglich ist, nachhaltiges oder klimafreundliches Verhalten zu priorisieren. Eine Ökosteuer auf Fleisch, die ohne entsprechende Ausgleichsmaßnahmen eingeführt wird, könnte somit ethisch bedenklich sein. Umso mehr gilt dies, wenn diejenigen am stärksten belastet würden, die ohnehin nur über geringe finanzielle Ressourcen verfügen. Eine solche

Maßnahme müsste aus Gerechtigkeitsperspektive zwingend mit einer sozialen Entlastung der besonders betroffenen Gruppen verbunden werden.

Ein weiteres zentrales Element bei der Diskussion ethischer Bedenken stellt die Betroffenheit von Gastronom*innen, Landwirt*innen und Fleischproduzent*innen dar. Dabei wird argumentiert, dass insbesondere Landwirt*innen und bäuerliche Betriebe die ökonomischen Auswirkungen unmittelbar spüren und infolgedessen sogar ihren Beruf verlieren könnten (B1, Z. 558-562), wenn ein Umsatzrückgang den wirtschaftlichen Fortbestand ihrer Betriebe gefährdet (B6, Z. 325f.). Dies könnte wiederum eine Tendenz zur Marktmonopolisierung begünstigen (B8, Z. 559-561), von der kleinere landwirtschaftliche Betriebe sowie Bio-Bauernhöfe unverhältnismäßig stark betroffen wären, da diese aufgrund ihrer kleineren Skalierung weniger wettbewerbsfähig gegenüber größeren Betrieben wären (B8, Z. 485-487).

In Kapitel 2.2.3 wurde dargestellt, dass Pigou-Steuern zwar zur Internalisierung externer Kosten beitragen, jedoch unbeabsichtigte Marktverzerrungen erzeugen können, wenn flankierende Maßnahmen fehlen. Die von den Interviewpersonen befürchtete Benachteiligung kleinerer Betriebe lässt sich als Ausdruck dieser Problematik deuten: Ohne sozial ausgewogene Entlastung könnten marktwirtschaftliche Ungleichgewichte verstärkt werden (Stephan et al., 2003, S. 21). Größere Unternehmen könnten ihre Marktmacht dazu nutzen, Preise zu drücken und somit kleinere Marktteilnehmer*innen vom Wettbewerb auszuschließen (B3, Z. 716f.). Besonders kritisch wird angemerkt, dass Bio-Landwirt*innen, welche erhöhte Standards in Bezug auf Tierschutz und artgerechte Haltung erfüllen und deshalb höhere Kosten haben, ebenfalls vom Markt verdrängt werden könnten (B10, Z. 560-562).

Aufgrund dieser Problematik wird eine sozial gerechte Ausgestaltung der Ökosteuer gefordert. Die Bewertung der Ökosteuer auf Fleisch dürfte nämlich stark davon abhängig sein, wie benachteiligend diese wahrgenommen wird und welche Entlastungsmaßnahmen getroffen werden. Es entsteht der Eindruck, dass soziale Gerechtigkeit überwiegend als berechtigter Einwand gegen die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch vorgebracht wird. Gleichzeitig wird jedoch vereinzelt erkennbar, dass Argumente der sozialen Ungerechtigkeit auch als vorgeschobener Grund genutzt werden könnten, um eine persönliche Ablehnung dieser Steuer zu kaschieren. Im Folgenden wird dieser Aspekt dargestellt:

B6: „Und ähm (..) dann, dann ist ja die Frage, ähm (..) soll es ein Luxusprodukt werden? (..) Dann, dann würde ich eher Nein sagen. (..)“

I: Okay, warum? (..)“

B6: *Ähm (...) weil ich es gerne esse. (lachen)*“ (B6, Z. 122-125)

Überwiegend wird die Benachteiligung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen jedoch als legitimer Grund vorgetragen. Subjektive Wahrnehmungen zur Gerechtigkeit der Steuer beeinflussen maßgeblich, wie positiv oder negativ diese Maßnahmen wahrgenommen wird. Das Argument zur Gerechtigkeit erfüllt dabei eine Doppelfunktion. Die Ungerechtigkeit wird demnach überwiegend als legitimes Gegenargument hervorgebracht und gleichzeitig strategisch instrumentalisiert, um eine individuell motivierte Ablehnung zu tarnen. In der öffentlichen Debatte kann nicht immer trennscharf zwischen tatsächlichen ethischen Bedenken und vorgeschobenen Gegenargumenten unterschieden werden. Die Forderung nach einer sozialen Kompensation zeigt aber, dass die Ökosteuer auf Fleisch nicht isoliert als ökologisches Instrument betrachtet werden soll, sondern in einem sozial-ökologischen Kontext eingebettet werden muss. Im Hinblick auf eine faire Gestaltung, insbesondere zugunsten der Landwirt*innen, wären Umschulungen für einen anderen Beruf oder finanzielle Hilfe, um eine neue Lebensgrundlage zu schaffen, denkbar. Diese könnten beispielsweise durch die Einnahmen der Steuer finanziert werden (B1, Z. 563-568). Auch eine Entlastung der einkommensschwachen Haushalte durch Steuereinnahmen, wie ein *„Fleischbonus analog zum Klimabonus“* (B9, Z. 475f.) könnte die Wahrnehmung zur Fairness positiv beeinflussen (B5, Z. 480-484).

Ein weiteres relevantes Ergebnis stellt die Debatte hinsichtlich der Verwendung der Steuereinnahmen dar. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass eine positivere Resonanz zu erwarten ist, wenn die Steuereinnahmen nicht in den allgemeinen Staatshaushalt einfließen, sondern zweckgebunden verwendet werden (B8, Z. 312f.). Die Meinungen bezüglich der Steuerverwendung divergieren dabei hauptsächlich in zwei Richtungen: Ein Teil der Befragten spricht sich für weitere Investitionen in ökologische Maßnahmen aus. Diese Vorgehensweise fällt unter den Begriff des in Kapitel 2.3.2 erläuterten Earmarkings und kann, wie Kallbekken und Sælen (2011, S. 2967) zuvor festgestellt haben, die öffentliche Unterstützung steigern. Demgegenüber äußert ein anderer Teil der Interviewpersonen ethische Bedenken bezüglich der sozialen Folgen einer Ökosteuer auf Fleisch und fordert dementsprechend Investitionen in soziale Maßnahmen, um sozial benachteiligte Gruppen aufzufangen. Modelle der Rückvergütung oder gezielte Formen sozialer Förderung tragen dabei nicht nur zur materiellen Entlastung bei, sondern könnten auch die gesellschaftliche Akzeptanz einer potenziell kontroversen Maßnahme wie der Ökosteuer auf Fleisch erhöhen.

Es ist erkennbar, dass jene, die eine Steuerverwendung für soziale Zwecke vorsehen, ihre Bewertung stark von der sozialen Ausrichtung der Steuer abhängig machen, wie in folgender Aussage festzustellen ist:

„Also ich glaube, wenn das eine REINE Ökosteuer im Sinne von Lenkungssteuer ist, OHNE irgendwie rückzukompensieren, wäre ich wahrscheinlich sehr kritisch, was die Einführung einer solchen betrifft.“ (B3, Z. 342-345)

Diese Haltung steht im Einklang mit Rawls' Theorie der Gerechtigkeit (S. 60 ff.), nach der politische Maßnahmen allen Bürger*innen gleichermaßen zugutekommen und insbesondere sozial benachteiligte Gruppen unterstützt werden sollten. Demnach liegt es in der Verantwortung des Staates, bestehende Ungleichheiten hinsichtlich sozialer Ausgangsbedingungen auszugleichen und somit Chancengleichheit zu gewährleisten. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich eine moralische Verpflichtung des Staates, benachteiligten Gruppen gleiche Chancen zu eröffnen und durch unterstützende Maßnahmen, finanziert durch die Einnahmen der benachteiligenden Steuer, aktiv zur Erleichterung ihrer sozialen Lage beizutragen.

Demgegenüber zeigen sich Befürworter*innen einer steuerlichen Verwendung für ökologische Maßnahmen weniger ablehnend gegenüber einer Ökosteuer auf Fleisch. Dies lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass die Ökosteuer bereits ökologische Ziele verfolgt und eine zusätzliche Zweckbindung der Steuereinnahmen für weitere Klimaschutzmaßnahmen als ergänzender positiver Effekt wahrgenommen wird. Selbst für diejenigen, die hinsichtlich der konkreten Verwendung der Steuereinnahmen indifferent sind, bleibt die Zweckbindung der Einnahmen jedoch ein entscheidender Aspekt (B9, Z. 324-332).

Im Rahmen der Diskussion über die soziale Gerechtigkeit einer Ökosteuer auf Fleisch wird deutlich, dass einige Befragte einen Mangel an angemessenen Alternativen als zentrales Problem betrachten. Insbesondere wird kritisiert, dass es nicht ausreichend geeignete fleischlose Alternativen gibt. Fleisch gilt für viele Menschen als sättigender und fester Bestandteil der Ernährung, weshalb eine Verteuerung als ungerecht empfunden wird, insbesondere für einkommensschwächere Haushalte, die dadurch ihren Fleischkonsum reduzieren müssten, ohne über adäquate Ersatzprodukte zu verfügen (B2, Z. 427-430; B3, Z. 623-525; B4, Z. 20-25). Zudem wird angeführt, dass die derzeit verfügbaren fleischlosen Alternativen vielfach nicht als vollwertiger Ersatz wahrgenommen werden und von einigen Personen sogar als unappetitlich empfunden werden. Selbst Vegetarier*innen können teilweise nachvollziehen, weshalb Produkte, die Fleisch imitieren sollen, nicht als vollwertiger Ersatz angesehen werden (B4, Z. 534-539). Eine mögliche Alternative stellt die partielle Substitution von Rindfleisch durch Pilze dar, da dies den Anteil des konsumierten Rindfleischs reduzieren würde, ohne eine signifikante geschmackliche Veränderung herbeizuführen (B4, Z. 479-483). Betont wird die Bedeutung pflanzlicher Alternativen, die nicht versuchen, Fleisch zu imitieren, sondern

eigenständige Produkte darstellen. Nur unter dieser Voraussetzung könnten solche Alternativen von der breiten Bevölkerung akzeptiert werden (B4, Z. 521-528).

Die Wahrnehmung der Alternativlosigkeit kann dazu führen, dass der Verzicht auf Fleisch als besonders schwierig erscheint. Die folgende Aussage veranschaulicht, dass das Vorhandensein attraktiver Alternativen jedoch eine entscheidende Rolle spielen könnte:

„Und prinzipiell muss ich auch zugeben, seit ich jetzt öffentlich besser angebunden bin, verwende ich auch öffentliche Verkehrsmittel um einiges mehr. [...] Seit ich gut öffentlich angebunden bin, stört es mich WENIGER, dass Autos teurer sind, jetzt auch im Sinne von Steuerbelastung. Wie ich noch weit am Land gewohnt habe, war es doch, muss ich sagen, SCHWER ohne Auto und da muss ich schon sagen, ähm trifft dich halt dann auch diese Steuerlast mehr. Und die, die Frage ist halt immer, welche Alternativen gibt es.“ (B7, Z. 36-43)

Diese Aussage verweist auf ein zentrales Prinzip, das auch Thøgersen (2005, S. 145ff.) betont: Moralisch intendiertes Konsumverhalten kann nur dann realisiert werden, wenn entsprechende Alternativen vorhanden, zugänglich und praktikabel sind. Fehlen diese Voraussetzungen, werden Maßnahmen selbst dann als ungerecht oder überfordernd empfunden, wenn sie grundsätzlich auf moralische Ziele ausgerichtet sind. Die Interviews bestätigen dieses Spannungsfeld und machen deutlich, dass eine ökologische Steuermaßnahme wie die Ökosteuer auf Fleisch nur dann als legitim wahrgenommen wird, wenn gleichzeitig sozialverträgliche Handlungsalternativen zur Verfügung stehen. Andernfalls droht eine Maßnahme, die eigentlich zur Verhaltensänderung anregen soll, als belastend und demotivierend wahrgenommen zu werden.

Obwohl sich diese Diskussion primär auf die Besteuerung im Verkehrssektor bezieht, zeigt sie dennoch, dass die Wahrnehmung und Akzeptanz einer Steuer maßgeblich davon abhängen, ob ausreichend Alternativen vorhanden sind. Alternativen sind somit nicht nur erforderlich, um die Ökosteuer auf Fleisch gerechter zu gestalten, sondern auch, um eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Insgesamt wird deutlich, dass das Argument der sozialen Benachteiligung das Hauptargument gegen eine Einführung darstellt. Argumentiert wird auch, „es wäre keine sachliche Gleichberechtigung“, wenn der Einkauf von Fleisch besteuert wird, jedoch nicht der Flugverkehr (B9, Z. 304-306). Anders als die Ernährung rühren Flugreisen nämlich nicht an ein Grundbedürfnis (B9, Z. 499). Da Fleisch in vielerlei Hinsicht weiterhin als Grundnahrungsmittel betrachtet wird, während Flugreisen als Luxusgut gelten, erscheint es aus dieser Perspektive logisch, zuerst den Flugverkehr ökologisch zu besteuern, bevor eine

entsprechende Maßnahme im Lebensmittelbereich ergriffen wird. Interessanterweise wird die Besteuerung anderer CO₂-intensiver Lebensmittel, wie beispielsweise der Ananas, weniger kritisch hinterfragt (B3, Z. 665-675). Dies lässt sich darauf zurückführen, dass Ananas ebenfalls als Luxusgut angesehen wird und nicht denselben Stellenwert in der alltäglichen Ernährung einnimmt wie Fleisch. Dies unterstreicht erneut, dass Fleisch nach wie vor die Stellung eines Grundnahrungsmittels einnimmt.

Der Auffassung, dass eine Ökosteuer auf Fleisch soziale Ungerechtigkeit verstärkt, steht eine konträre Perspektive gegenüber. Diese Haltung entspricht der in Kapitel 2.3.3 dargestellten utilitaristischen Perspektive, wonach das moralisch Richtige jenes Handeln ist, das den größtmöglichen Nutzen für die größtmögliche Anzahl an Menschen erzeugt. Aus dieser Perspektive wird die individuelle Belastung durch die Ökosteuer auf Fleisch relativiert, sofern sie dazu beiträgt, das kollektive Ziel – nämlich Klimaschutz und intergenerationale Gerechtigkeit – zu erreichen. Die Bereitschaft zum persönlichen Verzicht wird somit als moralisch geboten verstanden (Nasher, 2009, S. 13ff.). Hierbei tritt erneut der utilitaristische Gedanke in den Vordergrund, wonach die Ökosteuer dem Gemeinwohl diene und ja „*alle im gleichen Boot*“ (B4, Z. 691) säßen. In diesem Zusammenhang wird betont, man müsse „*zwischendurch über den eigenen Schatten springen*“ (B4, Z. 781) und Kompromisse eingehen, wenn wir „*unseren Kindern eine schöne Zukunft schenken wollen*“ (B4, Z. 778f.). Ein Befragter verneint die Existenz sozialer Ungleichheit durch eine Ökosteuer auf Fleisch sogar ausdrücklich:

„Ich finde, das ist eine Sache, die einfach in unserer Gesellschaft in ALLEN Aspekten ist. [...] Wir sind halt keine Kommunisten, sondern es gibt halt Leute, es ist vielleicht unfair, aber es gibt Leute, die mehr haben und Leute, die weniger haben.“ (B8, Z. 684-686)

Es wird hervorgehoben, dass es – wie in allen Bereichen des Lebens – letztlich eine Frage der Prioritätensetzung sei, wofür Individuen ihr Geld verwenden. In Fällen tatsächlicher Armut müsste dann der Staat intervenieren (B8, Z. 696-702). Es besteht somit ein Spannungsfeld zwischen zwei fundamentalen Wertvorstellungen. Die eine Position argumentiert, dass eine ökologische Steuer auf Fleisch ohne begleitende Entlastungsmaßnahmen soziale Ungleichheiten verstärken würde, die weder gerechtfertigt noch verhältnismäßig wären. Die gegenteilige Position hingegen geht davon aus, dass wirtschaftliche Disparitäten und ein Wohlstandsgefälle in einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft unvermeidbar sind und daher als gegeben akzeptiert werden. Letztlich verdeutlicht diese Debatte erneut, dass es sich um ein klassisches Dilemma handelt, wie es im Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit (Weller et al., 2012, S. 3) beschrieben wird.

Die Wahrnehmung und Bewertung dieser Problematik ist dabei maßgeblich von individuellen Gerechtigkeitsvorstellungen geprägt.

4.5 Informationsarbeit und Akzeptanz als politische Schlüsselaufgaben

Die gesellschaftliche Akzeptanz einer Ökosteuer auf Fleisch hängt nicht ausschließlich von ihrer ökologischen oder wirtschaftlichen Wirksamkeit ab, sondern in hohem Maße auch von kommunikativen und politischen Rahmenbedingungen. Eine Maßnahme dieser Eingriffsintensität berührt nicht nur individuelle Konsumgewohnheiten, sondern auch soziale Gerechtigkeitsvorstellungen, moralische Überzeugungen und Vertrauen in staatliches Handeln. Damit eine solche Steuer nicht als illegitim oder bevormundend wahrgenommen wird, ist es notwendig, sie kommunikativ so zu begleiten, dass ihre Ziele, Wirkmechanismen und gesellschaftlichen Vorteile transparent und verständlich vermittelt werden.

In diesem Abschnitt wird dargestellt, welche Rolle Aufklärung, Sprache und kommunikative Strategien bei der Bewertung und Akzeptanz der Ökosteuer auf Fleisch spielen. Dabei wird zunächst diskutiert, inwiefern gezielte Informationsarbeit und eine adressatengerechte Ansprache zur Erhöhung der Akzeptanz beitragen können. Im Anschluss daran wird betrachtet, wie Vertrauen in politische Maßnahmen durch transparente Kommunikation gestärkt werden kann und welche politischen Risiken entstehen, wenn solche Kommunikationsprozesse ausbleiben oder unzureichend umgesetzt werden. Ziel ist es, zentrale Bedingungen herauszuarbeiten, unter denen die Ökosteuer auf Fleisch nicht nur ökologisch wirksam, sondern auch gesellschaftlich tragfähig sein kann.

4.5.1 Aufklärung und Sprache als Treiber für gesellschaftliche Akzeptanz

Diskutiert wird, ob und inwieweit Aufklärungsarbeit dazu beitragen kann, die gesellschaftliche Akzeptanz von Maßnahmen wie einer Ökosteuer auf Fleisch zu erhöhen. Ein Argument für die Wirksamkeit von Aufklärung liegt darin, dass vielen Menschen die ökologischen Folgen des Fleischkonsums bislang noch nicht umfassend bewusst sind (B7, Z. 255f.; B9, Z. 390f.). Durch gezielte Informations- und Bildungsarbeit könnten die Zusammenhänge zwischen Fleischkonsum und Umweltschäden nachvollziehbar gemacht werden, was die Akzeptanz einer solchen Steuermaßnahme steigern könnte (B5, Z.439-443). Wie in Kapitel 2.3.2 beschrieben, ist Transparenz ein zentraler Faktor für die Akzeptanz von Steuermaßnahmen. Studien zeigen, dass umfassende Informationen über die Ziele und Verwendung von Steuereinnahmen entscheidend dazu beitragen können, das Vertrauen in politische Maßnahmen zu stärken (Dresner, Jackson & Gilbert, 2006,

S. 938; Kallbekken & Sælen, 2011, S. 2967). In den Aussagen der Interviewpersonen spiegelt sich dieses Erkenntnis wider: Aufklärung wird nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als vertrauensbildende Maßnahme verstanden, die Missverständnissen und Ablehnung entgegenwirkt. Eine solche Strategie wäre möglicherweise *„effektiver, als an die reine Vernunft zu appellieren“* (B6, Z. 35f.). Darüber hinaus wird argumentiert, dass eine Ökosteuer ohne ausreichende kommunikative Begleitung nur geringe Lenkungs- und Lerneffekte erzielen würde (B10, Z. 55-58). Die Einführung einer Steuer ohne transparente und verständliche Erklärung könnte vielmehr negative Einstellungen in der Bevölkerung hervorrufen, da die Gründe und Ziele der Maßnahme nicht hinreichend deutlich werden. Daher erscheint es von zentraler Bedeutung, aktiv Aufklärungsarbeit zu leisten, um Bewusstsein für die Problematik zu schaffen und somit eine positive Reaktion der Gesellschaft sicherzustellen.

Eine denkbare Maßnahme wäre es beispielsweise, bereits frühzeitig in Schulen mit der Aufklärungsarbeit hinsichtlich der Auswirkungen der Fleischproduktion auf die Umwelt zu beginnen (B5, Z. 466f.; B9, Z. 546f.; B10, Z. 513-525). Eine umfassende Aufklärung könnte hierbei Themen wie die daraus resultierenden Treibhausgasemissionen sowie Bedingungen der Produktion und des Tierschutzes einschließen (B2, Z. 198-201). Darüber hinaus könnte gefühlsbetonte Werbung, Informationskampagnen und gezielte Marketingstrategien, vergleichbar mit den erfolgreichen Kampagnen zur Tabakprävention, eine wirksame Methode der Aufklärung darstellen (B3, Z. 573-575).

Zusätzlich können produktbezogene Kennzeichnungen, beispielsweise zur Visualisierung der verursachten CO₂-Emissionen auf Verpackungen, wirkungsvoll sein (B4, Z. 392-401). Eine Befragte zieht hier den Vergleich zum bereits etablierten Nutrition Score heran:

„Dass man sieht, hier gibt es ja diesen Nutrition Code zum Beispiel, ist das jetzt A, B, C oder D oder E, und und dass das beim CO₂ eigentlich das Gleiche ist. Hey, das ist Alarmstufe Rot CO₂, das ist TOTAL unverhältnismäßig, und das ist halt nur orange. Vielleicht, dass man mit so etwas einmal anfängt, dass einem das BEWUSST wird, was man da tut. [...] Also (..) vielleicht ist wirklich dieses BILDHAFTMACHEN von, von sowas schon einmal ein guter (.) guter Anfang.“
(B4, Z. 401-409)

Auch ein alternatives Framing könnte möglicherweise dazu beitragen, dass eine Ökosteuer auf Fleisch von der Bevölkerung positiver aufgenommen wird, da *„Wörter wie Ökodiktatur“* (B5, Z. 400) rasch eine *„negative, emotionale Komponente“* (B5, Z. 6f.) hervorrufen. Wie in Kapitel 2.3.2 ausgeführt, sind affektive Komponenten ein bedeutender

Teil der Steuermoral. Begriffe wie „Steuer“ oder „Öko“ können negative Assoziationen wecken und Ablehnung hervorrufen, selbst wenn die Maßnahme inhaltlich befürwortet wird. Framing-Effekte beeinflussen also nicht nur die Wahrnehmung, sondern auch die emotionale Akzeptanz politischer Maßnahmen (Mühlbacher, 2018c, S. 12; Perino & Schwickert, 2023, S. 160ff.).

Der Begriff der Steuer scheint negativ besetzt zu sein und *„das Wort öko hat momentan einfach wenig Chance“* (B5, Z. 670). Perino & Schwickert (2023, S. 160ff.) zeigen in ihrem Choice Experiment, dass eine als „Tierwohlabgabe“ bezeichnete Abgabe auf eine höhere öffentliche Akzeptanz stoßen könnte. Zudem legen Palomo-Vélez, Tybur & van Vugt (2018, S. 63ff.) nahe, dass Aspekte wie Ekel und Tierwohl die Einstellungen zum Fleischkonsum stärker beeinflussen als gesundheitliche oder ökologische Bedenken. Diese Auffassung wird von den Befragten jedoch nur teilweise geteilt. Einerseits wird die gezielte Besteuerung von Massentierhaltung als positiv wahrgenommen, denn *„wenn nur die Massentierhaltung besteuert wird, ist das ja auch schon mal ein Fortschritt“* (B1, Z. 512f.). Andererseits wird kritisch angemerkt, dass eine Tierwohlabgabe möglicherweise nicht mehr ökologische, sondern ausschließlich tierwohlorientierte Ziele verfolgen müsste (B7, Z. 651-654). Zudem wird hinterfragt, ob eine solche Abgabe tatsächlich unmittelbar zum Wohl der Tiere beiträgt (B8, Z. 473-478). Somit ergeben sich hier zwei unterschiedliche Zielsetzungen, die nicht zwangsläufig miteinander vereinbar sind. Dennoch besteht unter den Befragten Einigkeit darüber, dass ein alternatives Framing oder ein positiver konnotierter Begriff grundsätzlich zu einer erhöhten gesellschaftlichen Akzeptanz führen könnte (B1, Z. 497-499; B3, Z. 595-597, B8, Z. 490).

4.5.2 Transparenz als Basis politischen Vertrauens

Aufgrund der aktuellen politischen Lage wird zunehmend die Auffassung vertreten, dass die gesellschaftliche Akzeptanz einer Ökosteuer auf Fleisch essenziell ist und nicht lediglich als unvermeidbare Maßnahme hingenommen werden sollte (B10, Z. 482–484), denn:

„Wir haben in der Gesellschaft im Moment sehr die Gefahr, dass, ähm wenn Personen unzufrieden sind und nicht, sich nicht ins Boot geholt fühlen, dass sie dann dazu neigen, ähm Gruppierungen zu wählen, die Dinge versprechen, die dann letztlich wieder der Gesellschaft schaden ähm und und und und die eigentlich Ansichten vertreten, mit denen sie vielleicht sonst nicht übereinstimmen würden, aber sagen: Wir fühlen uns hier überfahren, wir wählen jetzt die anderen.“ (B9, Z. 401-406)

Daher ist es von zentraler Bedeutung, das Vertrauen in staatliche Entscheidungen zu stärken und den Eindruck zu vermeiden, dass politische Maßnahmen über die Köpfe der

Bevölkerung hinweg beschlossen werden. Die gesellschaftliche Akzeptanz einer solchen Steuer trägt nicht nur zur erfolgreichen Umsetzung der Maßnahme bei, sondern dient letztlich auch der gesellschaftlichen Kohäsion und Stabilität (B2, Z. 298f.; B9, Z. 409). Eine zweckgebundene Verwendung der Einnahmen sowie eine transparente Kommunikation über deren Einsatz könnten wesentlich zur gesellschaftlichen Akzeptanz einer Ökosteuer auf Fleisch beitragen. Dies lässt sich unter anderem damit erklären, dass ein hohes Maß an Transparenz das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen stärkt, was wiederum die Kooperationsbereitschaft erhöht (Kogler et al., 2015, S. 136f.; Mühlbacher, 2018c, S. 106ff.).

In der wissenschaftlichen Literatur wird in diesem Zusammenhang betont, dass eine niedrige Steuermoral häufig auf die Wahrnehmung einer ungerechten Steuerpolitik zurückzuführen ist. Wie in Kapitel 2.3.2 dargestellt, hängt die Bereitschaft zur steuerlichen Mitwirkung wesentlich vom Gerechtigkeitsempfinden und von der Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen ab (Mühlbacher, 2018b, S. 54). Vertrauen kann sich nur dann entwickeln, wenn staatliche Maßnahmen nachvollziehbar begründet und offen kommuniziert werden. Kogler et al. (2015, S. 136f.) zeigen, dass Beteiligungsmöglichkeiten sowie klare und verständliche Informationen das Vertrauen in Institutionen stärken. Dieses Vertrauen wiederum bildet eine zentrale Grundlage für die Akzeptanz neuer Steuermaßnahmen in der Bevölkerung.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, steuerpolitische Entscheidungen transparent, nachvollziehbar und gerecht zu gestalten sowie durch vertrauensbildende Maßnahmen zu begleiten. Damit eine Ökosteuer auf Fleisch auf bessere Resonanz trifft, ist es sinnvoll, Konsument*innen den Zweck der Steuer aufzuzeigen. Auch das Earmarking stärkt das Vertrauen in staatliche Maßnahmen, da es dem Bedürfnis nach Fairness und Zielgenauigkeit Rechnung trägt (Kallbekken & Sælen, 2011, S. 2967). Zweckgebundene Rückführungen der Steuererlöse, etwa in Umwelt- oder Sozialprojekte, können die moralische Legitimation der Steuer erheblich stärken. Es wird deutlich, dass die Ausgestaltung der Steuer und die Verwendungsweise der Einnahmen bedeutende Kriterien hinsichtlich der Akzeptanz beziehungsweise Ablehnung einer Ökosteuer auf Fleisch darstellen. Sie sind ein legitimierendes Element, das die moralische Bewertung dieser Maßnahme maßgeblich beeinflusst.

Darüber hinaus ist anzumerken, dass zunehmend das Phänomen eines sogenannten Bubble-Denkens thematisiert wird. Dabei reflektieren die Befragten, wie ihr eigenes soziales Umfeld – also Freundes- und Bekanntenkreise – eine mögliche Ökosteuer auf Fleisch wahrnehmen und wie sie darauf reagieren würden. Es zeigt sich dabei, dass

diese sozialen Kreise sich zu gesellschaftlichen Blasen entwickeln, innerhalb derer sich Meinungen gegenseitig verstärken. Eine Befragte äußerte in diesem Kontext Folgendes:

„Vielleicht gäbe es am Anfang ein paar Diskussionen, aber ich glaube, die meisten Leute in meinem Umfeld würden sie schon sinnvoll finden. Und da rede ich aber jetzt von den Leuten, die ich für mein Umfeld ausgesucht habe und nicht von dem eben Onkel am Land. (lachen) Genau. Ich glaube, da wird es nicht so positiv aufgenommen werden, ganz im Gegenteil.“ (B1, Z. 668-672)

Diese Aussage verdeutlicht, dass gesellschaftliche Bewertungen stark vom sozialen Umfeld abhängen, in dem sich Individuen bewegen. Menschen neigen dazu, Informationen auszublenden, die ihren bestehenden Überzeugungen widersprechen, und bevorzugen stattdessen den Austausch innerhalb homogener sozialer Gruppen. Weingarten und Lagerkvist (2023, S. 1ff.) zeigen, dass gezielte Informationsreize erforderlich sind, um bestehende Dissonanzen produktiv zu aktivieren und dadurch Denkprozesse anzustoßen. Dies macht deutlich, wie wichtig ein öffentlicher Diskurs ist, der über soziale Milieus hinweg Anschlussfähigkeit schafft.

Das Verharren in der eigenen sozialen Blase führt häufig dazu, dass sich bestehende Überzeugungen gegenseitig verstärken. Diese Verstärkung kann zu einer Polarisierung der Meinungen beitragen und damit eine sachlich fundierte, differenzierte gesellschaftliche Debatte erschweren. Besonders in politischen Diskussionen mit emotionalem Gehalt könnte dieses Phänomen verstärkt auftreten. Vor diesem Hintergrund kommt der Politik eine zentrale Rolle zu. Sie ist gefordert, solchen sozialen Verzerrungen gezielt entgegenzuwirken und Räume für verbindende Kommunikation zu schaffen. Nur unter diesen Bedingungen kann eine Maßnahme wie die Ökosteuer auf Fleisch als klimapolitisches Instrument in ihrer Wirkung gesellschaftlich legitimiert und erfolgreich umgesetzt werden.

5 Zusammenfassung und Ausblick

Im letzten Abschnitt der vorliegenden Arbeit werden die zentralen Ergebnisse prägnant zusammengefasst, die Limitationen der Arbeit dargestellt und sämtliche Implikationen diskutiert. Ziel ist es, die relevanten Erkenntnisse komprimiert darzustellen und darauf aufbauend Handlungsempfehlungen für Forschung und Praxis abzuleiten. Zugleich werden die Schwächen dieser Arbeit reflektiert, um die Grenzen der Arbeit aufzuzeigen und letztlich auch weitere Forschungsansätze anzuregen.

5.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Ziel dieser Arbeit war es, zwei zentrale Fragen zu beantworten: Erstens, wie die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch von 20- bis 40-jährigen Konsument*innen in Österreich wahrgenommen wird; zweitens, welche moralischen und ethischen Überlegungen in die Wahrnehmung einer solchen Maßnahme einfließen. Die Ergebnisse der durchgeführten qualitativen Interviews zeigen, dass sich die Einschätzungen zur Ökosteuer auf Fleisch in einem komplexen Spannungsfeld aus emotionalen, sozialen, ökologischen und normativen Faktoren bewegen.

Hinsichtlich der ersten Forschungsfrage wurde deutlich, dass die Wahrnehmung der Ökosteuer stark divergiert. Zwar äußerten viele Befragte prinzipielles Verständnis für die Maßnahme und erkannten deren klimapolitische Relevanz an, doch blieb die konkrete Vorstellung von ihrer Umsetzung und Wirkung vielfach vage. Gerade weil es sich bei der Ökosteuer auf Fleisch um ein neuartiges politisches Instrument handelt, fehlten vielen Interviewten klare kognitive Referenzpunkte, was zu Unsicherheit und teils widersprüchlichen Bewertungen führte. Gleichzeitig wurde die Maßnahme selten mit offener Ablehnung beantwortet – Reaktanz zeigte sich, wenn überhaupt, eher antizipiert im Blick auf „andere“, nicht jedoch als eigene Haltung. Diese vergleichsweise hohe Grundakzeptanz könnte unter anderem auf einen zunehmenden gesellschaftlichen Wertewandel zurückzuführen sein: Die Dringlichkeit klimapolitischen Handelns wird erkannt, der persönliche Fleischkonsum zunehmend hinterfragt, und auch Themen wie Tierwohl und Ernährung gewinnen an normativer Bedeutung. Letztlich war die Zustimmung zur Steuer stark abhängig von der Art ihrer kommunikativen Rahmung und der wahrgenommenen Gerechtigkeit ihrer Umsetzung.

Bezogen auf die zweite Forschungsfrage lässt sich festhalten, dass moralische und ethische Überlegungen eine zentrale Rolle bei der Bewertung spielten – allerdings in höchst unterschiedlicher Weise. Vegetarisch lebende Befragte mit tierethischer Motivation betrachteten die Steuer als moralisch geboten und gaben an, dass der Schutz von Tieren ein eigenständiger legitimer Steuerzweck sei. Diese Gruppe argumentierte häufig utilitaristisch, also mit dem Ziel, Leid zu verringern und das Gemeinwohl zu erhöhen. Umweltethisch motivierte Befragte hingegen zeigten sich ambivalenter. Zwar wurde das Ziel der Maßnahme grundsätzlich geteilt, doch wurden Zweifel an der sozialen Gerechtigkeit laut – insbesondere dann, wenn einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen stärker belastet würden, ohne entsprechende Kompensationsmechanismen. Diese Argumentation orientierte sich an der Gerechtigkeitstheorie von Rawls und dem darin verankerten Differenzprinzip.

Auffällig ist zudem, dass moralische Argumente auch strategisch verwendet wurden. In manchen Fällen diente der Verweis auf soziale Ungleichheit offenbar dazu, eine eigene Abwehrhaltung zu legitimieren, ohne den tatsächlichen Handlungsbezug zu reflektieren. Diese Dissonanz – das Auseinanderklaffen von Umweltbewusstsein und persönlichem Konsumverhalten – wurde teilweise im Gespräch selbst erkannt und als Widerspruch benannt. Insgesamt zeigte sich: Ethik ist keine stabile Entscheidungsinstanz, sondern wird im sozialen Diskurs situativ aktiviert und mit individuellen Erfahrungen und Wertvorstellungen verknüpft.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch unter 20- bis 40-jährigen Konsument*innen weder pauschal abgelehnt noch vollständig akzeptiert wird. Ihre Bewertung ist abhängig von Kontextfaktoren wie Bildungsniveau, moralischer Orientierung, kultureller Prägung und politischem Vertrauen. Moralische und ethische Überlegungen prägen diese Bewertungen maßgeblich – jedoch nicht als abstrakte Prinzipien, sondern als subjektive, kontextgebundene Argumentationsmuster, die mit Vorstellungen von Fairness, Verantwortung und Solidarität verknüpft sind. Der Erfolg einer solchen Maßnahme hängt daher nicht allein von ihrer theoretischen Begründung ab, sondern entscheidend von ihrer kommunikativen, sozialen und politischen Einbettung.

5.2 Limitationen

Die zentralen Limitationen dieser Untersuchung liegen in der Zusammensetzung der Stichprobe. Zwar wurde bei der Rekrutierung darauf geachtet, dass keine persönlichen Beziehungen zwischen Interviewerin und Interviewteilnehmenden bestanden, um eine mögliche Verzerrung der Antworten durch persönliche Nähe zu vermeiden. Dennoch weist die Stichprobe eine begrenzte Heterogenität auf. Zwar wurden sowohl Personen aus ländlichen als auch aus urbanen Regionen einbezogen, um etwaige Unterschiede in den Einstellungen erfassen zu können, jedoch wäre eine breitere Diversifikation der Teilnehmenden hinsichtlich der sozialen Schicht und weiteren demografischen Merkmalen wünschenswert gewesen.

Ein weiterer Aspekt betrifft das vorherrschende Klimabewusstsein und den akademischen Hintergrund innerhalb der Stichprobe. Die Mehrheit der befragten Personen zeigte ein erhöhtes Problembewusstsein hinsichtlich klimabezogener Themen, was eine mögliche Erklärung für die insgesamt geringe Reaktanz beziehungsweise den geringen Widerstand gegenüber entsprechenden Fragestellungen darstellen könnte. Obwohl dieses Bewusstsein von der Interviewerin nicht unmittelbar identifizierbar war, wäre eine differenziertere Betrachtung im Nachgang denkbar gewesen.

Obwohl soziale Erwünschtheit in qualitativen Interviews nicht vollständig ausgeschlossen werden kann und das Interview-Setting entsprechend gestaltet wurde, um diese möglichst zu minimieren, blieb unklar, inwieweit positive Aussagen durch die visuelle Interaktion über Videotelefonie beeinflusst wurden und somit dennoch eine soziale Erwünschtheit begünstigt haben könnten. Zudem waren Verzerrungen erkennbar, wenn eine ablehnende Haltung gegenüber der Ökosteuer sowie die Weigerung, auf bestimmte Konsumgewohnheiten zu verzichten, durch scheinbar überzeugende Gegenargumente gegen eine Ökosteuer auf Fleisch verschleiert wurden. Aufgrund der Herausforderung, sich in die Thematik der Ökosteuer hineinzusetzen, war es gelegentlich erforderlich, dass die Interviewerin steuernd eingriff und thematische Impulse setzte, um den Gesprächsfluss aufrechtzuerhalten.

Zudem wurde im Rahmen der Analyse deutlich, dass die Wahrnehmung von Fleischkonsum maßgeblich davon beeinflusst sein kann, ob Fleisch als Grundnahrungsmittel oder als Luxusprodukt verstanden wird. Gerade ältere Generationen könnten – bedingt durch kulturell tradierte Ernährungsgewohnheiten – eher zur Einordnung als Grundnahrungsmittel tendieren, weshalb mehr Widerstand entstehen und die Steuer weitaus ungerechter wahrgenommen werden könnte. Eine vertiefende Untersuchung dieses Zusammenhangs war jedoch nicht möglich, da die gewählte Sampling-Strategie eine Altersbegrenzung der Teilnehmenden auf 20 bis 40 Jahre vorsah.

5.3 Implikationen

In diesem abschließenden Abschnitt werden die Implikationen der vorliegenden Forschungsergebnisse dargestellt. Zunächst erfolgt eine Reflexion der theoretischen Erkenntnisse im Kontext ethischer und verhaltensökonomischer Theorien. Anschließend werden mögliche Forschungsansätze aufgezeigt, insbesondere in Bezug auf die Akzeptanz einer solchen Steuer sowie demografische Zusammenhänge. Abschließend werden praxisorientierte Handlungsempfehlungen formuliert, die insbesondere für politische Entscheidungsträger*innen von Relevanz sind.

5.3.1 Theoretische Implikationen

Die Ergebnisse dieser Arbeit regen eine kritische Weiterentwicklung bestehender theoretischer Modelle an, insbesondere solcher aus der Verhaltensökonomie, Umweltpsychologie und Gerechtigkeitstheorie. Dabei zeigt sich, dass zentrale Konzepte wie Reaktanz oder rationales Kosten-Nutzen-Kalkül nicht ausreichen, um die komplexe Bewertung klimapolitischer Maßnahmen wie einer Ökosteuer auf Fleisch umfassend zu erklären.

Im Kontext der Klimakrise scheint sich die gesellschaftliche Wahrnehmung politischer Eingriffe zu verändern. Während die Reaktanztheorie davon ausgeht, dass Individuen auf Freiheitsbeschränkungen mit psychologischem Widerstand reagieren, deuten aktuelle Beobachtungen eher auf ein gegenteiliges Muster hin. Vielmehr treten Gefühle von Überforderung, Ohnmacht und existenzieller Sorge in den Vordergrund, wodurch sich die theoretische Frage stellt, ob Reaktanz in ihrer ursprünglichen Form noch als dominierendes Erklärungsmuster taugt. Es erscheint daher notwendig, emotionale Komponenten wie Klimaangst oder die wahrgenommene moralische Alternativlosigkeit stärker in bestehende Modelle zu integrieren. Diese emotionalen Faktoren könnten nicht nur die individuelle Einstellungsbildung beeinflussen, sondern auch dazu beitragen, dass Maßnahmen wie eine Ökosteuer auf Fleisch trotz ihrer Eingriffsintensität auf Akzeptanz stoßen.

Hinzu kommt, dass sich die Bewertung solcher Maßnahmen zunehmend anhand ethischer Orientierungslinien erfolgt. Dabei ist nicht nur entscheidend, ob eine Maßnahme als wirksam eingeschätzt wird, sondern auch, ob sie mit den eigenen moralischen Überzeugungen in Einklang steht. Die Unterscheidung zwischen tierethisch und umweltethisch motivierten Perspektiven verdeutlicht, dass moralische Motivationen unterschiedlich gewichtet werden. Diese Beobachtung legt nahe, dass klassische Gerechtigkeitsmodelle wie etwa jene von Rawls oder utilitaristische Theorien um differenzierte normative Kategorien erweitert werden sollten, um die Spannungen zwischen Effizienz, Fairness und moralischer Plausibilität theoretisch abbilden zu können.

Gleichzeitig zeigt sich, dass soziale Gerechtigkeit nicht lediglich ein ergänzendes Kriterium ist, sondern wesentlich zur Legitimität klimapolitischer Maßnahmen beiträgt. Die Wahrnehmung einer Steuer als gerecht oder ungerecht beeinflusst ihre Akzeptanz mitunter stärker als ihre ökologische Zielsetzung. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, subjektive Fairnesswahrnehmungen und kulturelle Deutungsmuster stärker in theoriebasierte Modelle zu integrieren. Diese sollten nicht mehr nur vom rational handelnden Individuum ausgehen, sondern auch soziale Identitäten, normative Überzeugungen und emotionale Reaktionen als zentrale Einflussfaktoren auf politische Zustimmung begreifen.

Insgesamt eröffnen sich durch diese Perspektiven neue theoretische Anschlussmöglichkeiten: Einerseits bietet sich eine stärkere interdisziplinäre Verbindung zwischen verhaltensökonomischen, moralpsychologischen und politisch-ethischen Ansätzen an. Andererseits rückt die Notwendigkeit in den Vordergrund, emotionale und normative Dimensionen systematisch zu erfassen. Gerade im Bereich klimapolitischer Maßnahmen scheint es zunehmend zentral, nicht nur über die Effektivität, sondern über Legitimität

und Verantwortung nachzudenken. Nur so lassen sich politische Instrumente wie die Ökosteuer auf Fleisch in ihrer gesellschaftlichen Komplexität theoretisch erfassen. Im Falle einer Einführung der Ökosteuer auf Fleisch macht es daher vermutlich Sinn, unterschiedliche Personengruppen differenzierter anzusprechen und zu informieren. Wird die Ökosteuer auf Fleisch eingeführt, sollte die Kommunikation demnach zielgruppenspezifisch erfolgen.

5.3.2 Implikationen für weitere Forschung

Die Analyse hat gezeigt, dass die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch ein vielschichtiges Thema ist, das bislang nur unzureichend erforscht wurde. Die Ergebnisse dieser Arbeit legen nahe, dass künftige Forschung verstärkt danach fragen sollte, inwiefern moralische Orientierungen – insbesondere tierethische und umweltethische Motivlagen – die Bewertung solcher Steuerinstrumente beeinflussen. Es wäre daher theoretisch wie empirisch lohnend, systematisch zu untersuchen, ob ethische Präferenzen, etwa hinsichtlich Tierwohl oder Klimaschutz, als Prädiktoren für Zustimmung oder Ablehnung dienen. In diesem Zusammenhang könnte etwa ein Mixed-Methods-Design Anwendung finden, das qualitative Methoden moralischer Argumentationsmuster mit quantitativen Messverfahren – etwa Skalen zur moralischen Motivlage – trianguliert. Ein solches Vorgehen würde es ermöglichen, differenzierte Aussagen darüber zu treffen, welche moralischen Rahmenbedingungen die Akzeptanz umweltpolitischer Maßnahmen fördern oder hemmen.

Darüber hinaus hat sich im Zuge der Interviewauswertung gezeigt, dass viele Befragte erhebliche Schwierigkeiten hatten, sich ein konkretes Bild von einer Ökosteuer auf Fleisch zu machen. Dies weist auf eine noch geringe gesellschaftliche Vertrautheit mit dem Instrument hin und macht deutlich, dass die Forschung verstärkt untersuchen sollte, wie Meinungsbildung in Bezug auf neuartige klimapolitische Maßnahmen verläuft. Hier könnten beispielsweise explorative Fokusgruppendifkussionen mit Teilnehmer*innen unterschiedlicher sozialer Milieus durchgeführt werden, um diskursive Prozesse der Meinungsbildung abzubilden.

Ein weiterer zentraler Forschungsbedarf ergibt sich im Hinblick auf die Stichprobensammensetzung der vorliegenden Studie. Die befragte Gruppe war weitgehend homogen und akademisch gebildet. Zukünftige Studien sollten daher gezielt auf Diversität achten und die Perspektiven einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen, verschiedener Alterskohorten oder Milieus mit unterschiedlichem Bildungsgrad in den Blick nehmen. Hierbei könnte ein integrierter Ansatz helfen, Zusammenhänge zwischen

sozioökonomischem Status, Klimaethik, Verbrauchsverhalten und Steuerakzeptanz herauszuarbeiten.

Zudem sollte künftig systematisch untersucht werden, in welchem Maß politische Kommunikationsstrategien und mediale Diskurse die öffentliche Wahrnehmung eines Instruments wie der Ökosteuer auf Fleisch prägen. Besonders relevant erscheint die Frage, ob Begriffe wie „Ökosteuer“ gegenüber Alternativformulierungen wie „Klimabeitrag“ oder „Tierwohlabgabe“ unterschiedlich wirken. Framing-Effekte könnten beispielsweise in einem kontrollierten Online-Experiment getestet werden, bei dem Proband*innen zufällig verschiedenen Sprachvarianten ausgesetzt werden und ihre Einstellung zur Maßnahme im Anschluss erfasst wird.

Schließlich wäre ein weiterer Strang zukünftiger Forschung die vergleichende Analyse unterschiedlicher umweltpolitischer Steuerungsinstrumente. Es stellt sich die Frage, ob beispielsweise Subventionen für pflanzliche Alternativen oder ein CO₂-Labeling auf Lebensmitteln gesellschaftlich breitere Zustimmung finden als eine Verbrauchsteuer. Ein vergleichendes Umfragedesign könnte hier aufdecken, welche Maßnahme unter welchen Bedingungen die größte Zustimmung entfalten kann.

Diese Masterarbeit leistet einen grundlegenden Beitrag zur vertieften und interdisziplinären Weiterentwicklung der Forschung zur Wahrnehmung klimapolitischer Instrumente. Sie verdeutlicht, dass eine ausschließliche Betrachtung solcher Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Effizienz nicht ausreicht, um deren gesellschaftliche Tragfähigkeit umfassend zu erfassen.

5.3.3 Implikationen für die Praxis und politische Akteur*innen

Aus den Ergebnissen der Arbeit lassen sich einige relevante Implikationen für die Praxis und politische Entscheidungsträger*innen ableiten. Die Verwendung der durch eine Ökosteuer generierten Einnahmen stellt einen zentralen Aspekt der vorliegenden Arbeit dar. Während eine Zweckbindung grundsätzlich befürwortet wurde, ließen sich insbesondere zwei mögliche Verwendungsrichtungen identifizieren: soziale versus ökologische Zwecke. Die Bewertung und Akzeptanz der Steuer könnte erheblich davon abhängen, für welchen dieser Zwecke die Einnahmen letztlich eingesetzt werden. Sollte eine Ökosteuer auf Fleisch tatsächlich eingeführt werden, wäre es für politische Entscheidungsträger*innen von großer Relevanz zu klären, welche der beiden Verwendungsoptionen einerseits wirksamer ist und andererseits von der Bevölkerung stärker akzeptiert wird.

Es ist von entscheidender Bedeutung, die gesellschaftliche Akzeptanz bei der Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch nicht außer Acht zu lassen. Gerade im Hinblick auf die politische Dynamik erweist es sich als zentral, partizipative Prozesse zu fördern, um dem Eindruck entgegenzuwirken, politische Entscheidungen würden ohne Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung getroffen. Hierzu sollten umfassende und transparente Aufklärungsmaßnahmen sowohl in Bildungseinrichtungen als auch über Online-Plattformen durchgeführt werden, vergleichbar mit jenen während der COVID-19-Pandemie. Dabei könnte eine visuelle Darstellung, beispielsweise analog zum Nutrition Code, hilfreich sein, um Verbrauchern die Umweltauswirkungen bestimmter Produkte verständlich zu machen. Vielen Menschen ist möglicherweise nicht ausreichend bewusst, wie hoch die CO₂-Emissionen bei Fleischprodukten tatsächlich sind.

Im Kontext der CO₂-Emissionen ist zudem darauf hinzuweisen, dass politische Entscheidungsträger*innen bei der Einführung einer solchen Steuer mögliche negative Verlagerungseffekte berücksichtigen müssen. Die Gefahr besteht darin, dass Produktions- und Verarbeitungsbetriebe ins Ausland abwandern, was wiederum zu erhöhten Emissionen führen und somit kontraproduktiv wirken könnte. Zur Vermeidung solcher Effekte bedarf es klarer und wirksamer Regularien, die Importe entsprechend regeln und verhindern, dass Produktionsbedingungen im Ausland attraktiver erscheinen.

Wie bereits in der umweltpsychologischen und steuerethischen Fachliteratur betont wird, stellt die Verfügbarkeit praktikabler Handlungsalternativen eine zentrale Voraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz umweltpolitischer Maßnahmen dar (Kogler, Muehlbacher & Kirchler, 2015, S. 136f.; Thøgersen, 2005, S. 143ff.). Damit solche Alternativen jedoch als legitim empfunden werden, müssen sie nicht nur grundsätzlich vorhanden, sondern auch finanziell tragbar sein. Im Falle der Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch könnte es sinnvoll sein, andere Grundnahrungsmittel leistbarer zu machen, um sozial schwächere Gruppen gezielt zu entlasten. Andernfalls droht insbesondere für einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen das Risiko struktureller Benachteiligung, was die Maßnahme als ungerecht erscheinen lässt und die Steuermoral untergraben kann.

Die durchgeführten Interviews verdeutlichen insgesamt, dass der Austausch essenziell ist. Innerhalb der Interviews wurde sichtbar, dass die Befragten oftmals erst durch die Reflexion im Rahmen des einstündigen Gesprächs zu einer fundierten Einschätzung gelangten, dabei Vor- und Nachteile sorgfältig abwägten und ihre Meinung teils mehrfach überdachten. Dieser Dialogprozess erwies sich als wesentlich, da die Thematik der Steuer komplex und schwierig nachvollziehbar ist. Ferner zeigte sich, dass durch diesen reflektierenden Dialog bei den Interviewten, einschließlich der Verfasserin dieser Arbeit, sogar eine Bereitschaft zur Reduzierung des eigenen Fleischkonsums entstehen konnte.

Während des Prozesses der Interviewführung und der gesamten Auseinandersetzung mit der Thematik, fand bei der Verfasserin dieser Arbeit viel Selbstreflexion statt. Durch den Diskurs mit den Interviewpartner*innen reflektierte die Forschende ihren eigenen Fleischkonsum und erkannte, dass dieser höher als notwendig ist und reduzierte ihren Fleischkonsum seither drastisch. Dies bietet Aufschluss darüber, dass eine Auseinandersetzung mit der Thematik und der Diskurs durchaus ein Verhalten ändern kann.

5.4 Abschließendes Fazit

Die vorliegende Arbeit hat deutlich gemacht, dass die Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch ein politisch, ethisch und gesellschaftlich hochkomplexes Vorhaben ist, das sich nicht allein mit ökonomischer Rationalität oder ökologischer Zielorientierung begründen lässt. Vielmehr zeigte sich, dass moralische Überzeugungen, soziale Gerechtigkeitsvorstellungen und politische Kommunikationsstrategien eng miteinander verwoben sind und die Wahrnehmung der Maßnahme maßgeblich bestimmen. Das Spannungsverhältnis zwischen Tierethik, Umweltethik und sozialer Gerechtigkeit durchzieht die Argumentationsmuster der Befragten ebenso wie die Frage nach der Legitimität politischer Eingriffe in alltägliche Lebensbereiche. Dabei wurde nicht nur deutlich, dass moralische Motive handlungsleitend wirken können, sondern auch, dass sie strategisch verwendet, emotional aufgeladen und zum Teil widersprüchlich ausgelegt werden.

Ein zentrales Ergebnis der Untersuchung besteht darin, dass kognitive Dissonanz und Reaktanz nicht zwangsläufig in Ablehnung mündet. Viele Befragte erkennen die Notwendigkeit klimapolitischen Handelns grundsätzlich an, zeigen jedoch emotional oder strukturell nur eingeschränkt Bereitschaft, ihr Konsumverhalten entsprechend anzupassen. Häufig erwarten sie solche Veränderungen primär von anderen gesellschaftlichen Gruppen. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Verhalten sowie zwischen ethischem Bewusstsein und tatsächlicher Verhaltensänderung wurde dadurch besonders sichtbar.

Zugleich lässt sich festhalten, dass die Ökosteuer auf Fleisch nicht als rein fiskalisches Instrument verstanden werden kann. Vielmehr handelt es sich um ein politisch-symbolisches Signal. Die gesellschaftliche Tragfähigkeit hängt nicht allein von ökologischer Wirksamkeit oder ökonomischer Effizienz ab, sondern in besonderem Maße davon, ob sie als gerecht gegenüber unterschiedlichen sozialen Gruppen vermittelt und ausgestaltet wird. Nur wenn diese Bedingungen erfüllt sind, kann sie zu einem wirksamen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel werden.

Auch wenn diese Arbeit keine allgemeingültige Antwort auf die Frage nach der idealen Ausgestaltung einer Ökosteuer auf Fleisch geben konnte, hat sie exemplarisch aufgezeigt, wie differenziert, widersprüchlich und spannungsreich der gesellschaftliche

Umgang mit klimapolitischen Maßnahmen im Alltag verhandelt wird. Damit leistet sie einen Beitrag zum besseren Verständnis jener sozialen und moralischen Voraussetzungen, die für eine erfolgreiche Umweltpolitik unerlässlich sind.

Erklärung über den Einsatz generativer KI und KI-gestützter Technologien in der Masterarbeit

Während der Vorbereitung dieser Arbeit benutzte ich Consensus, um geeignete Literaturquellen zu finden. Ich nutzte zudem DeepL für Übersetzungen von eigenen Textstellen, Teilen wissenschaftlicher Literatur und für Umformulierungen eigener Texte. Als Hilfestellung für eine erste Transkription wurde die KI-basierte Software NoScribe in der Version 0.5.0 herangezogen. Zur Verbesserung des wissenschaftlichen Schreibstils verwendete ich zudem ChatGPT 4o sowie 4.5. Nach der Verwendung dieser Tools habe ich den Inhalt sorgfältig überprüft. Ich übernehme die volle Verantwortung für den Inhalt.

Literaturverzeichnis

- Abadie, Luis M., Galarraga, Ibon, Milford, Anna B. & Gustavsen, Geir W. (2015). Using food taxes and subsidies to achieve emission reduction targets in Norway (Special Volume: Transitions to Sustainable Consumption and Production in Cities). *Journal of Cleaner Production*, 134, 280–297. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2015.09.054>
- Allais, Olivier, Enderli, Géraldine, Sassi, Franco & Soler, Louis-Georges. (2023). Effective policies to promote sugar reduction in soft drinks: lessons from a comparison of six European countries. *European Journal of Public Health*, 33(6), 1095–1101. <https://doi.org/10.1093/eurpub/ckad157>
- Andersen, Svend. (2000). *Einführung in die Ethik* (De-Gruyter-Studienbuch). Berlin: de Gruyter.
- Andersson, Julius J. (2019). Carbon Taxes and CO2 Emissions: Sweden as a Case Study. *American Economic Journal: Economic Policy*, 11(4), 1–30. <https://doi.org/10.1257/pol.20170144>
- Bäckstrand, Karin & Kuyper, Jonathan W. (2017). The democratic legitimacy of orchestration: the UNFCCC, non-state actors, and transnational climate governance. *Environmental Politics*, 26(4), 764–788. <https://doi.org/10.1080/09644016.2017.1323579>
- Bendz, Anna, Bäckstedt, Felix, Haring, Niklas & Martin Persson, U. (2023). Why do people accept or reject climate policies targeting food consumption? Unpacking justifications in the public debate in online social forums. *Food Policy*, 121, 1–15. <https://doi.org/10.1016/j.foodpol.2023.102544>
- Bentham, Jeremy & Mill, John Stuart. (2004). *Utilitarianism and Other Essays*. Penguin UK.
- Bergen, Nicole & Labonté, Ronald. (2020). “Everything Is Perfect, and We Have No Problems”: Detecting and Limiting Social Desirability Bias in Qualitative Research. *Qualitative Health Research*, 30(5), 783–792. <https://doi.org/10.1177/1049732319889354>
- Bergquist, Magnus, Nilsson, Andreas, Haring, Niklas & Jagers, Sverker C. (2022). Meta-analyses of fifteen determinants of public opinion about climate change taxes and laws. *Nature Climate Change*, 12(3), 235–240. <https://doi.org/10.1038/s41558-022-01297-6>

- Berzelak, Nejc & Vehovar, Vasja. (2018). Mode effects on socially desirable responding in web surveys compared to face-to-face and telephone surveys. *Advances in Methodology and Statistics*, 15. <https://doi.org/10.51936/lrv4884>
- Bohrmann, Thomas. (2018). Tierethik: Der Umgang des Menschen mit Tieren – „Planet der Affen: Prevolution“. In Thomas Bohrmann, Matthias Reichelt & Werner Veith (Hrsg.), *Angewandte Ethik und Film* (S. 339–368). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-20391-7_15
- Bossert, Leonie N. & Schlegel, Lena M. (2021). Mit Umweltethik gegen Pandemien: Warum Tierrechte und Naturschutz auch den Menschen nutzen. *GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society*, 30(2), 77–81. <https://doi.org/10.14512/gaia.30.2.4>
- Boykoff, Maxwell. (2010). *The Politics of Climate Change: A Survey*. Routledge. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.4324/9780203819234>
- Brand, C. O., Mesoudi, A. & Smaldino, P. E. (2021). Analogy as a Catalyst for Cumulative Cultural Evolution. *Trends in Cognitive Sciences*, 25(6), 450–461. <https://doi.org/10.1016/j.tics.2021.03.002>
- Brannlund, Runar & Persson, Lars. (2012). To tax, or not to tax: preferences for climate policy attributes. *Climate Policy*, 12(6), 704–721. <https://doi.org/10.1080/14693062.2012.675732>
- Braun, Virginia & Clarke, Victoria. (2006). Using thematic analysis in psychology. *Qualitative Research in Psychology*, 3, 77–101. <https://doi.org/10.1191/1478088706qp063oa>
- Brett, Craig & Keen, Michael. (2000). Political uncertainty and the earmarking of environmental taxes. *Journal of Public Economics*, 75(3), 315–340. [https://doi.org/10.1016/S0047-2727\(99\)00069-9](https://doi.org/10.1016/S0047-2727(99)00069-9)
- Brodbeck, Karl-Heinz. (2003). *Ethik und Moral. Eine kritische Einführung*, Würzburg.
- Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK). (2023). *Ökosoziale Steuerreform*. Verfügbar unter: https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/klimabonus/oekosoziale-steuerreform.html
- Caro, Dario, Frederiksen, Pia, Thomsen, Marianne & Pedersen, Anders Branth. (2017). Toward a more consistent combined approach of reduction targets and climate policy regulations: The illustrative case of a meat tax in Denmark. *Environmental Science & Policy*, 76, 78–81. <https://doi.org/10.1016/j.envsci.2017.06.013>

- Caruana, Robert & Chatzidakis, Andreas. (2014). Consumer Social Responsibility (CnSR): Toward a Multi-Level, Multi-Agent Conceptualization of the „Other CSR“. *Journal of Business Ethics*, 121(4), 577–592. Springer. <https://doi.org/10.1007/s10551-013-1739-6>
- Cederberg, C., Hedenus, F., Wirsenius, S. & Sonesson, U. (2013). Trends in greenhouse gas emissions from consumption and production of animal food products – implications for long-term climate targets. *Animal*, 7(2), 330–340. <https://doi.org/10.1017/S1751731112001498>
- Crippa, Massimo, Solazzo, Efisio, Guizzardi, Diego, Monforti-Ferrario, Fabio, Tubiello, Francesco N. & Leip, Adrian. (2021). Food systems are responsible for a third of global anthropogenic GHG emissions. *Nature Food*, 2(3), 198–209. <https://doi.org/10.1038/s43016-021-00225-9>
- Davis, Steven J. & Caldeira, Ken. (2010). Consumption-based accounting of CO2 emissions. *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America*, 107(12), 5687–5692. <https://doi.org/10.1073/pnas.0906974107>
- Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. (2024). Lebensmittelbezogene Ernährungsempfehlungen der DGE. Verfügbar unter: <http://www.dge.de/gesunde-ernaehrung/faq/lebensmittelbezogene-ernaehrungsempfehlungen-dge/>
- Dickson, Alex, Gehrsitz, Markus & Kemp, Jonathan. (2023). Does a Spoonful of Sugar Levy Help the Calories Go Down? An Analysis of the UK Soft Drinks Industry Levy. *The review of economics and statistics*, 1–29. https://doi.org/10.1162/rest_a_01345
- Döring, Nicola. (2023). Empirische Sozialforschung im Überblick. In Nicola Döring (Hrsg.), *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften* (S. 3–30). Berlin, Heidelberg: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-662-64762-2_1
- Dresing, Thorsten & Pehl, Thorsten. (2024). *Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse: Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende* (9. Auflage.). Marburg: Eigenverlag.
- Dresner, Simon, Jackson, Tim & Gilbert, Nigel. (2006). History and social responses to environmental tax reform in the United Kingdom (Social and political responses to ecological tax reform in Europe). *Energy Policy*, 34(8), 930–939. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2004.08.046>

- Ejelöv, Emma & Nilsson Hed, Andreas. (2020). Individual Factors Influencing Acceptability for Environmental Policies: A Review and Research Agenda. *Sustainability*, 12, 1–15. <https://doi.org/10.3390/su12062404>
- Europäische Kommission. (2024). Ursachen des Klimawandels. Verfügbar unter: https://climate.ec.europa.eu/climate-change/causes-climate-change_de
- Eurostat. (2024). Umweltsteuer und Subventionen. Verfügbar unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/environment/information-data/environmental-taxes-subsidies>
- Farchi, Sara, De Sario, Manuela, Lapucci, Enrica, Davoli, Marina & Michelozzi, Paola. (2017). Meat consumption reduction in Italian regions: Health co-benefits and decreases in GHG emissions. (S.K. Subbiah, Hrsg.) *PLOS ONE*, 12(8), 1–19. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0182960>
- Feliciano, Diana, Recha, John, Ambaw, Gebermedihin, MacSween, Kirsten, Solomon, Dawit & Wollenberg, Eva. (2022). Assessment of agricultural emissions, climate change mitigation and adaptation practices in Ethiopia. *Climate Policy*, 22(4), 427–444. Taylor & Francis. <https://doi.org/10.1080/14693062.2022.2028597>
- Festinger, Leon. (1957). A theory of cognitive dissonance (A theory of cognitive dissonance). Stanford University Press. <https://doi.org/10.1515/9781503620766>
- forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH. (2023, Oktober 13). Deutschland, wie es isst - der BMEL-Ernährungsreport 2023. BMEL. Verfügbar unter: https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ernaehrung/forsa-ernaehrungsreport-2023-tabellen.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- Frederick, William C. (2018). Corporate Social Responsibility: From Founders to Millennials (Business and Society 360). *Corporate Social Responsibility* (Band 2, S. 3–38). Emerald Publishing Limited. <https://doi.org/10.1108/S2514-175920180000002001>
- Fremstad, Anders & Paul, Mark. (2019). The Impact of a Carbon Tax on Inequality. *Ecological Economics*, 163, 88–97. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2019.04.016>
- Froschauer, Ulrike & Lueger, Manfred. (2020). Praktische Hinweise zur Textinterpretation. *Das qualitative Interview* (S. 112–201). facultas. Zugriff am 27.8.2024. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.36198/9783838552804>
- Gatten, Emma. (2024, Juni 26). Denmark to charge farmers £80 per cow in world-first meat tax. *The Telegraph*. <https://www.telegraph.co.uk/world-news/2024/06/26/denmark-charge-farmers-per-cow-in-world-first-meat-tax/>

- Goglio, Pietro, Smith, Ward, Grant, Brian, Desjardins, Raymond, Mcconkey, B. G., Campbell, C. et al. (2015). Accounting for soil carbon changes in agricultural life cycle assessment (LCA): a Review. *Journal of Cleaner Production*, 104, 23–39. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2015.05.040>
- Gren, Ing-Marie, Moberg, Emma, Säll, Sarah & Röö, Elin. (2019). Design of a climate tax on food consumption: Examples of tomatoes and beef in Sweden. *Journal of Cleaner Production*, 211, 1576–1585. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2018.11.238>
- Grunwald, Armin & Kopfmüller, Jürgen. (2022). *Nachhaltigkeit (Campus Studium) (3., aktualisierte und erweiterte Auflage.)*. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Hammar, Henrik & Jagers, Sverker. (2006). Can Trust in Politicians Explain Individuals' Support for Climate Policy? The Case of CO₂ Tax. *Climate Policy*, 5, 613–625. <https://doi.org/10.1080/14693062.2006.9685582>
- Hayek, Matthew N., Piipponen, Johannes, Kummu, Matti, Resare Sahlin, Kajsa, McClelland, Shelby C. & Carlson, Kimberly. (2024). Opportunities for carbon sequestration from removing or intensifying pasture-based beef production. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 121(46), e2405758121. <https://doi.org/10.1073/pnas.2405758121>
- He, Pinglin, Sun, Yulong, Niu, Hanlu, Long, Chengfeng & Li, Shufeng. (2021). The long and short-term effects of environmental tax on energy efficiency: Perspective of OECD energy tax and vehicle traffic tax. *Economic Modelling*, 97, 307–325. <https://doi.org/10.1016/j.econmod.2020.04.003>
- He, Pinglin, Zhang, Shuhao, Wang, Lei & Ning, Jing. (2023). Will environmental taxes help to mitigate climate change? A comparative study based on OECD countries. *Economic Analysis and Policy*, 78, 1440–1464. <https://doi.org/10.1016/j.eap.2023.04.032>
- Helfferich, Cornelia. (2011). Interviewplanung und Intervieworganisation. In Cornelia Helfferich (Hrsg.), *Die Qualität qualitativer Daten: Manual für die Durchführung qualitativer Interviews* (S. 167–193). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92076-4_6
- Hilber, Klaus. (2015). *ABC der Steuern im Privat- und Unternehmensbereich: die wichtigsten Steuern im Überblick mit konkreten Anwendungsbeispielen ; Einkommensteuertarif ab 2016, Novelle Grunderwerbsteuer 2016, Immobilienbesteuerung ab 2016, neue Steuersätze bei der KEST (9. Auflage.)*. Wien: Linde.

- Holzmüller, Hartmut H. & Buber, Renate. (2009). Optionen für die Marketingforschung durch die Nutzung qualitativer Methodologie und Methodik. In Renate Buber & Hartmut H. Holzmüller (Hrsg.), *Qualitative Marktforschung: Konzepte – Methoden – Analysen* (S. 3–20). Wiesbaden: Gabler. https://doi.org/10.1007/978-3-8349-9441-7_1
- Jackson, Susan & Seo, Janghoon. (2010). The greening of strategic HRM scholarship. *Organization Management Journal*, 7, 278–290. <https://doi.org/10.1057/omj.2010.37>
- Kallbekken, Steffen & Sælen, Håkon. (2011). Public acceptance for environmental taxes: Self-interest, environmental and distributional concerns. *Energy Policy*, 39(5), 2966–2973. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2011.03.006>
- Kirchler, Erich. (1999). Reactance to taxation: Employers' attitudes towards taxes. *The Journal of Socio-Economics*, 28(2), 131–138. [https://doi.org/10.1016/S1053-5357\(99\)00003-7](https://doi.org/10.1016/S1053-5357(99)00003-7)
- Klink-Lehmann, Jeanette, Langen, Nina, Simons, Johannes & Hartmann, Monika. (2022). Jumping on the Bandwagon of Responsibility—Or Not? Consumers' Perceived Role in the Meat Sector. *Sustainability*, 14(10), 6295. <https://doi.org/10.3390/su14106295>
- Kogler, Christoph, Muehlbacher, Stephan & Kirchler, Erich. (2015). Testing the “slippery slope framework” among self-employed taxpayers. *Economics of Governance*, 16, 125–142. <https://doi.org/10.1007/s10101-015-0158-9>
- Kruse, Jan. (2015). *Qualitative Interviewforschung: ein integrativer Ansatz (Grundlagentexte Methoden)* (2., überarbeitete und ergänzte Auflage.). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Kummer, Sebastian, Grün, Oskar & Jammerneegg, Werner. (2018). Teil I - Grundlagen der betrieblichen Leistungserstellung. *Grundzüge der Beschaffung, Produktion und Logistik*. Germany: Pearson Education Deutschland GmbH.
- Kuyper, Jonathan, Schroeder, Heike & Linnér, Björn-Ola. (2018). The Evolution of the UNFCCC. *Annual Review of Environment and Resources*, 43(Volume 43, 2018), 343–368. <https://doi.org/10.1146/annurev-environ-102017-030119>
- Latif, Mojib. (2016). Nachtrag: Anspruch und Wirklichkeit: Kann das Pariser Klimaabkommen funktionieren? *Ifo Schnelldienst*, 69(7), 21–I.
- Leip, Adrian, Billen, Gilles, Garnier, Josette, Grizzetti, Bruna, Lassaletta, Luis, Reis, Stefan et al. (2015). Impacts of European livestock production: Nitrogen, sulphur, phosphorus and greenhouse gas emissions, land-use, water eutrophication and

- biodiversity. *Environmental Research Letters*, 10, 1–13. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/10/11/115004>
- Levin, Kelly, Cashore, Benjamin, Bernstein, Steven & Auld, Graeme. (2009). Playing it forward: Path dependency, progressive incrementalism, and the „Super Wicked“ problem of global climate change. *Iop Conference Series: Earth and Environmental Science*, 6. <https://doi.org/10.1088/1755-1307/6/0/502002>
- Lin, Boqiang & Li, Xuehui. (2011). The effect of carbon tax on per capita CO2 emissions. *Energy Policy*, 39(9), 5137–5146. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2011.05.050>
- Lorenzoni, Irene, Nicholson-Cole, Sophie & Whitmarsh, Lorraine. (2007). Barriers perceived to engaging with climate change among the UK public and their policy implications. *Global Environmental Change*, 17(3–4), 445–459. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2007.01.004>
- Lund, Thomas B., McKeegan, Dorothy E. F., Cribbin, Clare & Sandøe, Peter. (2016). Animal Ethics Profiling of Vegetarians, Vegans and Meat-Eaters. *Anthrozoös*, 29(1), 89–106. <https://doi.org/10.1080/08927936.2015.1083192>
- Malovicki-Yaffe, Nechumi, Hameiri, Boaz, Bloy, Leah & Fishman, Ram. (2025). Environmental taxation triggers persistent psychological resistance to climate policy. *Policy Sciences*, 58(1), 145–159. <https://doi.org/10.1007/s11077-025-09565-w>
- Manning, Louise. (2013). Corporate and consumer social responsibility in the food supply chain. (M. Hingley, A. Lindgreen & J. Reast, Hrsg.) *British Food Journal*, 115(1), 9–29. <https://doi.org/10.1108/00070701311289858>
- Mattern-Pinter, Michael. (2024, Oktober 1). Hitze und Hochwasser: September der Extreme. *ORF News*. Verfügbar unter: <https://orf.at/stories/3371586/>
- Mayer, Katja. (2020). Nachhaltigkeit – Hintergründe und Definition einer globalen Herausforderung. In Katja Mayer (Hrsg.), *Nachhaltigkeit: 125 Fragen und Antworten: Wegweiser für die Wirtschaft der Zukunft* (S. 1–20). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-17934-2_1
- Mill, John Stuart. (1897). *Utilitarianism* (13. Aufl.). London: Longmans, Green.
- Mühlbacher, Stephan. (2018a). Strategien zur Verbesserung der Steuermoral (Die Wirtschaftspsychologie). *Die Psychologie des Steuerzahlens* (S. 99–120). Germany: Springer Berlin / Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-53846-3_7

- Mühlbacher, Stephan. (2018b). Gerechtigkeit des Steuersystems (Die Wirtschaftspsychologie). Die Psychologie des Steuerzahlens (S. 53–68). Germany: Springer Berlin / Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-53846-3_5
- Mühlbacher, Stephan. (2018c). Steuermoral: Zahlungsverhalten und Einstellungen (Die Wirtschaftspsychologie). Psychologie des Steuerzahlens (S. 7–22). Germany: Springer Berlin / Heidelberg. https://doi.org/10.1007/978-3-662-53846-3_2
- Naeeni, Sepehr. (2023). The Utilitarian Approach to Environmental Law: Balancing Costs and Benefits. *Interdisciplinary Studies in Society, Law, and Politics*, 2, 4–15. <https://doi.org/10.61838/kman.isslp.2.1.2>
- Nasher, Jack. (2009). Die Moral des Glücks: Eine Einführung in den Utilitarismus (1. Auflage.). Berlin: Duncker & Humblot GmbH. <https://doi.org/10.3790/978-3-428-52877-6>
- Neubäumer, Renate. (2019). Der Klimawandel wird weitergehen — eine unbequeme Wahrheit. *Wirtschaftsdienst*, 99(11), 798–807. <https://doi.org/10.1007/s10273-019-2532-7>
- Neubäumer, Renate. (2021). Ist das Pariser Abkommen der Durchbruch zu einem weltweiten Klimaabkommen? *Wirtschaftsdienst*, 101(10), 781–788. <https://doi.org/10.1007/s10273-021-3024-0>
- Nijdam, Durk, Rood, Geertruida & Westhoek, Henk. (2012). The price of protein: Review of land use and carbon footprints from life cycle assessments of animal food products and their substitutes. *Food Policy*, 37, 760–770. <https://doi.org/10.1016/j.foodpol.2012.08.002>
- OECD. (2019). Tax Morale: What Drives People and Businesses to Pay Tax? Zugriff am 26.10.2024. Verfügbar unter: https://www.oecd.org/en/publications/tax-morale_f3d8ea10-en.html
- oesterreich.gv. (2024). Das Übereinkommen von Paris. Verfügbar unter: https://www.oesterreich.gv.at/themen/umwelt_und_klima/klima_und_umweltschutz/1/Seite.1000325.html
- Ogino, Akifumi, Orito, Hideki, Shimada, Kazuhiro & Hirooka, Hiroyuki. (2007). Evaluating environmental impacts of the Japanese beef cow–calf system by the life cycle assessment method. *Animal Science Journal*, 78(4), 424–432. <https://doi.org/10.1111/j.1740-0929.2007.00457.x>

- Olsson, Henrik & Galesic, Mirta. (2024). Analogies for modeling belief dynamics. *Trends in Cognitive Sciences*, 28(10), 907–923. Elsevier. <https://doi.org/10.1016/j.tics.2024.07.001>
- ORF Science. (2024). Schon geringe Fleischreduktion hilft dem Klima. Verfügbar unter: <https://science.orf.at/stories/3227422/>
- Ott, Konrad. (2021). Umweltethik. In Armin Grunwald & Rafaela Hillerbrand (Hrsg.), *Handbuch Technikethik* (S. 244–249). Stuttgart: J.B. Metzler. Verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/978-3-476-04901-8>
- Palomo-Vélez, Gonzalo, Tybur, Joshua M. & van Vugt, Mark. (2018). Unsustainable, unhealthy, or disgusting? Comparing different persuasive messages against meat consumption. *Journal of Environmental Psychology*, 58, 63–71. <https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2018.08.002>
- Parry, Ian W. H. & Bento, Antonio M. (2000). Tax Deductions, Environmental Policy, and the “Double Dividend” Hypothesis. *Journal of Environmental Economics and Management*, 39(1), 67–96. <https://doi.org/10.1006/jeem.1999.1093>
- Patton, Michael Quinn. (2015). *Qualitative research & evaluation methods: integrating theory and practice* (Fourth edition.). Thousand Oaks, California: SAGE Publications, Inc.
- Perino, Grischa & Schwickert, Henrike. (2023). Animal welfare is a stronger determinant of public support for meat taxation than climate change mitigation in Germany. *Nature Food*, 4(2), 160–169. <https://doi.org/10.1038/s43016-023-00696-y>
- Petrus, Klaus. (2012). Tierphilosophie, inkl. Tierethik. *Erwägen, Wissen, Ethik*, 23(1), 85–87.
- Pohlmann, Markus. (2004). *Kyoto Protokoll: Erwerb von Emissionsrechten durch Projekte in Entwicklungsländern. (Schriften zum Umweltrecht) (Band 136)*. Duncker & Humblot.
- Pretis, Felix. (2022). Does a Carbon Tax Reduce CO2 Emissions? Evidence from British Columbia. *Environmental and Resource Economics*, 83(1), 115–144. <https://doi.org/10.1007/s10640-022-00679-w>
- Pufé, Iris. (2014). *Nachhaltigkeit (UTB 3667 : Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaft) (2., überarb. und erw. Aufl.)*. Konstanz, München: UVK-Verl.-Ges. UVK/Lucius. <https://doi.org/10.36198/9783838540542>

- Rachbauer, Stefanie, Danzer, Andreas & Wittstock, Birgit. (2024, September 15). Wie das Hochwasser den Osten Österreichs lahmgelegt hat. DER STANDARD. Verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/3000000236658/wie-das-hochwasser-den-osten-oesterreichs-lahmgelegt-hat>
- Raihan, Asif. (2023). An Econometric Assessment of the Relationship Between Meat Consumption and Greenhouse Gas Emissions in the United States. *Environmental Processes*, 10, 32. <https://doi.org/10.1007/s40710-023-00650-x>
- Rawls, John. (1973). *A theory of justice* (Oxford paperbacks 301) (1. issues as an Oxford Univ. Press paperback.). London: Oxford Univ. Press. <https://doi.org/10.2307/3311281>
- Redaktion VET-Magazin. (2018). Tierwohl: Höhere Zahlungsbereitschaft. VET-Magazin. Verfügbar unter: <https://vet-magazin.com/wissenschaft/grosstiermedizin/Tierwohl-hoehere-Zahlungsbereitschaft.html>
- Rivers, Nicholas & Schaufele, Brandon. (2015). Salience of carbon taxes in the gasoline market. *Journal of Environmental Economics and Management*, 74, 23–36. <https://doi.org/10.1016/j.jeem.2015.07.002>
- Rogers, Nina T., Cummins, Steven, Forde, Hannah, Jones, Catrin P., Mytton, Oliver, Rutter, Harry et al. (2023). Associations between trajectories of obesity prevalence in English primary school children and the UK soft drinks industry levy: An interrupted time series analysis of surveillance data. *PLOS Medicine*, 20(1), e1004160. Public Library of Science. <https://doi.org/10.1371/journal.pmed.1004160>
- Sabaté, Joan, Sranacharoenpong, Kitti, Harwatt, Helen, Wien, Michelle & Soret, Samuel. (2015). The environmental cost of protein food choices. *Public Health Nutrition*, 18(11), 2067–2073. <https://doi.org/10.1017/S1368980014002377>
- Sælen, Håkon & Kallbekken, Steffen. (2011). A choice experiment on fuel taxation and earmarking in Norway (Special Section - Earth System Governance: Accountability and Legitimacy). *Ecological Economics*, 70(11), 2181–2190. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2011.06.024>
- Sahm, Reiner. (2023). *Zum Teufel mit der Steuer!: 5000 Jahre Steuern – ein langer Leidensweg der Menschheit*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-40592-2>
- Säll, Sarah. (2018). Environmental food taxes and inequalities: Simulation of a meat tax in Sweden. *Food Policy*, 74, 147–153. <https://doi.org/10.1016/j.foodpol.2017.12.007>

- Säll, Sarah & Gren, Ing-Marie. (2015). Effects of an environmental tax on meat and dairy consumption in Sweden. *Food Policy*, 55, 41–53. <https://doi.org/10.1016/j.foodpol.2015.05.008>
- Schmidt, Imke. (2015). *Consumer Social Responsibility: Gemeinsame Verantwortung für nachhaltiges Konsumieren und Produzieren*. Wiesbaden: Springer-Verlag. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-10866-3>
- Siegerink, Veerle E., Delnoij, Joyce & Alpizar, Francisco. (2024). Public preferences for meat tax attributes in The Netherlands: A discrete choice experiment. *Food Policy*, 128, 102675. <https://doi.org/10.1016/j.foodpol.2024.102675>
- Spelt, Hanne, Dijk, Elisabeth Kersten-van, Ham, Jaap, Westerink, Joyce & IJsselsteijn, Wijnand. (2019). Psychophysiological Measures of Reactance to Persuasive Messages Advocating Limited Meat Consumption. *Information*, 10(10), 320. Multidisciplinary Digital Publishing Institute. <https://doi.org/10.3390/info10100320>
- Statistik Austria. (2023a). Pro-Kopf-Verbrauch tierischer Erzeugnisse 2022 gegenüber Vorjahr leicht gestiegen. Wien. Verfügbar unter: <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/08/20230831VersorgungsbilanzentierischeProdukte2022.pdf>
- Statistik Austria. (2023b). Standard-Dokumentation. Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu Öko-Steuern. Wien. Verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/shared/QM/Standarddokumentationen/RW/std_r_oekosteuern.pdf
- Statistik Austria. (2024). Umweltgesamtrechnungen. Wien. Verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/OEkosteuern_1995_bis_2022_barrierefrei.pdf
- Steinke, Ines. (2009). Die Güte qualitativer Marktforschung. In Renate Buber & Hartmut H. Holzmüller (Hrsg.), *Qualitative Marktforschung: Konzepte – Methoden – Analysen* (2. überarb. Aufl., S. 261–283). Wiesbaden: Gabler. https://doi.org/10.1007/978-3-8349-9441-7_17
- Stephan, Gunter, Müller-Fürstenberger, Georg & Herbst, Stephan. (2003). Ökosteuern, wie wirken sie? In Gunter Stephan, Georg Müller-Fürstenberger & Stephan Herbst (Hrsg.), *Energie, Mobilität und Wirtschaft: Die Auswirkungen einer Ökosteuer auf Wirtschaft, Verkehr und Arbeit* (S. 20–28). Heidelberg: Physica-Verlag HD. https://doi.org/10.1007/978-3-642-57340-8_4

- Ströbele, Wolfgang. (2005). Klimapolitik: Kyoto-Protokoll und Emissionshandel für CO₂-Zertifikate in der EU. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 6(3), 325–346. <https://doi.org/10.1111/1468-2516.00183>
- Sugin, Linda. (2004). Theories of Distributive Justice and Limitations on Taxation: What Rawls Demands from Tax Systems.
- Sunstein, C. (2006). Misfearing: A Reply. *Harvard Law Review*, 119.
- Tennert, Falk & Arenberg, Petra. (2024). Steuermoral und Steuerehrlichkeit – Perspektiven auf Einstellungen, Emotionen, Gerechtigkeitswahrnehmung und innovative praxisbezogene Konzepte. In Matthias Hiller, Kathrin Krüger, Tea Riedel, Thomas Schempff, Volker Steinhübel & Olaf Zeitnitz (Hrsg.), *Finance-Perspektiven im Wandel: Digital, nachhaltig, resilient* (S. 269–288). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-42840-2_16
- Thøgersen, John. (2005). How May Consumer Policy Empower Consumers for Sustainable Lifestyles? *Journal of Consumer Policy*, 28(2), 143–177. <https://doi.org/10.1007/s10603-005-2982-8>
- Tiezzi, Silvia & Verde, Stefano F. (2016). Differential demand response to gasoline taxes and gasoline prices in the U.S. *Resource and Energy Economics*, 44, 71–91. <https://doi.org/10.1016/j.reseneeco.2016.02.003>
- Tumpel, Michael. (2023). *Steuern kompakt 2023: eine Einführung in die Steuerlehre* (1. Auflage.). Wien: Linde Verlag Ges.m.b.H.
- Umweltbundesamt. (2023). Fragen und Antworten zu Tierhaltung und Ernährung. Verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/landwirtschaft/landwirtschaft-umweltfreundlich-gestalten/fragen-antworten-zu-tierhaltung-ernaehrung>
- Vegane Gesellschaft Österreich. (2024). 5 % Veganer:innen in Österreich. Verfügbar unter: <https://www.vegan.at/inhalt/veganat-nr-41>
- Vieth, Andreas. (2018). *Einführung in die Philosophische Ethik*. BoD – Books on Demand.
- Vitell, Scott J. (2015). A Case for Consumer Social Responsibility (CnSR): Including a Selected Review of Consumer Ethics/Social Responsibility Research. *Journal of Business Ethics*, 130(4), 767–774. <https://doi.org/10.1007/s10551-014-2110-2>
- Weber-Grellet, Heinrich. (2001). *Steuern im modernen Verfassungsstaat: Funktionen, Prinzipien und Strukturen des Steuerstaats und des Steuerrechts*. Otto Schmidt Verlag DE.

- Weingarten, Nina & Lagerkvist, Carl-Johan. (2023). Can images and textual information lead to meat avoidance? The mediating role of cognitive dissonance. *Food Quality and Preference*, 104, 104747. <https://doi.org/10.1016/j.foodqual.2022.104747>
- Weitzman, Martin L. (2016). How a Minimum Carbon Price Commitment Might Help to Internalize the Global Warming Externality. <https://doi.org/10.3386/w22197>
- Weller, Bernhard, Fahrion, Marc-Steffen & Jakubetz, Sven. (2012). Nachhaltigkeit. In Bernhard Weller, Marc-Steffen Fahrion & Sven Jakubetz (Hrsg.), *Denkmal und Energie: PRAXIS* (S. 3–26). Wiesbaden: Vieweg+Teubner Verlag. https://doi.org/10.1007/978-3-8348-8205-9_2
- Werner, Micha H. (2021a). Ethik und Moral. In Micha H. Werner (Hrsg.), *Einführung in die Ethik* (S. 3–15). Stuttgart: J.B. Metzler. <https://doi.org/10.1007/978-3-476-05293-3>
- Werner, Micha H. (2021b). Bereichsethiken im Überblick. In Micha H. Werner (Hrsg.), *Einführung in die Ethik* (S. 263–302). Stuttgart: J.B. Metzler. <https://doi.org/10.1007/978-3-476-05293-3>
- Wirtschaftskammer Österreich. (2024). *Ökosteuern. Analyse der Abteilung für Finanz- und Steuerpolitik*. Wien.
- Wittwer, Héctor. (2017). Ethik. In Eva Schürmann, Sebastian Spanknebel & Héctor Wittwer (Hrsg.), *Formen und Felder des Philosophierens: Konzepte, Methoden, Disziplinen* (Originalausgabe.). Freiburg: Verlag Karl Alber. <https://doi.org/10.5771/9783495813812>
- Wolk, A. (2017). Potential health hazards of eating red meat. *Journal of Internal Medicine*, 281(2), 106–122. <https://doi.org/10.1111/joim.12543>
- Zaller, John R. (1992). *The Nature and Origins of Mass Opinion* (1. Auflage). Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511818691>
- Zeller, Christian. (2020). *Revolution für das Klima: warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen*. München: oekom.
- Zhang, Kun, Wang, Qian, Liang, Qiao-Mei & Chen, Hao. (2016). A bibliometric analysis of research on carbon tax from 1989 to 2014. *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, 58, 297–310. <https://doi.org/10.1016/j.rser.2015.12.089>
- Zhang, XiaoChi, Kuchinke, Lars, Woud, Marcella L., Velten, Julia & Margraf, Jürgen. (2017). Survey method matters: Online/offline questionnaires and face-to-face or

telephone interviews differ. *Computers in Human Behavior*, 71, 172–180.
<https://doi.org/10.1016/j.chb.2017.02.006>

Zieser, Maximilian. (2018). *Verhaltenslenkung durch Steuern und Nudging. Die Psychologie des Steuerzahlens*. Berlin, Heidelberg: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-662-53846-3_5

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Drei Säulen der Nachhaltigkeit	7
Abbildung 2: Themen aus der Themenanalyse	41

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Übersicht über die Interviewpartner*innen	37
--	----

Anhang

Themen, Subthemen und deren Inhalte

Ambivalente Erstwahrnehmung eines neuen Instruments		Reaktanz wird projiziert - nicht selbst empfunden		Hinterfragung der Sinnhaftigkeit als Coping-Strategie		Zwei ethische Ansätze im Spannungsfeld zwischen Tierwohl und Umweltschutz		Informationsarbeit und Akzeptanz als politische Schlüsselaufgaben	
Konsens bei Ökosteuern - Uneinigkeit bei Fleischbesteuerung	Begrenzte Vorstellungskraft ohne Anhaltspunkte	Ökosteuer auf Fleisch ist notwendig	trifft Gastronomie	Anfangs breite Anerkennung positiver Wirkdimensionen	Infragestellung der Zweckmäßigkeit zur Dissonanzreduktion	Moralische Motivation als Bewertungsgrundlage	Dominanz des Rawls'schen Ansatzes: soziale Ungerechtigkeit statt ökologischer Vorteile	Aufklärung und Sprache als Treiber für gesellschaftliche Akzeptanz	Transparenz als Basis politischen Vertrauens
Vorstellung von Ökosteuer auf Fleisch	Ansetzen im Handel oder in der Produktion	positive Bewertung	trifft Produzent*innen/ Bäuer*innen	fair gegenüber dem Klima (Klimagerechtigkeit)	kognitive Dissonanz bei (nicht-)nachhaltigem Verhalten	Tierwohl wichtig	fördert Mehrklassengesellschaft	Ziel und Zweck von Aufklärung	Transparenz wäre gut/wichtig
Widersprüchlicher Begriff	Skepsis gegenüber politischen Durchsetzbarkeit	Gefahr für (kleine) Bio-Bauern	effektive Maßnahme	Vorteile für Umwelt	unfair, wenn beim Flugverkehr nichts getan wird	Differenzierung nach Tierwohl/Biofleisch	sozialer Nachteil kein Argument	Framing/ Tierwohlabgabe	Gestaltung der Aufklärungsarbeit und Handlungsempfehlungen
erste Assoziation mit Ökosteuern	Bewertung hat sich geändert/wurde konstruiert	Fleisch erhält mehr Wertschätzung	wir sind verwöhnt	Vorteile für Tierwohl	gesundheitliche Bedenken	Abhängigkeit von Gerechtigkeitsempfinden	trifft vorwiegend Einkommensschwächere/sozial Schwächere	Wichtigkeit von Akzeptanz	Bubble-Denken
Ökosteuer bedient sich ökonomischen Mechanismen	Zertifikatehandel	negative Reaktionen auf Ökosteuer	Gesundheitssystem leidet schon	Neg. Folgen des Klimawandels	Verlagerung auf Billigfleisch/Ausland	Debatte zu Grundnahrungsmittel vs. Luxusgut	ist eine Entscheidung/ Prioritätensetzung, wofür man Geld ausgibt		
Ökosteuer bedient sich politischen Mechanismen	Differenzierung nach Fleischart/CO ₂ -Ausstoß	ist emotionales/sensibles Thema	Skepsis gegenüber gesellschaftlicher Akzeptanz	negative Auswirkungen durch Fleischkonsum	Skepsis, ob richtiges Instrument		gute Alternativen für Fleisch sind notwendig		
	Medienpräsenz mäßig	aktuelle Umstände lösen Angst/Sorge aus	Grundbereitschaft in Klimabewegung nimmt zu	Vorteile für Gesundheit	Skepsis gegenüber Effektivität		Steuereinnahmen für soziale Zwecke		
	Skepsis gegenüber techn. Umsetzung	Hoffnung in neue Generation	Strafcharakter		sonstige Nachteile durch Ökosteuer (Grenzkontrollen, Reduktion Arbeitspl., Monopolisierung)		Steuereinnahmen für ökologische Zwecke		
	Zeitmangel								

Interviewleitfaden

Begrüßung

Guten Tag!

Ich möchte mich noch einmal herzlich bedanken, dass Sie sich die Zeit nehmen und sich als Interviewpartner*in bereitstellen. Vorab noch ein paar Informationen zur Thematik und zum Ablauf des Interviews selbst.

Meine Name ist Inèz-Marie Bauer und im Rahmen meiner Masterarbeit an der Ferdinand Porsche FernFH untersuche ich, wie Konsument*innen zur Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch eingestellt sind. Das Thema der Ökosteuer auf Fleisch steht als potenzielles klimapolitisches Instrument nämlich immer mehr in der öffentlichen Debatte. Sie sind eine von in etwa 10 Personen, die ich für die Untersuchung interviewe und besonders interessieren mich Ihre persönlichen Wahrnehmungen, Ihre Überlegungen und Gedankengänge. Es gibt kein richtig und kein falsch, jeder einzelne Gedanke ist wertvoll für meine Untersuchung. Nehmen Sie sich die Zeit zum Überlegen, die Sie brauchen und wenn Fragen unverständlich sind, fragen Sie sehr gerne nach.

Das Interview wird in etwa eine Stunde in Anspruch nehmen und das Gespräch wird, wie in der Einverständniserklärung bereits angeführt, für eine spätere Transkription und Auswertung aufgezeichnet. Alle Informationen und das gesamte Datenmaterial werden streng vertraulich behandelt und pseudonymisiert. Die Daten aus diesem Gespräch werden also aufgezeichnet, anonymisiert und aggregiert. Meine Betreuerin, der Master-Studiengang und ich haben Zugriff auf die Aufzeichnung. Die Aufnahmen werden auf einem geschützten Server hochgeladen und nach Fertigstellung der Arbeit von allen Endgeräten gelöscht. Wenn Sie die Ergebnisse interessieren, schicke ich Ihnen meine Masterarbeit sehr gerne zu!

Haben Sie noch Fragen?

Sonst würde ich nun die Aufzeichnung starten.

Leitfrage		
1. Wenn Sie an eine Ökosteuer denken oder davon hören, was fällt Ihnen dazu ein?		
Inhaltliche Aspekte	Aufrechterhaltungsfragen	Nachfragen
Einstieg in das Thema (Allgemeines zu Steuern bzw. Ökosteuern)	Und was fällt Ihnen noch dazu ein? Und was noch?	Was genau verbinden Sie mit dem Begriff Ökosteuer? Und wenn Sie explizit an eine Ökosteuer auf Fleisch denken? Warum sollte man eine Ökosteuer auf Fleisch einführen? Was ist der Zweck/Gedanke dahinter? Wo setzt man an? (Bauern, Konsumenten, ...)

Um die Frage nun einmal zu klären, was man unter einer Ökosteuer auf Fleisch verstehen kann und was der Sinn dahinter sein soll:
Eine Ökosteuer auf Fleisch würde vorsehen, Fleischprodukte im Handel zu besteuern, um den Fleischkonsum zu reduzieren und die daraus resultierenden Treibhausgasemissionen zu verringern

Leitfrage		
2. Wie stehen Sie prinzipiell zur Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch?		
Inhaltliche Aspekte	Aufrechterhaltungsfragen	Nachfragen
Allgemeine Einstellung zu Ökosteuer auf Fleisch	Können Sie das konkretisieren? Welche Gründe könnte Ihre Einstellung dazu haben?	Wie wichtig ist Ihnen Nachhaltigkeit und Klimaschutz? Und in Bezug auf Ernährung? Wie sinnvoll ist eine Ökosteuer auf Fleisch Ihrer Meinung nach? Sehen Sie Alternativen? Inwiefern glauben Sie, dass solch eine Steuer zur Erreichung der Klimaziele beitragen könnte?

		Was sollte mit den Steuereinnahmen geschehen?
Leitfrage		
3. Welche Auswirkungen könnte die Einführung einer Ökosteuer auf Fleischprodukte haben?		
Inhaltliche Aspekte	Aufrechterhaltungsfragen	Nachfragen
Bewertung der Steuer, Vorteile und Nachteile	Was fällt Ihnen noch ein? Und sonst noch? Fallen Ihnen noch andere Gründe ein?	Welche Vorteile bietet solch eine Steuer? Welche negativen Konsequenzen könnte sie mit sich bringen? Mit welchen Herausforderungen könnte man bei der Einführung einer Ökosteuer auf Fleisch rechnen?
Leitfrage		
4. Wie würden Sie die Fairness einer solchen Steuer beurteilen?		
Inhaltliche Aspekte	Aufrechterhaltungsfragen	Nachfragen
Gerechtigkeit der Steuer	Können Sie das näher beschreiben?	Wie müsste die Steuer bzw. deren Einnahmen optimal gestaltet werden? Warum finden Sie diese Steuer fair/unfair? Wem gegenüber? Wer würde benachteiligt, wer würde bevorzugt und warum?
Leitfrage		

5. Wie sind Ihre persönlichen Konsumgewohnheiten in Bezug auf Fleisch?		
Inhaltliche Aspekte	Aufrechterhaltungsfragen	Nachfragen
Persönlicher Fleischkonsum und Reflexion	Können Sie das noch etwas konkretisieren?	Was führt zu diesen Konsumgewohnheiten? Könnte eine Ökosteuer auf Fleisch diese Konsumgewohnheiten ändern? Wie wichtig sind Ihnen beim Kauf von Lebensmitteln generell Umweltaspekte? Und beim Fleisch? Inwiefern beeinflusst solch eine Steuer Ihren Bekanntenkreis, Ihre Familie, etc.? Wenn vegetarisch/vegan: Wie schätzen Sie die Auswirkung Ihrer Ernährungsweise auf die Umwelt ein? Welche Rolle hat das Thema Umwelt in Ihrer Entscheidung gespielt, vegetarisch/vegan zu leben?
Leitfrage		
6. Gibt es noch etwas Wichtiges, das Sie sagen möchten? Ergänzungen, Anmerkungen einen Appell?		

Ich möchte mich abschließend noch einmal ganz herzlich bedanken!

Notizen für Besonderheiten, Auffälligkeiten, Störungen während des Interviews

Notizen zum Nachgespräch